

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1977

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

- Allgemeinbildende Schulen 1976/77**
- 25 Sinkende Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen, jedoch noch immer steigende Zahlen an den übrigen Schularten kennzeichnen die Situation an den allgemeinbildenden Schulen im laufenden Schuljahr.
-
- Ausländer 1976**
- 30 Ausländer sind eine Bevölkerungsgruppe, die für Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarktpolitik von großer Bedeutung ist. Die Ergebnisse der Auszählung des Ausländerzentralregisters geben nähere Aufschlüsse über die Zusammensetzung dieses Personenkreises.
-
- Bodennutzung 1950 - 1976**
- 34 Die landwirtschaftliche Bodennutzung ist in den letzten 20 Jahren stetig zurückgegangen. Am stärksten war das Ackerland betroffen. Das Rebland nahm dagegen zu. Auf dem Ackerland kam es zu starker Ausdehnung des Getreideanbaues, namentlich des Winterweizens und der Sommergerste, während die Hackfrucht- und Futterpflanzenfläche erheblich reduziert wurde.
-
- Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 - 1975**
- 39 Der Trend zu besserer Qualität und größeren Mengen sowie steigende Preise erhöhten den Anteil der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an den gesamten Ausgaben für Ernährung in den vergangenen 25 Jahren ganz beträchtlich.
-
- Umweltschutzinvestitionen 1975**
- 43 Unter den seit Jahren stagnierenden Gesamtinvestitionen des produzierenden Gewerbes hat sich der Anteil der für den Umweltschutz bestimmten Beträge in kurzer Zeit vervielfacht.
-
- Anhang**
- 9* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
- 15* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Ich bestelle Ex.

des Sammelheftes

**"Das Bruttoinlandsprodukt der
kreisfreien Städte und Kreise 1974"**
zum Preis von DM 5,-

Name / Dienststelle / Firma:

.....

.....

.....

()

(Datum)

(Unterschrift)

Postkarte

40 Pf. Porto



B e s t e l l k a r t e

DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT DER KREISFREIEN STÄDTE UND LANDKREISE IM BUNDESGEBIET 1974

Vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder wurde inzwischen ein Sammelheft mit regionalen Daten über das nominale Bruttoinlandsprodukt 1974 herausgegeben. Das Heft enthält für alle Bundesländer, Regierungsbezirke, kreisfreien Städte und Landkreise des Bundesgebiets Ergebnisse

des Bruttoinlandsprodukts

insgesamt

nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen

je Einwohner

je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung

Umfang 31 Seiten – Format DIN A 4 – Preis DM 5,-

Klassenfrequenzen an Grund- und Hauptschulen weiter verbessert

An den Grund- und Hauptschulen des Landes nahm im Schuljahr 1976/77 sowohl die Zahl der Schüler als auch der Klassen und der hauptberuflichen Lehrer ab. Dies geht aus den vorläufigen Ergebnissen der Erhebung an den allgemeinbildenden Schulen vom Oktober 1976 hervor. Danach sank die Schülerzahl um rund 5 000 auf 404 655. Gleichzeitig ging die Klassenzahl an den 1 239 Grund- und Hauptschulen geringfügig um 73 auf 13 138 zurück. Die durchschnittliche Klassenfrequenz verbesserte sich weiter von 31,0 auf 30,8 Schüler je Klasse. Zur Unerrichtung der Schüler stehen 200 hauptberufliche Lehrer weniger als im vorangegangenen Schuljahr zur Verfügung, insgesamt 16 155.

Die Realschulen und Gymnasien verzeichnen nach wie vor stark steigende Schülerzahlen. So werden im laufenden Schuljahr an den 102 Realschulen 63 556 Schüler unterrichtet, rund 3 600 mehr als vor einem Jahr. Bei 1 917 Klassen liegt die durchschnittliche Klassenfrequenz bei 33,2 Schülern je Klasse. Sie hat sich damit etwas verschlechtert. Erhöht hat sich dagegen die Zahl der hauptberuflichen Lehrkräfte, von denen insgesamt 2 647 an den Realschulen beschäftigt sind. Die Gymnasien werden von 117 880 Schülern besucht, das sind etwa 2 000 mehr als im Vorjahr. 5 780 hauptberufliche Lehrer erteilen an diesen Schulen Unterricht. Durchschnittliche Klassenfrequenz: 30 Schüler je Klasse.

Rund 19 800 Schüler sind in den 163 Sonderschulen des Landes untergebracht. Sie sind in kleine Klassen zusammengefaßt, deren durchschnittliche Besetzung je nach der Behinderungsart der Schüler zwischen 7,4 und 17,8 Schülern liegt. 1 450 hauptberufliche Lehrkräfte und 649 pädagogische Unterrichtshilfen unterweisen die Schüler an den Sonderschulen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 25

Rückgang der RVO-Versichertenzahlen weiter abgeschwächt

Die Versichertenzahl (ohne Rentner) der in Rheinland-Pfalz ansässigen Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung - es handelt sich dabei um die sogenannten RVO-Kassen, zu denen die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen gehören - verringerte sich von Oktober 1975 bis Oktober 1976 nur noch geringfügig um 1 888 oder 0,3% auf 720 926. Während die Zahl der freiwilligen Mitglieder mit 64 405 nahezu konstant blieb, verzeichneten die Pflichtmitglieder einen Rückgang um 1 882 oder 0,3% auf 656 521. Am 1. Oktober 1976 belief sich die Zahl der Mitglieder bei den Ortskrankenkassen auf 575 812 (— 0,4%); Betriebskrankenkassen zählten 90 533 (— 0,1%) und Innungskrankenkassen 54 581 Versicherte (+ 1,0%). Von Oktober 1974 bis Oktober 1975 hatte der Rückgang der Versichertenzahl insgesamt — 1,5% betragen (1974 zu 1973: — 2,1%) und war hauptsächlich zu Lasten der Pflichtversicherten gegangen.

Die Altersstruktur der Kassen-Mitglieder hat sich kaum verändert. Von den insgesamt nahezu 721 000 Versicherten der 72 RVO-Kassen mit Sitz in Rheinland-Pfalz sind reichlich ein Drittel unter 30 Jahre alt, ein weiteres Drittel 30 bis 45, fast drei Zehntel 45 bis 65 und die restlichen 1,3% 65 Jahre und älter. Während von den Pflichtmitgliedern insgesamt fast vier Zehntel jünger als 30 Jahre sind, zählt von den freiwilligen Mitgliedern nur ein Zehntel zu diesen Altersgruppen. wr

Sozialprodukt in 1976 real um 5,7% gestiegen

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war 1976 von einer konjunkturellen Erholung gekennzeichnet, die sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 1975 angedeutet hatte. Obwohl sich seit Jahresmitte 1976 eine gewisse Abschwächung der wirtschaftlichen Zuwachsraten bemerkbar machte, ist das Sozialprodukt von Rheinland-Pfalz nominal um 8,4% höher ausgefallen als 1975. Infolge der gegenüber den vorherigen Jahren geringeren Preissteigerungen betrug die reale Wachstumsrate in Rheinland-Pfalz 5,7%. Die rheinland-pfälzischen Zuwachsraten entsprechen weitgehend denjenigen des Bundesgebietes (nominal + 8,7%, real + 5,4%). Die erste Vorausschätzung des Amtes vom Dezember 1976 hat sich damit weitgehend bestätigt.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität in Rheinland-Pfalz - gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je Erwerbstätigen - stieg 1976 gegenüber 1975 sogar um 7,1%; das sind 0,6 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. le

Ende September 1976 lebten über 143 200 Ausländer in Rheinland-Pfalz

Nach den Auswertungen des Ausländerzentralregisters lebten am 30. September 1976 in Rheinland-Pfalz 143 242 Ausländer. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete das einen Rückgang um 4,6%, im Vergleich mit 1974, das den höchsten Ausländerbestand seit Bestehen des Landes aufwies, nahm die Zahl der Ausländer um 7,7% ab. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung betrug Ende September 3,9%, ein Jahr zuvor lag er bei 4,1%.

Die stärkste Ausländergruppe stellten die Türken mit 25,3%, gefolgt von Italienern mit 17,5% und Jugoslawen mit 12,8%. Allerdings verteilten sich die einzelnen Nationalitäten nicht gleichmäßig auf alle Verwaltungsbezirke des Landes. So lebten in den zwei großen Städten Mainz und Ludwigshafen zwar 48,6% der griechischen und 38,7% der italienischen, aber nur 16,1% der türkischen Staatsangehörigen des Landes.

Die Bedeutung der Ausländer, besonders für den Arbeitsmarkt, spiegelte sich in der Zusammensetzung dieses Personenkreises nach Geschlecht und Alter wider. Die Männer waren mit 59,4% wesentlich stärker vertreten als die Frauen, in der Altersgruppe zwischen 25 und 65 Jahren waren sogar fast zwei Drittel männlichen Geschlechts. Ein Vergleich des ausländischen mit dem deutschen Bevölkerungsteil machte vor allem bei den Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren große Unterschiede sichtbar. Gut drei Viertel der Ausländer, aber nicht ganz zwei Drittel der Deutschen standen im genannten Alter, wobei von dieser Gruppe bei den Ausländern 83,6%, bei den Deutschen aber nur 63,9% unter 45 Jahre alt waren.

Von den Ausländern in Rheinland-Pfalz lebten im September 1976 insgesamt 33 738 oder 23,6% bereits länger als zehn Jahre im Bundesgebiet. Im Jahre 1973 war der Anteil mit 17,1% noch deutlich niedriger. Daraus kann aber nicht auf eine allgemeine Zunahme der Integration von Ausländern geschlossen werden, da die Anteile von Personen mit mehr als zehnjähriger Aufenthaltsdauer bei den einzelnen Nationalitäten sehr unterschiedlich waren. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 30

kurz + aktuell

Umlagebedarf wächst nur noch langsam - trotzdem weiter verschärfte Anspannung

Soweit die eigenen Einnahmen der Landkreise zur Finanzierung ihrer Aufgaben nicht ausreichen, müssen die erforderlichen Mittel durch Erhebung einer Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden aufgebracht werden. Der Umlagebedarf der Kreise nahm zwar im Haushaltsjahr 1976 weiter zu, die Steigerungsrate von 4,4% war jedoch wesentlich niedriger als in den Vorjahren. Trotzdem hat sich die Umlageanspannung weiter verschärft: Der durchschnittliche Umlagesatz stieg von 43,86% auf 44,51%, da sich die Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden, nach der die Umlage bemessen wird, nur noch geringfügig erhöhte. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Steuerkraftzahlen, die auf den Steuereinnahmen in der Zeit vom 1. Oktober 1974 bis zum 30. September 1975 basieren, erheblich von der Rezession beeinflußt waren. Außerdem nahmen auch die Schlüsselzuweisungen, der zweite Bestandteil der Umlagekraft, im Haushaltsjahr 1976 kaum noch zu; darüber hinaus wurde der Anteil der Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen, der in die Umlagegrundlagen eingeht, von 70% auf 60% reduziert. Aus diesen Gründen ging der Anteil der Umlagen auf Schlüsselzuweisungen am gesamten Umlagebedarf von 18,6% auf 15,6% zurück.

Die Verbandsgemeinden sind ebenfalls berechtigt, Umlagen von den Ortsgemeinden zu erheben. Die allgemeine Verbandsgemeindeumlage wird nach denselben Grundlagen bemessen wie die Kreisumlage. Der Umlagebedarf der Verbandsgemeinden stieg im Haushaltsjahr 1976 um 6,9% auf 340 Mill. DM. Damit hat sich die Entwicklung nach der starken Zunahme im Vorjahr, die durch den Übergang wichtiger Aufgaben von den Ortsgemeinden auf die Verbandsgemeinden verursacht war, wieder normalisiert; in mehreren Verbandsgemeinden war der Umlagebedarf sogar rückläufig. Die durchschnittliche Umlageanspannung erhöhte sich von 54,32% auf 57,13%. Die Spanne, in der sich die Umlagesätze im Einzelfall bewegen, ist jedoch beträchtlich: Während der niedrigste Umlagesatz nur 20% betrug, wurde in einer Verbandsgemeinde eine Umlageanspannung von über 100% erreicht.

Neben der allgemeinen Umlage auf Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen können die Verbandsgemeinden auch Umlagen auf Grund anderer Merkmale erheben, wenn die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe durch die Verbandsgemeinde den einzelnen Ortsgemeinden in unterschiedlichem Ausmaß zugute kommt. Von dieser Möglichkeit wird häufig Gebrauch gemacht, vor allem im Zusammenhang mit der Schulträgerschaft. Diese Sonderumlagen erreichten 1976 einen Gesamtbetrag von 31 Mill. DM. Offenbar ist die Neigung, Sonderumlagen zu erheben, zurückgegangen, denn im Vorjahr wurden auf diese Weise noch 38 Mill. DM aufgebracht.

Da die einzelnen Verbandsgemeinden die Möglichkeit zur Erhebung von Sonderumlagen unterschiedlich nutzen, ist der Vergleich der Umlagenanspannung allein an Hand der Sätze der allgemeinen Umlage nur beschränkt aussagefähig. Aus diesem Grund hat das Statistische Landesamt für 1976 erstmals fiktive Umlagesätze ermittelt, bei deren Berechnung das Umlagensoll der allgemeinen Umlage und der Sonderumlagen einheitlich auf die Grundlagen der allgemeinen Umlage bezogen wurde. Danach ergab sich für die Gesamtheit der Verbandsgemeindeumlagen eine durchschnittliche Anspannung von 62,30%.

Mehr als 100 000 ha in den letzten 20 Jahren aus der landwirtschaftlichen Bodennutzung ausgeschieden

Die Gesamtwirtschaftsfläche des Landes Rheinland-Pfalz betrug 1976 rund 1.983.900 ha. Zum größten Teil wird diese Fläche land- und forstwirtschaftlich genutzt (1.623.000 ha oder 82%). Davon entfielen 871.000 ha auf landwirtschaftliche, 752.000 ha auf forstwirtschaftliche Nutzung. Von der übrigen Fläche waren 172.000 ha Bau- und Verkehrsflächen, 58.600 ha Od-, Abbau- und Unland, 57.300 ha Gewässer, Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Übungsplätze sowie schließlich 73.300 ha nicht mehr landwirtschaftlich genutztes Land.

Im Zuge des strukturellen Wandels wurde die landwirtschaftliche Bodennutzung ab Mitte der 50er Jahre fortlaufend eingeschränkt. Während der letzten 20 Jahre schieden mehr als 100.000 ha aus. Von 1975 auf 1976 hat sich jedoch der Rückgang deutlich abgeschwächt. Ein Teil dieser Flächen wurde für Erweiterungen von Bau- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen, größtenteils aber blieb das Land als nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche unbewirtschaftet liegen. Nach ununterbrochenem Anstieg erreichte die Brachfläche 1975 mit 75.900 ha ihre größte Ausdehnung. Von 1975 auf 1976 wurde sie erstmals wieder kleiner.

Von der Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Fläche war größtenteils das Ackerland betroffen, das sich in den vergangenen 20 Jahren um rund 125.000 auf 505.800 ha reduzierte. Auch das ab Ende der 60er Jahre rückläufige Dauergrünland (265.500 ha) war daran beteiligt. Dagegen stieg die bestockte Rebfläche seit 1950 um rund 27.000 auf derzeit 64.600 ha fortgesetzt an.

Der Anbau auf dem Ackerland verlagerte sich zu Lasten der Hackfrüchte und Futterpflanzen auf das Getreide, das mit 378.000 ha (75% des Ackerlandes) eine gegenüber 1950 um 56.000 ha größere Fläche beanspruchte. Die Hackfruchtfläche betrug dagegen nur noch 81.300 ha gegenüber 165.600 in 1950, die der Futterpflanzen 33.800 ha gegenüber 101.000 ha. Während damals noch flächenmäßig Winterroggen und Hafer mit Abstand dominierten, stehen heute der Winterweizen und die Sommergerste an der Spitze. po

Mehr über dieses Thema auf Seite 34

Anbau von Wintergetreide weiterhin ausgedehnt

Im Herbst 1976 wurden in Rheinland-Pfalz etwa 2% mehr Winterweizen, 20% mehr Winterroggen und 24% mehr Wintergerste ausgesät als 1975. Die Ernteflächen dieser Getreidearten belaufen sich daher in diesem Jahr voraussichtlich bei Winterweizen auf etwa 114.000 ha, bei Winterroggen auf 43.000 ha und bei Wintergerste auf 36.000 ha. Die beabsichtigten Anbauflächen für Sommergetreide fallen dagegen etwas niedriger aus als im Frühjahr 1976 (— 7%). So wird bei Sommergerste (95.000 ha) und Sommermengengetreide (20.000 ha) eine um jeweils 6% kleinere Fläche erwartet. Der Hafer- (58.000 ha) und Sommerweizenanbau (8.000 ha) dürften um 8 bzw. 22% reduziert werden. Für Getreide insgesamt vergrößert sich die Erntefläche gegenüber 1976 damit nur unbedeutend. Trotz der in den beiden letzten Jahren rapide gestiegenen Kartoffelpreise planen die Landwirte die Anbaufläche für Kartoffeln nur um etwa 4% auf 34.000 ha auszuweiten. Bei Zuckerrüben ist im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ein Stillstand der Anbauflächen abzusehen. kr

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1976/77

Die Auswirkungen der rückläufigen Geburtenentwicklung seit Mitte der sechziger Jahre zeigen sich im Bereich der allgemeinbildenden Schulen von Rheinland-Pfalz erst bei den Grund- und Hauptschulen. Dort sinkt die Zahl der Schüler in den unteren Klassenstufen. Bei den übrigen Schularten machen sich jedoch noch immer die geburtenstarken Jahrgänge bemerkbar, so daß dort die Schülerzahlen weiterhin ansteigen. Dies geht aus den ersten vorläufigen Ergebnissen der Erhebung hervor, die zum 1. Oktober 1976 an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde.

Durchschnittliche Klassenfrequenz weiterhin verbessert

Wie bereits seit 1972/73 ging auch 1976/77 die Schülerzahl an den Grund- und Hauptschulen gegenüber dem Vorjahr zurück, und zwar um 5 000 auf 404 655. Damit wurde wieder der Stand des Jahres 1967/68 erreicht. Der Rückgang der Schülerzahlen ist besonders gravierend in den Klassen bis zur 5. Klassenstufe. In den oberen Klassenstufen des Hauptschulbereichs ist dagegen noch immer ein Ansteigen der Schülerzahlen zu verzeichnen.

Im laufenden Schuljahr sank erstmals die Zahl der an den Grund- und Hauptschulen eingerichteten Klassen, allerdings nur geringfügig um 73 auf 13 138. Da die rückläufige Entwicklung bei den Schülerzahlen wesentlich stärker ist, verbesserte sich die durchschnittliche Klassenfrequenz gegenüber dem Vorjahr von 31,0 auf 30,8 Schüler je Klasse. 1966 war eine Klasse im Durchschnitt noch mit 6 Schülern mehr besetzt.

Mit der Einrichtung eines freiwilligen 10. Schuljahres an Hauptschulen wurde für begabte Schüler die Möglichkeit geschaffen, auch an dieser Schulart einen qualifizierten Sekundarabschluß I - die frühere mittlere Reife - zu erlangen. Im laufenden Schuljahr machen über 1 200 Schüler davon Ge-

brauch. Das bedeutet, daß jeder 20. Hauptschüler aus der 9. Klassenstufe des vorangegangenen Schuljahres die Chance wahrnimmt, das Bildungsziel zu erreichen, das dem Abschluß an einer Realschule entspricht.

Fast keine kombinierten Klassen mehr

Nach dem Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974, das zum 1. Januar 1975 in Kraft trat, sind die noch bestehenden Volksschulen in Grund- und Hauptschulen zu überführen, sobald dies organisatorisch möglich ist. So wurden im Oktober 1976 noch 88 Volksschulen registriert, das sind 7% aller Schulen des Grund- und Hauptschulbereichs. Vor vier Jahren waren es noch dreimal soviel. Während 1973/74 noch jeder sechste Schüler aus dem Grund- und Hauptschulbereich eine Volksschule alter Art besuchte, ist es in diesem Schuljahr nur noch jeder 16. Schüler. Die noch bestehenden Volksschulen umfassen in der Regel die Klassenstufen 1 bis 9. Es ist zu erwarten, daß diese Schulart in nicht zu langer Zeit nicht mehr bestehen wird. Dann wird es entsprechend dem Schulgesetz nur noch Grundschulen mit den Klassenstufen 1 bis 4 geben sowie Hauptschulen mit den Klassenstufen 5 bis 9 bzw. 10. Grund- und Hauptschulen, die räumlich zusammenhängen oder benachbart sind, können organisatorisch verbunden werden. Im Schuljahr 1976/77 gibt es insgesamt 848 Grundschulen sowie 203 Hauptschulen. Weitere 100 Schulen sind als Grund- und Hauptschulen organisatorisch verbunden.

Das Schulgesetz bestimmt auch, daß Grundschulen mindestens eine Klasse je Klassenstufe, Hauptschulen mindestens zwei Klassen je Klassenstufe umfassen müssen. Kombinierte Klassen, in denen mehrere Klassenstufen gleichzeitig unterrichtet werden, soll es nach diesem Gesetz nicht mehr geben. Ihre Zahl sinkt daher rapide, sie machen nur

Schüler an Grund- und Hauptschulen nach Klassenstufen 1969 - 1976

Schuljahr	Ins- gesamt	Klassenstufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1969/70	417 463	70 120	67 977	47 793	45 241	42 959	39 749	37 748	35 362	30 333	181
1970/71	426 712	70 464	67 920	66 184	47 956	32 085	37 456	38 727	35 014	30 753	153
1971/72	431 322	69 186	67 667	66 192	65 907	30 056	29 121	36 477	35 865	30 393	458
1972/73	423 682	66 868	66 037	66 103	65 720	37 145	28 187	28 382	33 575	31 071	594
1973/74	416 587	64 019	63 502	64 821	65 415	37 530	37 649	27 912	25 713	29 243	783
1974/75	410 080	62 098	60 881	61 906	64 414	37 153	38 094	37 067	25 213	22 247	1 007
1975/76	409 696	57 484	59 263	60 073	61 084	36 732	37 864	37 680	35 192	23 264	1 060
1976/77 ^P	404 655	53 147	55 342	57 944	59 500	33 280	37 303	37 150	36 262	33 524	1 203

noch 1,9% aller Klassen aus. Die meisten davon sind noch im Grundschulbereich zu finden. Nur drei Jahre zuvor war noch jede 20. Klasse eine kombinierte Klasse gewesen.

16 155 hauptberufliche Lehrer

An den Grund- und Hauptschulen des Landes ist jedoch nicht nur die Zahl der Klassen und der Schüler im Sinken begriffen. Es unterrichten auch etwas weniger hauptberufliche Lehrer als in den vergangenen zwei Jahren. Gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr nahm ihre Zahl um rund 200 auf 16 155 ab. Damit blieb die Relation von 25 Schülern je hauptberuflichem Lehrer seit 1974 konstant, nachdem sie in den vorangegangenen Jahren rapide gefallen war. 1965 kamen beispielsweise noch 38 Schüler auf einen hauptberuflichen Lehrer. Ein leichter Anstieg ist allerdings bei der Zahl der nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrer zu verzeichnen. Derzeit unterrichten 2 459 dieser Lehrkräfte an den Grund- und Hauptschulen, rund 300 mehr als im Vorjahr.

Der Anteil der hauptberuflichen Lehrer weiblichen Geschlechts änderte sich in den letzten Jahren nur unwesentlich. Rund drei Fünftel aller hauptberuflichen Lehrkräfte sind Frauen.

Den Grundschulen sind die Schulkindergräten zugeordnet. Dort werden Kinder gefördert, die vom Schulbesuch zurückgestellt wurden. In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit 68 dieser Einrichtungen. Im laufenden Schuljahr werden dort 835 Kinder in 69 Gruppen unterwiesen. Noch im Schulversuch stehen die Vorschulklassen, in die Kinder aufgenommen werden, die noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben, jedoch bereits schulreif sind. An 18 Einrichtungen bestehen 38 Gruppen, in denen 895 Kinder unterwiesen werden. Beide Formen der vorschulischen Erziehung bestehen auch im Sonder-schulbereich. In 4 Sonderschulkindergräten und 2 Sonderschulen mit Vorschulklassen werden 54 Kin-

Hauptberufliche Lehrer 1965 - 1976

Schuljahr	Grund- und Hauptschulen	Sonder-schulen	Real-schulen	Gymnasien
1965/66	10 358	374	641	2 853
1966/K	11 347	441	762	3 045
1967/K	11 849	476	848	3 118
1967/68	12 257	558	997	3 295
1968/69	12 557	661	1 138	3 671
1969/70	13 211	851	1 325	3 956
1970/71	13 732	984	1 521	4 218
1971/72	14 555	1 124	1 705	4 471
1972/73	15 220	1 444	1 876	4 791
1973/74	15 592	1 607	2 057	5 108
1974/75	16 398	1 777	2 299	5 286
1975/76	16 356	1 902	2 382	5 417
1976/77 ¹⁾	16 155	2 099	2 647	5 780

K = Kurzschuljahr. - 1) Einschl. Lehrer mit Dienstvertrag.

der in insgesamt 8 Gruppen gefördert. Für die Betreuung der Kinder in allen vorschulischen Einrichtungen sind 121 hauptberufliche Lehrer und Erzieher eingesetzt, die fast durchweg weiblichen Geschlechts sind.

Noch immer steigende Schülerzahlen an Realschulen

Der verstärkt betriebene Ausbau des Realschulwesens in Rheinland-Pfalz führte dazu, daß sich innerhalb von neun Jahren die Schülerzahl an dieser Schulart mehr als verdoppelte. Im Schuljahr 1976/77 besuchten 63 556 Schüler die 102 Realschulen des Landes. Dabei war allerdings auffallend,

Klassenfrequenzen (Schüler je Klasse) 1965 - 1976

Schuljahr	Grund- und Hauptschulen	Sonder-schulen	Real-schulen	Gymnasien
1965/66	38,6	19,8	35,7	32,0
1966/K	36,5	18,3	34,9	32,5
1967/K	37,4	18,7	34,8	32,8
1967/68	35,6	17,9	34,9	33,2
1968/69	35,2	16,9	35,1	32,2
1969/70	34,8	16,2	34,3	31,0
1970/71	34,6	15,5	32,7	30,1
1971/72	33,7	14,9	32,1	30,1
1972/73	32,7	14,1	32,8	30,3
1973/74	32,0	13,9	32,9	30,1
1974/75	31,1	13,7	33,2	29,5
1975/76	31,0	13,5	33,0	29,1
1976/77	30,8	13,6	33,2	30,0

K = Kurzschuljahr.

daß rund 300 Schüler weniger als im Vorjahr aus dem Grundschulbereich in die 5. Klassenstufe der Realschule überwechselten.

Der Zunahme der Schülerzahl um rund 3 600 Schüler gegenüber dem Vorjahr steht ein relativ geringer Anstieg der Klassenzahl um 100 auf 1 917 gegenüber. Die durchschnittliche Klassenfrequenz verschlechterte sich dadurch von 33,0 im vergangenen Jahr auf 33,2 Schüler je Klasse. Dagegen wurde die Versorgung mit Lehrkräften stark verbessert. Rund 265 hauptberufliche Lehrer mehr als vor einem Jahr unterrichten an den Realschulen, insgesamt sind es 2 647 Lehrkräfte. In dieser Zahl sind auch die Lehrer enthalten, die mit einem Dienstvertrag eingestellt wurden.

Die Realschulen werden nach wie vor von mehr Mädchen als Jungen besucht. Im laufenden Schuljahr sind 54% aller Realschüler Mädchen. Ihr Anteil, der bis Ende der sechziger Jahre gesunken war, steigt nun wieder leicht an.

Übergangsquote auf Gymnasien wieder höher

Die Entwicklung im gymnasialen Bereich zeigt dagegen einen anderen Verlauf. Hier steigt der Anteil der Mädchen kontinuierlich. Im laufenden Schuljahr besuchen fast ebensoviele Mädchen wie Jungen die Gymnasien: Von den 117 880 Gymnasiasten sind 49,3% weiblichen Geschlechts.

Für diese Schüler sind an den 136 Gymnasien des Landes 3 935 Klassen eingerichtet. Das sind etwa 50 Klassen weniger als im Vorjahr. Die Gesamtschülerzahl ist jedoch noch immer im Steigen begriffen. So müssen 1976/77 rund 2 000 Schüler mehr unterrichtet werden als vor einem Jahr. Die durchschnittliche Klassenfrequenz stieg dadurch wieder auf 30 Schüler je Klasse an, nachdem sie in den Vorjahren langsam zurückgegangen war.

Während im Schuljahr 1975/76 die Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium leicht rückläufig war, stieg sie im Schuljahr 1976/77 wieder an. 26,4% der Schüler, die im vorangegangenen Schuljahr in der 4. Klassenstufe des Grundschulbereichs waren, wechselten 1976/77 auf ein Gymnasium. Ein Jahr zuvor hatte der Anteil 25% betragen.

Auch an den Gymnasien nahm die Zahl der hauptberuflichen Lehrer zu, und zwar um rund 360 auf 5 780. Auch hier sind die Lehrer mit Dienstvertrag mit eingerechnet. Etwa ein Drittel der hauptberuflichen Lehrer an Gymnasien ist weiblichen Geschlechts. An den übrigen Schularten im allgemeinbildenden Bereich liegt der Anteil der Lehrerinnen bei über 50%.

Zahl der Kollegiaten nimmt ab

Die Hochschulreife kann in Rheinland-Pfalz nicht nur an Gymnasien erlangt werden. Auch an den Kollegs als Einrichtungen des zweiten Bildungswesens kann das Abitur abgelegt werden. In den drei Kollegs in Mainz, Koblenz und Speyer werden zur Zeit 582 Kollegiaten in 33 Klassen unterrichtet. Die Zahl der Besucher in Kollegs ist allerdings seit 1971 stark zurückgegangen. Damals absolvierten noch 830 Schüler diese Einrichtungen des zweiten Bildungsweges. Für die Unterrichtung der Kollegiaten sind 55 hauptberufliche sowie 25 nebenberufliche und nebenamtliche Lehrkräfte eingesetzt.

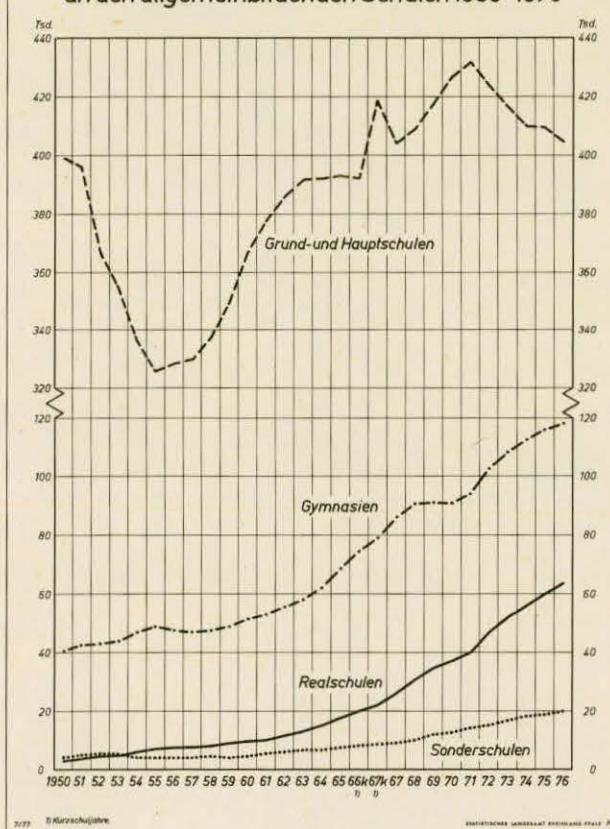
Daneben führen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen auch die Integrierten Gesamtschulen zum Abitur. Diese Schulart wird zur Zeit in Schulversuchen erprobt: 1973/74 wurde die Integrierte Gesamtschule in Kaiserslautern eröffnet, 1975/76 nahm die Integrierte Gesamtschule in Kastellaun den Betrieb auf. An diesen beiden Schulen werden im laufenden Schuljahr 1 713 Schüler in den Klassenstufen 5 bis 8 und 11 bis 13 unterrichtet.

Neben der Integrierten Gesamtschule steht auch noch die kooperative Gesamtschule im Schulversuch. Der Unterschied zwischen diesen beiden Formen liegt darin, daß in der Integrierten Gesamtschule die Gliederung nach Schularten völlig aufgehoben

Sonderschulen im Schuljahr 1976/77

Schulform	Schulen	Klassen	Schüler	Schüler je Klasse	Hauptberufliche Lehrer	
					insgesamt	pädagogische Untertrichtshilfen
<u>Schulen für</u>						
Lernbehinderte	98	825	14 677	17,8	1 060	31
Geistigbehinderte	41	359	2 864	8,0	539	433
Körperbehinderte	8	112	834	7,4	255	159
Verhaltensbehinderte	6	45	561	12,5	59	2
Gehörlose und Schwerhörige	3	77	578	7,5	114	9
Sprachbehinderte	4	12	118	9,8	32	10
Blinde und Sehbehinderte	1	20	151	7,6	40	5
Insgesamt	161	1 450	19 783	13,6	2 099	649

Entwicklung der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen 1950-1976



ist. Das System von Klassen ist durch ein System von Leistungs- und Neigungskursen ersetzt. In der kooperativen Gesamtschule wird der Unterricht an den beteiligten Schularten durch gemeinsame Wahlfachangebote oder Arbeitsgemeinschaften verbunden. Die kooperativen Gesamtschulen sind überwiegend im ländlichen Raum eingerichtet, und zwar in Altenkirchen, Bad Bergzabern, Hargesheim und Daun.

Kleine Klassen an Sonderschulen

Mit dem Ziel, für alle behinderten Kinder einen Platz in einer Sonderschule zu schaffen, wurde das Sonderschulwesen in den letzten zehn Jahren verstärkt ausgebaut. So stehen jetzt 163 Sonderschulen im Land zur Verfügung, das sind etwa doppelt so viele wie 1966. Die Zahl der Schüler stieg im gleichen Zeitraum auf das Zweieinhalbfache. Insgesamt besuchen im laufenden Schuljahr 19 783 Schüler eine Sonderschule. Rund drei Fünftel davon sind Jungen.

Die größte Gruppe der behinderten Schüler bilden die Lernbehinderten. Für diese Schüler gibt es derzeit 98 Schulen mit 825 Klassen. Drei Viertel aller Sonderschüler besuchen eine solche Schule. Da die Betreuung und Unterbringung der behinderten Schüler nur in kleinen Gruppen optimal sein kann, entfallen auf eine Klasse für Lernbehinderte im Schnitt nur 17,8 Schüler.

Noch wesentlich kleinere Gruppen werden an den Schulen für Geistigbehinderte eingerichtet. Die

Verwaltungsbezirk	Grund- und Hauptschulen							Sonderschulen						
	Schulen	Klassen	Schüler		Hauptberufliche Lehrer		Schulen	Klassen	Schüler		Hauptberufliche Lehrer ¹⁾		Schulen	Klassen
			männlich	weiblich	männlich	weiblich			männlich	weiblich	männlich	weiblich		
Kreisfreie Stadt Koblenz	32	347	5 561	5 215	104	317	3	39	344	272	22	34		
Landkreise														
Ahrweiler	36	379	6 171	5 597	166	295	5	36	333	220	16	26		
Altenkirchen (Ww.)	41	459	7 584	7 115	283	280	4	24	240	139	10	19		
Bad Kreuznach	46	523	8 603	8 095	266	365	8	80	487	462	35	79		
Birkenfeld	28	336	5 095	4 810	205	218	4	28	227	165	15	25		
Cochem-Zell	33	274	4 366	3 968	154	176	4	43	338	90	12	26		
Mayen-Koblenz	74	697	11 092	10 032	344	509	9	81	649	489	40	67		
Neuwied	48	532	8 762	7 785	222	418	10	131	883	549	88	138		
Rhein-Hunsrück-Kreis	33	334	5 587	5 010	211	212	3	29	324	160	22	13		
Rhein-Lahn-Kreis	33	383	6 321	5 926	225	230	7	55	482	275	30	44		
Westerwaldkreis	71	653	10 171	9 778	389	413	6	32	312	205	22	23		
RB Koblenz	475	4 917	79 313	73 331	2 569	3 433	63	578	4 619	3 026	312	494		
Kreisfreie Stadt Trier	35	357	5 406	5 020	152	286	5	69	422	321	36	70		
Landkreise														
Bernkastel-Wittlich	54	439	6 999	6 292	233	292	6	45	313	201	27	45		
Bitburg-Prüm	50	419	6 435	6 115	264	256	5	43	316	247	25	34		
Daun	25	258	4 017	3 636	150	174	3	20	151	78	13	20		
Trier-Saarburg	58	483	7 385	6 836	254	324	10	58	394	417	31	53		
RB Trier	222	1 956	30 242	27 899	1 053	1 332	29	235	1 596	1 264	132	222		
Kreisfreie Städte														
Frankenthal (Pfalz)	11	148	2 408	2 223	65	123	3	50	272	229	34	37		
Kaiserslautern	24	317	5 111	4 868	125	285	3	39	351	225	18	41		
Landau i. d. Pfalz	12	124	2 041	1 859	58	92	3	32	260	113	22	33		
Ludwigshafen a. Rhein	31	499	8 321	7 726	208	408	6	81	758	582	49	57		
Mainz	32	481	7 767	7 088	146	489	4	57	455	307	19	75		
Neustadt a. d. Weinstr.	14	163	2 633	2 373	63	138	2	13	113	92	7	10		
Pirmasens	17	183	3 005	2 739	94	138	2	29	254	162	14	28		
Speyer	8	136	2 286	2 147	45	121	2	23	181	148	9	24		
Worms	18	251	4 004	3 839	107	213	4	27	248	175	11	26		
Zweibrücken	12	124	1 954	1 899	51	103	2	15	146	108	8	15		
Landkreise														
Alzey-Worms	34	360	5 874	5 283	206	236	3	24	220	156	11	20		
Bad Dürkheim	38	401	6 315	5 823	184	305	6	29	259	177	19	16		
Donnersbergkreis	28	263	4 228	3 992	153	174	4	24	233	137	15	18		
Germersheim	35	409	6 467	6 220	212	281	4	26	270	157	17	17		
Kaiserslautern	38	371	5 721	5 303	170	293	3	35	272	217	20	52		
Kusel	30	297	4 777	4 426	190	184	3	23	246	132	14	16		
Landau-Bad Bergzabern	33	368	5 787	5 428	197	255	5	39	288	207	18	31		
Ludwigshafen	34	423	6 603	6 344	201	315	2	22	174	117	15	32		
Mainz-Bingen	54	553	8 686	8 216	212	445	6	39	387	245	20	39		
Pirmasens	39	394	6 268	5 818	239	244	2	10	122	83	9	3		
RB Rheinhessen-Pfalz	542	6 265	100 256	93 614	2 926	4 842	69	636	5 509	3 769	349	590		
Rheinland-Pfalz	1 239	13 138	209 811	194 844	6 548	9 607	161	1 450	11 724	8 059	793	1 306		
Kreisfreie Städte	246	3 130	50 497	46 996	1 218	2 713	39	474	3 804	2 734	249	450		
Landkreise	993	10 008	159 314	147 848	5 330	6 894	122	976	7 920	5 325	544	856		

1) Einschl. Lehrer mit Dienstvertrag.

Realschulen								Gymnasien								Verwaltungsbezirk
Schulen	Klassen	Schüler		Hauptberufliche Lehrer 1)		Schulen	Klassen	Schüler		Hauptberufliche Lehrer 1)		Schulen	Klassen	Schüler		Verwaltungsbezirk
		männlich	weiblich	männlich	weiblich			männlich	weiblich	männlich	weiblich			männlich	weiblich	
3	63	890	1 294	27	65	7	233	3 576	3 636	204	142	Kreisfreie Stadt Koblenz				
4	55	807	972	33	37	6	125	1 395	2 077	98	79	Landkreise	Ahrweiler			
4	73	1 192	1 186	55	39	3	103	1 566	1 502	109	46		Altenkirchen (Ww.)			
3	58	860	1 069	35	48	7	167	2 398	2 428	179	81		Bad Kreuznach			
2	42	670	769	29	28	3	89	1 412	1 221	98	34		Birkenfeld			
2	35	544	622	23	24	1	23	322	319	26	7		Cochem-Zell			
3	75	1 128	1 403	52	53	6	180	2 602	2 794	145	99		Mayen-Koblenz			
5	93	1 306	1 704	69	57	5	147	2 354	2 263	136	65		Neuwied			
5	68	971	1 311	45	54	3	67	1 006	916	69	27		Rhein-Hunsrück-Kreis			
5	78	1 125	1 299	48	59	5	135	2 402	1 618	139	60		Rhein-Lahn-Kreis			
6	113	1 773	1 991	84	68	5	130	2 055	1 648	138	48		Westerwaldkreis			
42	753	11 266	13 620	500	532	51	1 399	21 088	20 422	1 341	688	RB Koblenz				
3	58	939	1 141	37	48	7	231	3 379	3 431	215	122	Kreisfreie Stadt Trier				
5	92	1 380	1 608	63	59	4	96	1 335	1 457	94	47	Landkreise	Bernkastel-Wittlich			
4	66	1 000	1 197	59	43	5	89	1 468	1 175	97	26		Bitburg-Prüm			
2	30	442	521	25	19	3	79	1 190	1 155	74	29		Daun			
4	90	1 485	1 594	60	55	3	60	1 012	915	62	23		Trier-Saarburg			
18	336	5 246	6 061	244	224	22	555	8 384	8 133	542	247	RB Trier				
1	43	762	756	33	28	2	85	1 414	1 317	82	36	Kreisfreie Städte	Frankenthal (Pfalz)			
2	43	599	845	24	32	6	181	2 557	2 708	167	95		Kaiserslautern			
2	28	312	614	23	14	4	112	1 665	1 672	114	61		Landau i. d. Pfalz			
3	85	1 380	1 496	53	63	5	180	2 785	2 774	170	108		Ludwigshafen a. Rhein			
5	87	1 308	1 528	44	75	8	305	4 824	4 758	284	200		Mainz			
1	30	489	507	19	24	3	114	1 748	1 679	106	61		Neustadt a. d. Weinstr.			
1	24	360	398	16	17	3	97	1 466	1 469	108	33		Pirmasens			
2	32	378	680	17	31	6	126	1 892	1 828	115	71		Speyer			
2	42	720	712	26	35	3	91	1 325	1 367	88	46		Worms			
1	29	457	527	26	14	3	80	1 245	1 135	85	32		Zweibrücken			
2	42	552	755	26	37	3	76	1 152	1 097	87	33	Landkreise	Alzey-Worms			
2	26	364	482	16	18	2	77	1 225	1 186	76	39		Bad Dürkheim			
2	37	661	612	29	20	3	68	1 041	882	70	31		Donnersbergkreis			
2	45	725	744	28	34	2	75	1 254	1 089	65	37		Germersheim			
2	32	355	673	20	26	1	33	538	415	36	16		Kaiserslautern			
1	22	389	383	24	8	2	62	1 000	844	74	16		Kusel			
4	57	920	887	42	37	2	49	687	670	53	21		Landau-Bad Bergzabern			
2	36	574	654	22	28	-	-	-	-	-	-		Ludwigshafen			
3	64	1 081	1 035	34	53	4	141	2 047	2 334	128	79		Mainz-Bingen			
2	24	346	343	21	10	1	29	479	285	31	8		Pirmasens			
42	828	12 732	14 631	543	604	63	1 981	30 344	29 509	1 939	1 023	RB Rheinhessen-Pfalz				
102	1 917	29 244	34 312	1 287	1 360	136	3 935	59 816	58 064	3 822	1 958	Rheinland-Pfalz				
26	564	8 594	10 498	345	446	57	1 835	27 876	27 774	1 738	1 007	Kreisfreie Städte				
76	1 353	20 650	23 814	942	914	79	2 100	31 940	30 290	2 084	951	Landkreise				

2 864 Schüler in diesem Bereich - das sind 14,5% aller Sonderschüler - sind in 359 Klassen zusammengefaßt, so daß auf eine Gruppe durchschnittlich 8 Kinder kommen. Kleine Klassen von 8 bis 9 Schülern sind auch an den Schulen für Körperbehinderte (8 Schulen), Verhaltensbehinderte (6), Gehörlose und Schwerhörige (3), Sprachbehinderte (4) sowie Blinde und Sehbehinderte (1) eingerichtet. An diesen Schulen werden insgesamt 2 242 Kinder in 266 Klassen betreut.

Dafür stehen 1 450 hauptberufliche Lehrkräfte - einschließlich der Lehrer mit Dienstvertrag - zur Verfügung. Sie werden unterstützt von 649 pädagogischen Unterrichtshilfen.

Für sprachgestörte Kinder, die in einem kürzeren Zeitraum behandelt werden können, wurden Sprachambulatorien geschaffen. Die Schüler besuchen eine normale Schule, werden daneben aber in Einzel- oder Gruppenförderung wegen ihrer Sprachstörung in einem Ambulatorium betreut. Diese Sprachambulatorien sind in der Regel mit einer Schule für Sprachbehinderte verbunden. In 12 Gemeinden des Landes wurden bereits solche Ambulatorien eingerichtet, an denen 21 Lehrer sowie 2 pädagogische Unterrichtshilfen für die Unterweisung sprachgestörter Kinder zuständig sind.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Ausländer im September 1976

Die Ausländer stellen eine Bevölkerungsgruppe dar, die für die Bevölkerungsentwicklung und die Arbeitsmarktpolitik von großer Bedeutung ist. Der Darstellung ihrer geschlechts-, alters- und nationalitätsmäßigen Zusammensetzung liegen die Ergebnisse der Auszählung des Ausländerzentralregisters (AZR), das beim Bundesverwaltungsamt geführt wird, zugrunde. Zeitliche Verzögerungen bei den Meldungen an die Ausländerbehörden führen dazu, daß die hier genannten Zahlen nicht immer im vollen Umfang dem am Stichtag (30. September) wirklich vorhandenen Bestand entsprechen. Trotzdem wird die Größenordnung und die Entwicklungsten-

denz dieser Bevölkerungsgruppe richtig wiedergegeben. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, daß bei dem Begriff Ausländer im folgenden immer auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit einbezogen sind.

Zahl der Ausländer nahm weiter ab

Am 30. September 1976 waren im Ausländerzentralregister 143 242 in Rheinland-Pfalz lebende Ausländer registriert. Gegenüber 1975 ist damit ihre Zahl um 6 935 Personen oder 4,6% zurückgegangen. Im Vergleich mit 1974, das mit 155 124 Ausländern den höchsten Stand seit Bestehen des Landes auf-

Ausländer nach Staatsangehörigkeit Ende September 1960 - 1976¹⁾

Staatsangehörigkeit	Insgesamt										1965 = 100		
	1960	1965	1970	1971 ²⁾	1972	1973	1974	1975	1976	1970	1975	1976	
Europa	26 749	59 143	90 019	111 125	117 691	134 000	139 029	133 879	126 870	152	226	215	
Belgien	360	505	634	686	753	780	827	855	856	126	169	170	
Dänemark	152	163	151	157	168	174	194	204	220	93	125	135	
Frankreich	3 101	4 142	5 652	6 455	6 485	6 919	7 149	7 125	6 917	136	172	167	
Großbritannien und Nordirland	363	606	1 021	1 284	1 402	1 624	1 792	1 846	1 885	168	305	311	
Italien	5 419	18 119	21 600	23 971	25 386	27 595	28 223	26 667	25 051	119	147	138	
Luxemburg	761	707	842	927	854	934	981	1 011	996	119	156	141	
Niederlande	1 520	2 035	2 355	2 619	2 519	2 788	2 962	3 009	2 972	116	148	146	
Griechenland	446	4 993	7 382	8 809	8 822	8 865	8 823	8 288	7 626	148	166	153	
Jugoslawien	1 150	3 219	13 805	17 561	18 976	21 124	21 317	19 848	18 309	429	617	569	
Österreich	2 502	3 361	4 026	4 691	4 532	4 808	5 064	5 006	4 822	120	149	143	
Portugal	39	456	1 969	2 898	3 571	5 067	5 461	5 153	4 826	432	1 130	1 058	
Schweiz	990	1 115	1 217	1 334	1 154	1 250	1 314	1 339	1 328	109	120	119	
Spanien	497	6 729	7 694	8 950	9 058	9 927	9 300	8 089	6 952	114	120	103	
Türkei	150	4 704	14 163	22 790	26 145	33 989	37 026	37 205	36 193	301	791	769	
Übriges Europa	9 299	8 289	7 508	7 993	7 866	8 156	8 596	8 234	7 917	91	98	96	
Afrika	266	818	1 473	1 728	2 251	2 479	2 651	2 608	2 655	180	319	325	
Marokko	13	170	243	377	548	709	743	732	733	143	431	431	
Tunesien	9	28	467	582	805	857	956	939	974	1 668	3 354	3 479	
Übriges Afrika	244	620	763	769	898	913	952	937	948	123	151	153	
Amerika	1 539	3 187	4 703	5 868	6 588	6 738	6 929	7 155	7 035	148	225	221	
Brasilien	25	171	415	552	633	515	482	477	446	243	279	261	
Kanada	76	164	249	320	379	375	361	348	342	152	212	209	
Vereinigte Staaten	1 325	2 605	3 697	4 572	5 100	5 367	5 546	5 786	5 669	142	222	218	
Übriges Amerika	113	247	342	424	476	481	540	544	578	138	220	234	
Asien	742	1 732	2 643	3 063	3 507	3 968	4 423	4 687	4 884	153	271	282	
Indien	61	253	392	409	448	486	559	573	602	155	226	238	
Iran	247	413	633	713	774	908	1 040	1 050	1 040	153	254	252	
Übriges Asien	434	1 066	1 618	1 941	2 285	2 574	2 824	3 064	3 242	152	287	304	
Australien und Neuseeland	19	103	178	234	264	299	282	270	261	173	262	253	
Staatenlose, Ungeklärte und ohne Angabe	1 918	1 759	2 084	2 064	1 685	1 770	1 810	1 578	1 537	118	90	87	
Insgesamt	31 233	66 742	101 100	124 082	131 986	149 254	155 124	150 177	143 242	151	225	215	

1) Zahlen ab 1972 vom Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes. - 2) Stand 31.12.

Ausländer nach Staatsangehörigkeit in den Verwaltungskreisen am 30.9.1975 und 1976

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Italiener	Jugoslawen	Griechen	Spanier	Türken	Anteil an der Wohnbevölkerung	
	1975	1976						1975	1976 ¹⁾
	Anzahl							% %	
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 550	4 319	545	781	57	163	1 217	3,8	3,7
Landkreise									
Ahrweiler	4 568	4 335	482	489	221	346	1 013	4,2	4,0
Altenkirchen (Ww.)	5 042	4 740	551	585	515	337	2 093	4,1	3,9
Bad Kreuznach	5 787	5 635	652	319	104	169	2 334	3,9	3,8
Birkenfeld	1 562	1 512	157	137	14	41	115	1,7	1,7
Cochem-Zell	652	617	73	54	4	6	131	1,0	1,0
Mayen-Koblenz	6 020	5 782	995	775	94	320	1 876	3,2	3,0
Neuwied	6 078	5 923	1 091	910	133	624	1 629	4,0	3,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 691	2 688	197	316	25	265	560	3,0	3,0
Rhein-Lahn-Kreis	3 619	3 253	606	519	61	46	1 107	3,0	2,7
Westerwaldkreis	6 265	5 994	1 013	831	171	492	2 242	3,8	3,6
RB Koblenz	46 834	44 798	6 362	5 716	1 399	2 809	14 317	3,4	3,3
Kreisfreie Stadt Trier	2 402	2 285	261	213	24	64	50	2,4	2,3
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	1 212	1 204	107	185	6	52	181	1,1	1,1
Bitburg-Prüm	1 311	1 278	101	61	7	53	67	1,4	1,4
Daun	534	502	42	84	11	4	108	1,0	0,9
Trier-Saarburg	1 536	1 444	140	225	4	50	193	1,3	1,2
RB Trier	6 995	6 713	651	768	52	223	599	1,5	1,4
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	4 001	3 752	1 227	350	317	185	906	9,1	8,6
Kaiserslautern	7 369	6 963	478	675	82	59	559	7,3	7,0
Landau i. d. Pfalz	1 334	1 168	187	169	11	34	163	3,5	3,1
Ludwigshafen a. Rhein	18 333	18 147	5 414	2 472	3 272	605	3 402	10,7	10,8
Mainz	16 355	16 386	4 283	2 553	438	893	2 429	8,9	9,0
Neustadt a. d. Weinstr.	1 739	1 680	229	140	40	75	533	3,4	3,3
Pirmasens	2 019	1 871	274	136	74	31	217	3,7	3,5
Speyer	3 451	3 142	706	975	66	52	366	7,7	7,1
Worms	4 677	4 372	509	451	475	87	1 812	6,2	5,8
Zweibrücken	1 255	1 179	178	127	39	94	106	3,5	3,3
Landkreise									
Alzey-Worms	2 012	1 919	230	132	32	45	776	2,1	2,0
Bad Dürkheim	4 147	3 763	535	518	191	170	1 201	3,6	3,3
Donnersbergkreis	2 373	2 148	249	190	21	134	923	3,5	3,2
Germersheim	5 826	5 373	519	616	140	197	2 533	5,9	5,5
Kaiserslautern	3 683	3 445	385	385	69	233	493	3,8	3,5
Kusel	873	795	66	60	10	3	198	1,1	1,0
Landau-Bad Bergzabern	2 456	2 470	207	255	280	166	727	2,5	2,6
Ludwigshafen	6 051	5 467	1 093	652	122	444	2 078	5,0	4,5
Mainz-Bingen	6 396	5 903	1 099	752	205	364	1 698	4,2	3,8
Pirmasens	1 998	1 788	170	217	291	49	157	2,0	1,8
RB Rheinhessen-Pfalz	96 348	91 731	18 038	11 825	6 175	3 920	21 277	5,3	5,1
Rheinland-Pfalz	150 177	143 242	25 051	18 309	7 626	6 952	36 193	4,1	3,9
Kreisfreie Städte	67 485	65 264	14 291	9 042	4 895	2 342	11 760	6,6	6,5
Landkreise	82 692	77 978	10 760	9 267	2 731	4 610	24 433	3,1	2,9

1) Wohnbevölkerung 1976 am 31.8.

Altersgruppe	Insgesamt		Männlich	Weiblich	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtzahl bei ...		
	1975	1976			Ausländern	Deutschen 1)	
	Anzahl		%		%		
unter 5 Jahre	11 171	11 817	6 425	5 392	7,4	8,2	4,9
5 - 10 "	11 169	11 130	5 840	5 290	7,4	7,8	7,6
10 - 15 "	8 186	8 482	4 341	4 141	5,5	5,9	9,0
15 - 20 "	9 122	8 347	4 359	3 988	6,1	5,8	8,2
20 - 25 "	16 450	14 350	6 437	7 913	11,0	10,0	7,0
25 - 45 "	72 908	67 846	43 909	23 937	48,5	47,4	25,3
45 - 60 "	15 664	15 775	10 793	4 982	10,4	11,0	17,2
60 - 65 "	2 013	1 990	1 337	653	1,3	1,4	5,6
65 und älter	3 494	3 505	1 659	1 846	2,3	2,4	15,1
Ins gesamt	150 177	143 242	85 100	58 142	100,0	100,0	100,0

1) Da Vergleichszahlen zum 30.9. für die deutsche Bevölkerung nicht vorliegen, mußte die Altersgliederung vom 31.12.1975 verwendet werden.

wies, betrug die Abnahme 11 882 Personen oder 7,7%. Hier wurden die Auswirkungen des Anwerbestopps und die verschlechterte Konjunktur- und Beschäftigungslage deutlich. Trotzdem lebten 1976 immer noch gut viereinhalb Mal soviel Ausländer in unserem Lande wie 1960. Bereits früher schlug sich das Auf und Ab der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ausländerzahlen nieder. So war auch während der Rezession im Jahre 1967 ein Rückgang bei diesem Personenkreis festzustellen. Im Gegensatz zur neuesten Entwicklung nahm damals allerdings die Zahl der Ausländer bereits ab dem folgenden Jahr wieder zu, teilweise sogar mit über 20 000 Personen pro Jahr.

Ausländeranteil der Bevölkerung 3,9%

Rheinland-Pfalz, wo im September 1976 3,6% aller Ausländer des Bundesgebietes lebten, stand mit diesem Anteil an der siebten Stelle unter den Bundesländern. Bezieht man die Ausländerzahl auf die Gesamtbevölkerung, dann stand unser Land mit 3,9% an achter Stelle im Bundesgebiet. Einen geringeren Prozentsatz wiesen nur noch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Saarland auf. Im Bundesdurchschnitt gehörten 6,4% der Bevölkerung zu diesem Personenkreis, wobei Schleswig-Holstein mit weniger als 3% den geringsten und Baden-Württemberg mit über 9% den höchsten Ausländeranteil aufwiesen.

Deutliche regionale Unterschiede, wie sie sich zwischen den einzelnen Bundesländern zeigen, sind auch unter den Landkreisen und kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz festzustellen. So schwankten bei den kreisfreien Städten die Ausländeranteile zwischen 10,8% in Ludwigshafen und 2,3% in Trier. Von den Landkreisen hatte 1976 Germersheim mit 5,5% die relativ meisten und Daun mit 0,9% die relativ wenigsten Ausländer.

Auffallend ist auch die unterschiedliche räumliche Verteilung der einzelnen Nationalitäten. Während in den Städten Mainz und Ludwigshafen 38,7% aller Italiener des Landes lebten, wohnten dort nur 16,1% aller Türken. Bei den Ausländern mit griechischer Staatsangehörigkeit war diese Konzentra-

tion noch deutlicher, da sich fast jeder Zweite (48,6%) in den genannten Städten aufhielt. Die Gründe für diese ungleiche Verteilung der Nationalitäten sind nicht zuletzt darin zu sehen, daß es größere Unternehmen aus Rationalisierungswägungen möglichst vermeiden, gleichzeitig Arbeitnehmer unterschiedlicher Herkunftsländer zu beschäftigen.

Jeder 4. Ausländer war Türke

Die Ausländer kommen zwar aus fünf Kontinenten, doch erwartungsgemäß sind die europäischen Nationen am stärksten vertreten, weil hier auch die sogenannten Anwerbeländer liegen. Von den 126 870 Ausländern aus Europa, die 88,6% aller Ausländer des Landes stellten, waren die Türken mit 36 193 Personen die größte Gruppe. Es folgten Italien mit 25 051 und Jugoslawien mit 18 309 Staatsangehörigen. Die Griechen standen mit 7 626 und die Spanier mit 6 952 Personen an vierter und fünfter Stelle.

Wie stark sich die Bedeutung der fünf genannten Nationalitäten in Rheinland-Pfalz im Zeitablauf geändert hat, machen ihre unterschiedlichen Anteile an der Gesamtzahl der Ausländer deutlich. Während 1965 die Italiener mit 27,1% die deutlich stärkste Gruppe stellten, waren sie 1976 mit 17,5% nur noch an zweiter Stelle hinter den Türken (25,3%), die 1965 nur 7,0% aller Ausländer ausmachten. Eine ebenfalls starke Zunahme verzeichneten Personen mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit, deren Anteil zwischen 1965 und 1976 von 4,8% auf 12,8% stieg. Dem standen relative Abnahmen bei Spaniern (von 10,1% auf 4,9%) und Griechen (von 7,5% auf 5,3%) gegenüber, obwohl die absoluten Zahlen der beiden letztgenannten 1976 immer noch über denen des Vergleichsjahrs 1965 lagen.

Drei Viertel der Ausländer im erwerbsfähigen Alter

Die Bedeutung der Ausländer für den Arbeitsmarkt spiegelt sich in der Zusammensetzung dieser Gruppe nach Geschlecht und Alter wider. Bei den 143 242 Ausländern waren die Männer mit 85 100 (59,4%) deutlich überrepräsentiert. Am stärksten war das Ungleichgewicht zwischen den Geschlech-

Staatsangehörigkeit	Ins- gesamt	Mit einer Aufenthaltsdauer von ... Jahren in %									
		unter 1	1 -	2 -	3 -	4 -	6 -	8 -	10 und mehr	unter 1	10 und mehr
	1976								1975		
Anzahl		%									
Europa	126 870	5,3	5,4	7,4	11,5	19,8	20,0	7,2	23,5	4,8	20,9
Belgien	856	5,6	7,6	6,9	7,6	12,4	14,4	9,1	36,4	6,4	33,9
Dänemark	220	13,6	7,3	6,4	5,9	16,4	6,8	10,5	33,2	11,8	30,9
Frankreich	6 917	6,6	6,5	7,1	7,3	15,7	12,8	8,8	35,2	6,6	33,4
Großbritannien und Nordirland	1 885	13,3	12,1	13,0	11,2	15,6	11,7	6,9	16,1	13,4	14,5
Italien	25 051	5,0	4,1	6,1	8,5	17,3	17,1	12,0	30,0	3,6	25,7
Luxemburg	996	5,1	6,2	7,8	6,5	12,1	7,7	6,1	48,3	5,5	48,3
Niederlande	2 972	5,3	5,3	5,9	6,7	12,4	11,1	7,1	46,1	5,4	43,4
Griechenland	7 626	3,2	4,0	5,0	5,9	19,4	24,4	8,4	29,8	2,4	25,9
Jugoslawien	18 309	3,5	4,3	6,2	11,2	21,9	34,6	7,2	11,1	3,5	8,5
Österreich	4 822	3,2	3,5	5,1	6,2	14,2	14,4	9,1	44,4	3,6	41,3
Portugal	4 826	4,7	6,5	12,6	20,2	26,3	18,2	4,0	7,4	5,6	4,5
Schweiz	1 328	4,4	5,0	4,0	4,2	7,4	8,7	6,5	59,9	5,2	59,4
Spanien	6 952	2,1	2,8	5,9	10,0	19,9	21,6	7,6	30,1	2,2	24,9
Türkei	36 193	7,2	7,5	9,7	18,1	25,4	19,9	4,2	8,0	6,9	6,2
Übriges Europa	7 917	4,6	3,0	5,1	4,7	7,8	10,8	4,3	59,8	3,5	61,5
Afrika	2 655	8,4	6,5	9,8	10,5	25,2	19,5	3,7	16,4	6,6	16,3
Marokko	733	6,1	4,8	9,8	18,1	28,2	15,6	2,3	15,0	3,7	14,5
Tunesien	974	7,5	6,7	9,8	8,5	30,8	31,9	2,6	2,3	6,8	1,8
Übriges Afrika	948	11,2	7,7	9,7	6,6	17,1	9,8	5,9	32,0	8,6	32,2
Amerika	7 035	10,5	8,9	9,2	7,7	19,3	15,5	9,8	19,1	10,4	17,1
Brasilien	446	5,8	4,5	7,8	3,6	24,0	34,8	6,1	13,5	5,0	9,4
Kanada	342	5,6	5,8	5,8	7,6	20,5	24,3	8,8	21,6	5,2	18,1
Vereinigte Staaten	5 669	11,1	9,1	8,7	8,2	18,8	14,0	10,5	19,7	11,1	17,9
Übriges Amerika	578	11,4	12,1	16,6	6,9	19,6	10,4	6,7	16,3	11,9	14,5
Asien	4 884	14,4	12,2	11,7	10,4	17,1	10,1	6,4	17,7	12,2	17,5
Indien	602	12,6	12,6	17,3	9,1	12,5	9,6	8,8	17,4	11,0	19,9
Iran	1 040	10,1	11,9	10,2	10,6	15,4	8,5	6,3	27,0	9,7	25,2
Übriges Asien	3 242	16,2	12,2	11,2	10,5	18,5	10,7	6,0	14,7	13,2	14,4
Australien und Neuseeland	261	6,5	8,0	6,5	12,6	21,8	18,8	8,4	17,2	7,8	13,7
Staatenlose, Ungeklärt und ohne Angabe	1 537	1,8	2,1	1,6	1,7	4,8	3,6	3,8	80,7	1,6	80,6
Insgesamt	143 242	5,9	5,8	7,6	11,2	19,6	19,2	7,2	23,6	5,3	21,1

tern in der Altersgruppe von 25 bis 65 Jahren, wo die Männer fast zwei Drittel (65,5%) ausmachten. Dagegen waren im Alter zwischen 20 und 25 Jahren die Frauen mit 55,1% stärker vertreten als die Männer. Ein Vergleich der altersmäßigen Zusammensetzung zwischen den Ausländern und der deutschen Bevölkerung zeigte wesentliche Abweichungen. Die bekannterweise höheren Geburtenraten der Ausländer führten dazu, daß die Gruppe der unter 5jährigen mit 8,2% einen weit höheren Anteil hatte als bei den Deutschen, von denen nur 4,9% in diesem Alter standen. Dafür waren bei letzteren die Personen über 65 Jahren mit 15,1% eine wichtige Bevölkerungsgruppe, während diese älteren Leute bei den Ausländern mit 2,4% fast keine Bedeutung hatten.

Der wirtschaftlich interessanteste Personenkreis, die Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren, machten gut drei Viertel der im Lande lebenden Ausländer aus, wogegen bei den Deutschen nur 63,3% zu dieser Altersgruppe gehörten. Bei näherer Betrachtung fällt besonders auf, daß bei den im erwerbsfähigen Alter stehenden Ausländern ein weit größerer Teil (83,6%) als bei den Deutschen (63,9%) unter 45 Jahre alt war.

Mehr als 23% der Ausländer seit über zehn Jahren in der Bundesrepublik

Der weit geringere Zustrom von Ausländern nach Rheinland-Pfalz und damit einhergehend eine län-

gere Verweildauer der bereits hier lebenden Nichtdeutschen zeigen sich bei einer genaueren Analyse über die Aufenthaltsdauer dieses Personenkreises.

Im September 1976 hielten sich nur 5,9% aller Ausländer des Landes weniger als ein Jahr im Bundesgebiet auf. Im Jahre 1973, als die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte noch in vollem Gange war, lag dieser Anteil bei 14,2%. Eine Aufenthaltsdauer zwischen einem und drei Jahren wiesen 1976 nur 13,4% der Ausländer auf, 1973 waren es noch 26,0%. Der Anteil der Ausländer, die zwischen drei und sechs Jahren im Bundesgebiet lebten, machte 30,8% aus und hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert. Stark gestiegen ist dagegen der Anteil der Gruppe mit einer Aufenthaltsdauer von sechs bis zehn Jahren, nämlich von 11,5% im Jahre 1973 auf 26,4% 1976. Von den insgesamt 143 242 Ausländern waren zum Stichtag 33 738 bereits länger als zehn Jahre im Bundesgebiet, das sind 23,6% der Nichtdeutschen. Da sich seit 1973 sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil dieser Personengruppe ständig erhöht hat, ist anzunehmen, daß mit längerer Aufenthaltsdauer die Bereitschaft zur Rückkehr ins Heimatland abnimmt, weil eine gewisse Integration stattfindet. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Anteile der Personen, die länger als zehn Jahre im Bundesgebiet leben, von Nationalität zu Nationalität stark schwanken.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Veränderungen der Bodennutzung in dem Zeitraum von 1950 bis 1976

Die Gesamtwirtschaftsfläche des Landes Rheinland-Pfalz betrug nach den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung im Jahre 1976 rund 1 983 900 ha. Sie wichen von der im Vorjahr festgestellten Flächengröße nur geringfügig ab, wie auch in den vergangenen Jahren seit 1950 hier meist nur unbedeutende Veränderungen eingetreten sind. Zum weitaus größten Teil wird diese Fläche land- und forstwirtschaftlich genutzt. Im Jahre 1976 entfielen hierauf 1 623 000 ha oder 82%. Davon nahm die landwirtschaftliche Nutzung 871 000, die forstwirtschaftliche 752 000 ha in Anspruch. Von der übrigen Fläche waren 172 000 ha Bau- und Verkehrsflächen, 58 600 ha Öd-, Abbau- und Unland, 57 300 ha Gewässer, unkultivierte Moorflächen, Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Übungsplätze sowie schließlich 73 300 ha nicht mehr landwirtschaftlich genutztes Land.

Weniger landwirtschaftlich genutzte Fläche, mehr Brachland

Vergleicht man diese Zahlen mit denen früherer Jahre, so werden zwei sich wechselseitig beeinflussende Entwicklungstendenzen sichtbar. Es ist dies zum einen der enorme Rückgang der landwirtschaftlichen Bodennutzung, zum anderen die Ausweitung der Bau- und Verkehrs- sowie der Brachflächen. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen in der Industrialisierung mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung. In wachsendem Maße wurde Bauland benötigt. Hinzu kam mit der steigenden Kraftfahrzeugdichte der größere Bedarf an Verkehrsraum. Auch in der Landwirtschaft löste die sich verändernde Wirtschaft einen tiefgreifenden Strukturwandel aus.

Viele der dort Erwerbstätigen wanderten unter Aufgabe der Betriebe oder Arbeitsverhältnisse in bessere Verdienstmöglichkeiten bietende Wirtschaftsbereiche ab. Die verbliebenen Betriebe zwangen der Markt und der zunehmende Mangel an Arbeitskräften zu modernen Anbau- und Arbeitstechniken, deren Anwendung sich indessen nur auf den hinsichtlich ihrer Bodenqualität und Geländeform geeigneten Flächen lohnte. Ertragsarme und für den Maschineneinsatz ungeeignete Böden schieden deshalb aus der Bewirtschaftung aus. Aus aufgelösten Betrieben anfallendes unrentables Land blieb auch für Betriebsaufstockungen weitgehend uninteressant.

Der kontinuierliche Rückgang der landwirtschaftlichen Bodennutzung setzte allerdings erst Mitte der 50er Jahre ein. Bis dahin hatte sie sich noch ausgeweitet. Sicher spielte hierbei eine Rolle, daß damals die Versorgung mit Nahrungsgütern noch keineswegs so gesichert und vielfältig war wie in den späteren Jahren. Überdies waren auch die Einkommensverhältnisse bescheiden, so daß vielerorts noch die Selbstversorgung aufrechterhalten werden mußte. Ihren größten Umfang wies die landwirtschaftliche Bodennutzung mit 989 500 ha im Jahre 1956 auf. Gleicht man die damals noch als landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) definierte Fläche dem seit 1970 geltenden Begriffsinhalt der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) an, so ergibt sich seit damals ein Rückgang von mehr als 100 000 ha. Das ist etwa eine Fläche von der Größe des gesamten Westerwaldkreises. Im Durchschnitt sind damit in den letzten 20 Jahren jeden Tag 13,7 ha aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen worden.

Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungsarten 1950 - 1976

Nutzungsart	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	ha										
Landwirtschaftlich genutzte Fläche ¹⁾	938 135	969 894	948 617	928 624	912 027	910 025	899 837	890 446	878 779	871 479	870 837
Nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche	13 540	11 586	19 894	34 459	47 164	49 213	56 359	65 240	71 298	75 908	73 312
Öd-, Abbau- und Unland	86 561	69 873	62 298	52 011	54 808	53 336	54 768	54 851	56 837	57 877	58 598
Unkultivierte Moorflächen	2 673	1 751	1 677	1 648	1 352	1 326	1 155	1 165	1 037	1 025	987
Waldfläche, Forsten und Holzungen	734 149	734 779	747 466	752 514	750 238	750 780	751 791	751 670	751 724	751 764	751 680
Gewässer	.	26 411	26 624	26 673	27 541	27 674	27 678	27 669	27 647	27 664	27 698
Gebäude- und Hofflächen	.	40 820	46 883	52 809	59 556	60 103	60 948	61 510	64 878	65 828	66 440
Wege, Straßen und Eisenbahnen	89 268	90 212	93 771	102 404	103 596	103 654	104 020	104 086	104 212	104 649	105 691
Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Übungsplätze	24 994	34 687	35 453	31 744	27 720	27 807	27 306	27 358	27 408	27 657	28 664
Ins gesamt	1971 830	1980 013	1982 683	1982 886	1984 002	1983 918	1983 862	1983 995	1983 820	1983 851	1983 907

1) Angaben für die Jahre vor 1970 sind durch Abzug der Brachflächen dem jetzigen Begriffsinhalt angeglichen.

Kulturart	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	ha										
Ackerland ¹⁾	605 586	628 701	604 317	561 499	541 000	539 551	532 739	525 501	519 068	512 456	505 776
Haus-, Nutz- und Kleingärten ¹⁾	24 077	22 977	20 091	19 072	21 280	21 182	20 654	20 686	20 812	20 894	21 209
Obstanlagen	8 038	9 055	9 273	10 954	11 735	11 498	10 873	10 849	10 315	10 073	9 916
Baumschulen	359	295	559	491	648	726	591	687	669	712	724
Dauergrünland ¹⁾	258 537	259 503	261 816	279 653	276 132	274 763	271 255	267 547	261 021	260 073	265 488
Bestocktes Remland	37 546	47 402	50 999	52 504	57 267	58 521	60 057	61 531	63 483	64 092	64 608
Im Ertrag stehend	32 608	41 478	44 644	47 917	51 883	52 854	54 072	55 517	57 000	57 716	58 582
Weißweinsorten	28 250	36 171	39 794	42 921	47 337	48 483	49 887	51 489	53 094	53 894	54 846
Rotweinsorten	4 358	5 307	4 850	4 996	4 546	4 371	4 185	4 028	3 906	3 822	3 736
Jungfelder, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten	4 938	5 924	6 355	4 587	5 384	5 667	5 985	6 014	6 483	6 376	6 026
Rebbrache zur Wiederbestockung	3 686	1 578	1 229	4 230	3 521	3 360	3 230	3 212	3 009	2 758	2 683
Korbweiden, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes	306	383	333	221	444	424	438	433	402	421	433
Insgesamt¹⁾	938 135	969 894	948 617	928 624	912 027	910 025	899 837	890 446	878 779	871 479	870 837

1) Angaben für die Jahre vor 1970 sind den jetzigen Begriffsinhalten angeglichen.

Manches deutet jedoch darauf hin, daß eine Wende oder zumindest ein Stillstand dieser Entwicklung in Sicht ist. So nahm die LF 1976 gegenüber 1975 nur noch um rund 700 ha ab, während es früher durchschnittlich etwa 6 000 ha im Jahr waren. Die Annahme liegt nahe, daß zu der Verlangsamung des Abbautempos nicht zuletzt auch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der veränderten gesamtwirtschaftlichen Situation beigetragen hat, die Abwanderungsbestrebungen in andere Wirtschaftsbereiche stark dämpfte.

Ein Teil der aus der landwirtschaftlichen Bodennutzung ausgeschiedenen Flächen wechselte zu außerlandwirtschaftlichen Nutzungsformen, zum Beispiel für Aufforstungen oder Baumaßnahmen. Die Gebäude- und Hofflächen nahmen in den letzten 20 Jahren um rund 25 000 ha, die für Straßen und Wege um mehr als 17 000 ha zu. Ein anderer Teil ist im Laufe der Jahre verwildert und in Ödland übergegangen, das sich dadurch mit dem Unland bis 1976 auf rund 58 600 ha weiter ausdehnte. Größtenteils blieb jedoch die Fläche brach liegen und wurde als nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche erfaßt und entsprechend ausgewiesen. Nach ununterbrochenem Anstieg verzeichnete diese im Jahre 1975 mit 75 900 ha ihre größte Ausdehnung, nahm aber 1976 erstmals wieder ab, und zwar auf 73 300 ha. Angesichts der Abgrenzungsschwierigkeiten bei ihrer Erfassung liegt allerdings die Vermutung nahe, daß in dieser Zahl auch inzwischen verödete Flächen enthalten sind. Faßt man die nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche mit dem Öd- und Unland und den rund 1 000 ha unkultivierten Moorflächen zusammen, so ergeben sich insgesamt nahezu 133 000 ha derzeit ungenutzten Bodens.

Die 1976 vorhandene LF setzte sich hauptsächlich aus 505 800 ha Ackerland, 265 500 ha Dauergrünland und 64 600 ha bestocktem Remland zusammen. Hinzu kamen 21 200 ha Haus-, Nutz- und Kleingärten, 9 900 ha Obstanlagen, 2 700 ha nicht bestocktes Reb-

land, 724 ha Baumschulen und 433 ha Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Weniger Ackerland, mehr Dauergrün- und Remland

Die langfristige Entwicklung des Ackerlandes als flächenmäßig bedeutendste Kulturart zeigt infolge der wechselseitigen Beziehung eine gewisse Parallelität zur LF. Wie bei dieser begann auch beim Ackerland der Rückgang erst nach 1956, dem Jahr seiner größten Ausdehnung, führte dann aber zu deutlich größeren Flächeneinbußen als dort. Allein bis 1970 reduzierte sich die genutzte Ackerfläche um etwa 90 000 und bis 1976 um weitere 35 000 auf 505 800 ha. Dies ist teils darauf zurückzuführen, daß die Ausdehnung des Wohnungs- und Straßenbaues vornehmlich in Gebieten mit Ackerland stattfand. Zum Teil entstanden auf der Ackerfläche aber auch andere Kulturarten, vielfach bedingt durch die zunehmende Spezialisierung in den landwirtschaftlichen Betrieben, namentlich durch die Intensivierung der Viehwirtschaft und des Weinbaues. So dürfte beispielsweise der bis Ende der 60er Jahre zeitweilig starke Anstieg des Dauergrünlandes zweifellos zu erheblichen Teilen zu Lasten der Ackerflächen gegangen sein. Das Dauergrünland umfaßte 1976 knapp 265 500 ha gegenüber 260 100 ha im Vorjahr. Nach dem stetigen Rückgang seit seiner größten Ausdehnung im Jahre 1968 (281 000 ha) stieg es damit erstmals wieder an. Derzeit nehmen von der Grünlandfläche die Wiesen mit 138 800 ha etwa die Hälfte ein. Rund 67 800 ha entfallen auf Mähweiden, 49 000 ha auf Weiden und nicht ganz 10 000 ha auf Hutungen. Dabei ist bemerkenswert, daß eine deutliche Verlagerung von den Wiesen zu den Mäh- und Viehweiden hin stattgefunden hat.

Im Gegensatz zum Acker- und Grünland verzeichnete die bestockte Rebfläche eine anhaltende Ausdehnung. Sie nahm zwischen 1950 und 1970 um an nähernd 20 000 ha, zwischen 1970 und 1976 um wei-

tere 7 300 ha zu und erstreckt sich zur Zeit auf 64 608 ha. Davon standen 58 572 ha im Ertrag. 54 846 ha waren mit Weiß- und 3 736 ha mit Rotweinreben bepflanzt. Da die mit Jungfeldern, Rebschulen und Unterlagenschnittgärten bestandene Fläche über die Jahre hinweg relativ konstant blieb - 1976 umfaßte sie etwas mehr als 6 000 ha -, entwickelte sich die Ertragsrebfläche fast in gleicher Weise wie die bestockte. Unter den übrigen Kulturarten haben nur die Haus-, Nutz- und Kleingärten ihren Umfang fast unverändert beibehalten. Dagegen kam es bei geschlossenen Obstanlagen nach den bis Anfang der 70er Jahre erfolgten Erweiterungen wieder zu Einschränkungen infolge Rodung überalteter oder nicht mehr marktgerechter Bestände. In keinem der letzten sechs Jahre wurden von den Obstanlagen mehr als 12 000 ha beansprucht. Demgegenüber setzte sich bei den Baumschulen die langfristige Anstiegstendenz auch in dieser Zeit fort, was auf die gestiegene Nachfrage nach Baumschulerzeugnissen zurückzuführen ist.

Mehr Getreide, weniger Hackfrüchte und Futterpflanzen

Mit den Flächenverschiebungen und -reduzierungen bei den Hauptnutzungs- und Kulturarten, in denen sich die Wandlungen in der Bodennutzung am eindrucksvollsten widerspiegeln, verlagerten sich auch im Feldfrucht- und Futterbau die Gewichte. Dabei bestimmte insbesondere die Notwendigkeit, den Mangel an Arbeitskräften durch Maschinen Einsatz auszugleichen, weitgehend die Richtung der Entwicklung. So trat der Anbau von Getreide, der auch schon in früheren Zeiten bevorzugt wurde, infolge der hier einfacheren Mechanisierung der Feldarbeiten noch stärker in den Vordergrund. Dagegen ging der Anbau von Hackfrüchten und Futterpflanzen im gleichen Zug zurück. Der Rückgang der Hackfrüchte ist indessen nicht allein auf deren Arbeitsaufwendigkeit zurückzuführen, sondern teils auch eine Folge der rückläufigen Nachfrage nach Speisekartoffeln aufgrund veränderter Verzehrgewohnheiten. Hinzu kam die Umstellung in der Schweinehaltung von der Kartoffel- auf die Getreidemast. Durch den verstärkten Einsatz importierter Eiweißfuttermittel nahm auch der Bedarf an Runkelrüben und Rauhfutter rapide ab.

Im Vergleich zum Jahre 1950 erstreckt sich der Getreideanbau heute auf eine um 56 000 ha größere Fläche. Sein Anteil am Ackerland stieg von damals 53 auf 72% im Jahre 1972, dem Jahr der bislang größten Ausdehnung mit 381 000 ha. In der Folgezeit ging der Anbau infolge geringfügiger Reduzierungen zwar wieder leicht zurück, anteilmäßig nahm er bis 1976 aber noch weiter zu und beanspruchte drei Viertel der Ackerfläche.

Winterweizen und Sommergerste dominieren

Auch im Anbau der einzelnen Getreidearten haben sich die Verhältnisse seit 1950 grundlegend verändert. Waren damals noch Winterroggen und Hafer die flächenmäßig mit Abstand dominierenden Arten, so standen 20 Jahre später der Winterweizen und die Sommergerste an der Spitze. Seinen größ-

ten Umfang erreichte der Winterweizenanbau 1971 mit knapp 124 000 ha, womit er sich gegenüber 1950 verdoppelt hatte. Bis 1976 ging die Fläche wieder auf 112 100 ha zurück. Demgegenüber wurde der Anbau des Winterroggens, der in seiner Bedeutung als Brotgetreideart an zweiter Stelle hinter dem Winterweizen rangiert, drastisch eingeschränkt. Von der 1950 insgesamt 95 300 ha umfassenden Fläche war bis 1970 nicht einmal mehr die Hälfte vorhanden. Nach weiterem ununterbrochenem Rückgang sank sie auf ihren bisher niedrigsten Stand im Jahre 1975 ((29 000 ha)), wurde 1976 jedoch wieder kräftig auf 35 600 ha erweitert. Ob sich darin die Neigung zu einer nachhaltigen Wiederausdehnung des Winterroggenanbaues abzeichnet, worauf manche Anzeichen hindeuten, bleibt abzuwarten. Unter den übrigen Brotgetreidearten wie Sommerweizen, Sommerroggen und Wintermenggetreide kommt von ihrer Verbreitung her noch dem Sommerweizen, dessen Anbaufläche sich seit etwa zehn Jahren zwischen 10 000 und 15 000 ha bewegt und 1976 knapp 10 000 ha betrug, nennenswerte Bedeutung zu. Die Sommerroggenfläche pendelte langfristig nur zwischen 1 000 und 1 500 ha, zeitweilig lag sie sogar noch darunter. 1976 belief sie sich auf gut 1 500 ha. Ungefähr gleichen Umfang hatte das Wintermenggetreide, das nach vorübergehendem Anstieg Anfang der 60er Jahre wieder rückläufig war. Es muß hierbei berücksichtigt werden, daß kurzzeitige Flächenveränderungen bei den Winter- und Sommerformen sich zum Teil gegenseitig bedingen. Zum Ausgleich von Ausfällen beim Wintergetreide infolge ungünstiger Witterung bei der Herbstaussaat oder starker Auswinterung wird meist verstärkt Sommergetreide angebaut.

Bei den Futter- und Industriegetreidearten verzeichnete der Sommergerstenanbau einen beträchtlichen, fast ununterbrochenen Aufschwung. Im Jahre 1970 übertraf die Fläche bereits diejenige des Jahres 1950 um rund 40 000 ha und erreichte 1975 mit 109 000 ha ihr bisher größtes Ausmaß, wobei der Anstieg in dem letztgenannten Jahr besonders hoch war; 1976 ging sie wieder auf 100 400 ha zurück. Auch die verhältnismäßig ertragssichere Wintergerste ist nach ursprünglich unbedeutendem Anbau (1950 nicht ganz 3 000 ha) seit etwa Anfang der 60er Jahre allmählich wieder im Kommen. Bis 1970 hatte sich ihre Anbaufläche schon auf das Fünffache vergrößert. Die Anstiegstendenz setzte sich bis 1976 fort. Mit 29 225 ha ist die Anbaufläche sogar auf das Zehnfache von 1950 angestiegen. Sollten einmal auch von der Wintergerste zu Brauzwecken geeignete Qualitäten erzielt werden können, dürfte der Anbau dieser Getreideart gute Zukunftsaussichten haben. Dagegen hat der einst fast ausschließlich für die Pferdehaltung bestimmte Hafer mit dem Rückgang der Pferdebestände erheblich an Boden verloren. Gegenüber 99 700 ha im Jahre 1950 beanspruchte die Haferfläche 1970 nur mehr 70 400 ha und sank bis 1976 um weitere 7 600 auf 62 800 ha. Sommermenggetreide wurde 1976 auf 21 000 ha angebaut. Im Vergleich zu 1970 sind das zwar rund 2 300 ha weniger, gegenüber 1950 jedoch ist es mehr als zehnmal so viel. Ähnliches gilt für den Körnermais (1976: 3 045 ha), der sich klimabe-

Fruchtart	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	ha										
<u>Getreide</u>	321 003	352 251	364 753	357 269	376 089	377 737	381 037	380 062	378 228	378 563	377 180
Winterweizen	62 259	73 878	107 709	109 198	116 703	124 167	122 556	117 532	116 532	103 330	112 120
Sommerweizen	1 477	3 060	4 440	10 317	11 646	10 284	10 072	11 411	11 123	15 427	9 944
Winterroggen	95 255	98 898	79 256	69 028	40 988	40 615	38 773	32 411	31 872	28 984	35 608
Sommerroggen	928	1 998	2 205	1 426	956	1 207	1 021	1 030	1 396	1 245	1 532
Winternemgetreide	4 424	4 888	8 161	3 863	1 937	2 716	1 944	1 557	1 502	1 494	1 515
Wintergerste	2 851	3 694	10 438	9 420	14 696	18 408	19 454	20 238	24 119	22 709	29 225
Sommergerste	51 833	63 659	60 752	67 324	91 592	85 318	93 060	103 748	99 174	108 794	100 384
Hafer	99 728	96 496	79 717	68 123	70 407	69 198	68 529	66 764	66 125	69 214	62 817
Sommermenggetreide	1 755	5 164	11 678	17 696	23 274	21 449	21 010	21 464	22 691	23 580	20 990
Körnermais	493	516	397	874	3 890	4 375	4 618	3 907	3 694	3 786	3 045
<u>Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung</u>	2 990	1 228	799	1 458	1 685	2 075	1 607	1 906	1 895	1 691	1 753
<u>Hackfrüchte</u>	165 602	167 150	154 159	124 232	107 512	101 345	96 080	91 724	89 014	83 435	81 254
Kartoffeln	90 226	98 526	87 314	65 538	53 348	47 365	43 804	41 471	38 899	32 446	32 626
Zuckerrüben	12 739	14 673	19 096	19 476	20 128	21 595	21 970	22 357	23 987	27 129	27 288
Runkelrüben	56 892	49 242	42 831	34 757	29 516	28 316	26 843	24 732	23 214	21 069	19 070
Sonstige Hackfrüchte	5 745	4 709	4 918	4 461	4 520	4 069	3 463	3 164	2 914	2 791	2 270
<u>Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse</u>	6 218	6 591	7 852	7 051	7 685	6 720	6 706	6 160	5 954	5 934	5 874
<u>Handelsgewächse</u>	8 293	3 602	3 125	2 614	3 732	4 674	5 042	4 932	4 652	5 274	4 704
Raps, Rübsen	4 944	367	413	922	2 218	3 069	3 501	3 440	2 940	3 478	2 997
Sonstige Handelsgewächse	3 349	3 235	2 712	1 692	1 514	1 605	1 541	1 492	1 712	1 796	1 707
<u>Futterpflanzen</u>	100 943	97 440	70 624	65 314	41 809	45 189	39 894	38 382	37 717	35 853	33 795
Klee und Kleegras	31 385	33 912	24 959	19 276	15 170	14 426	13 023	12 798	12 231	10 494	9 553
Luzerne	45 077	41 380	24 461	21 598	9 965	9 318	8 691	7 444	7 036	6 389	5 752
Grasanbau	11 821	16 318	12 562	15 277	9 646	14 017	7 418	7 315	6 897	5 421	5 247
Sonstige Futterpflanzen	12 660	5 830	8 642	9 163	7 028	7 428	10 762	10 825	11 553	13 549	13 243
<u>Gründungspflanzen und Schwarzbrache</u>	.	.	3 005	3 561	2 488	1 811	2 373	2 335	1 608	1 706	1 216
I n s g e s a m t	605 586¹⁾	628 701¹⁾	604 317	561 499	541 000	539 551	532 739	525 501	519 068	512 456	505 776

1) Ohne Schwarzbrache.

dingt hierzulande nicht durchsetzen konnte; in den letzten Jahren stagnierte er weitgehend.

Bei den Hackfrüchten setzte sich der seit 1956 zu beobachtende rapide Rückgang bis in die jüngste Zeit fort. 1976 wurden für den Anbau nur noch 81 300 ha benötigt, gegenüber 1970 waren das 26 300 ha, gegenüber 1950 sogar 84 300 ha weniger. Die Einschränkung beträgt also mehr als die Hälfte der damaligen Fläche. Dieser starke Verlust ist hauptsächlich auf den Rückgang im Spätkartoffel- und Runkelrübenanbau zurückzuführen. Die Ursachen wurden eingangs angedeutet. Der 1976 nur noch 26 900 ha umfassende Spätkartoffelanbau büßte seit 1950 insgesamt etwa 57 400, davon 19 800 ha in der Zeit ab 1970 ein. Ähnlich verringerte sich die Runkelrübenfläche von ehemals 57 000 ha über 29 500 in 1970 auf gegenwärtig 19 100 ha. Die Fläche der Frühkartoffeln hielt sich demgegenüber ziemlich konstant (1976: 5 700 ha). Zum Rückgang der Hackfruchtfäche trugen außerdem Kohlrüben (1 700 ha) und sonstige Hackfrüchte (570 ha) bei, die allerdings in Rheinland-Pfalz nur wenig Bedeutung haben. Demgegenüber nahm der Anbau von Zuckerrüben über die Jahre hinweg stetig zu, so auch noch von 1970 bis 1976 um weitere 7 200 auf 27 300 ha, womit sich die Fläche gegenüber 1950 mehr als verdoppelte.

Eine ebenso ausgeprägt rückläufige Tendenz wie der Hackfruchtanbau verzeichneten die Futterpflanzen. Mit 33 800 ha im Jahre 1976 betrug deren Fläche nur noch ein Drittel derjenigen von 1950. An dem Rückgang waren mit Ausnahme von Grünmais, der mit 12 400 ha 1976 auf einer gegenüber 1970 dreimal größeren Fläche angebaut wurde, alle Futterpflanzen beteiligt. Klee und Kleegras standen auf nur noch 9 600 ha und Luzerne auf 5 800 ha. Grasanbau auf dem Ackerland nahm 5 200 ha in Anspruch. Diese Flächen umfassen nur noch einen Bruchteil ihres Umfangs von 1950; bei Klee und Kleegras ist es noch etwa ein Drittel, bei der Luzerne sogar nur noch etwa ein Achtel.

Ackerlandnutzung regional sehr unterschiedlich entwickelt

Regional verlief die Entwicklung zum Teil sehr unterschiedlich. Beschränkt man sich auf die Be trachtung der Veränderungen des Ackerlandes und dessen Nutzung, so wird ersichtlich, daß der Rückgang dieser wichtigsten Kulturart den südlichen Teil des Landes stärker betroffen hat als den nördlichen. Sehr unterschiedlich entwickelten sich die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen des Landes. Mit einer Ausnahme, dem Kreis Cochem-Zell, ver zeichnen sie alle Ackerlandverluste. Der stärkste

Nutzung des Ackerlandes in den Landkreisen 1950 und 1974

Landkreis	Ackerland				Getreide		Hackfrüchte		Futterpflanzen	
	Fläche		Anteil an landwirtschaftlich genutzter Fläche ¹⁾		Anteil am Ackerland					
	1950 ²⁾ ha	1974	1950	1974	1950	1974	1950	1974	1950	1974
Ahrweiler	17 053	14 346	61,3	53,8	50,7	75,6	25,7	16,9	16,7	6,3
Altenkirchen (Ww.)	12 032	7 944	50,2	35,9	51,9	73,1	28,2	18,4	18,2	7,3
Bad Kreuznach	30 784	26 338	67,2	63,1	55,3	72,5	20,6	11,6	21,4	13,7
Birkenfeld	15 131	12 423	54,6	51,1	57,7	75,5	26,2	16,8	11,1	5,9
Cochem-Zell	17 647	18 599	64,4	67,3	54,9	82,1	28,8	12,4	12,6	4,3
Mayen-Koblenz	37 268	34 447	83,8	82,4	49,8	74,3	31,1	18,3	15,4	5,6
Neuwied	14 139	10 290	56,1	44,2	50,2	76,5	27,4	14,7	18,4	7,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	25 944	25 238	58,5	60,0	59,4	76,9	25,0	13,0	13,4	8,2
Rhein-Lahn-Kreis	24 133	20 252	71,4	67,0	58,0	71,2	23,3	12,9	16,5	12,8
Westerwaldkreis	22 337	11 136	46,0	35,2	55,9	72,0	29,1	17,1	12,8	8,7
Bernkastel-Wittlich	24 692	23 137	52,3	50,5	55,7	77,5	30,2	15,6	10,2	5,0
Bitburg-Prüm	51 748	47 566	61,7	50,8	52,3	80,0	17,0	8,9	21,5	10,0
Daun	18 723	14 189	47,9	35,2	57,5	82,0	24,3	14,8	13,5	2,6
Trier-Saarburg	30 109	26 117	61,2	55,5	50,6	75,7	27,1	15,9	16,5	6,4
Alzey-Worms	41 396	36 090	83,6	74,0	48,8	73,3	30,4	22,6	19,5	2,8
Bad Dürkheim	16 352	12 165	65,7	52,4	46,7	67,2	32,7	26,0	16,2	4,4
Donnersbergkreis	31 954	30 432	80,6	81,9	57,9	75,8	20,4	12,9	19,6	10,0
Germersheim	16 878	15 604	73,6	81,0	41,3	62,6	32,8	20,8	15,1	5,1
Kaiserslautern	18 585	14 671	65,8	60,4	59,7	69,0	26,3	16,3	10,6	13,5
Kusel	22 722	17 613	63,6	58,5	59,1	75,3	22,0	13,3	15,3	10,7
Landau-Bad Bergzabern	20 471	13 939	63,3	50,3	44,7	63,8	31,7	24,7	17,4	6,6
Ludwigshafen	18 579	17 130	85,6	89,5	40,1	50,3	35,4	36,1	13,4	1,8
Mainz-Bingen	31 295	24 623	69,6	59,3	48,6	72,1	28,8	20,4	20,2	4,6
Pirmasens	20 300	15 755	63,9	61,3	53,8	66,4	28,9	18,9	13,9	12,0
Landkreise	580 272	490 044	64,4	58,7	52,6	73,4	26,5	16,7	16,5	7,4
Kreisfreie Städte	35 854	29 024	68,1	66,6	43,9	63,8	33,0	24,5	15,2	4,5
Rheinland-Pfalz	616 126	519 068	64,6	59,1	52,1	72,9	26,9	17,1	16,4	7,3

1) 1950 landwirtschaftliche Nutzfläche. - 2) Einschl. des nicht genutzten Ackerlandes.

Rückgang ist im Westerwaldkreis eingetreten, dessen Ackerfläche seit 1950 um nahezu die Hälfte reduziert wurde. Zu weit überdurchschnittlichen Einschränkungen im Norden des Landes kam es außerdem in den Kreisen Neuwied (— 26%), Altenkirchen (— 34%) und Daun (— 21%). Im Süden erfuhr der pfälzische Kreis Landau-Bad Bergzabern die relativ stärkste Einbuße (— 31%). Es folgten Bad Dürkheim (— 25%), Kusel und Pirmasens (je — 21%). Im rheinhessischen Raum war nur der Kreis Mainz-Bingen überdurchschnittlich stark betroffen (— 21%).

Auch beim Anbau auf dem Ackerland kam es zu größeren Verschiebungen. Da die jüngsten Kreisergebnisse für das Jahr 1974 vorliegen, ist der Beobachtungszeitraum hier entsprechend kürzer. Ein Blick auf die Entwicklung des Getreideanbaus zeigt, daß der Norden an der starken Ausdehnung in besonderem Maße beteiligt war. Sie erfolgte vor allem in den Gebieten, in denen der Getreideanbau auch früher schon relativ stark verbreitet war, nämlich in der Eifel und im Hunsrück. Nicht mit dem Umfang, wohl aber mit der Vergrößerung seiner Getreidefläche (+ 58% gegenüber 1950) steht hier der Kreis Cochem-Zell an der Spitze. Weit überdurchschnittliche Zunahmen verzeichnen auch die flächenmäßig größeren Kreise Mayen-Koblenz (+ 38%), Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 26%) und Ahrweiler (+ 25%) sowie ferner aus dem Regierungsbezirk Trier die Kreise Bitburg-Prüm (+ 41%), Bernkastel-Wittlich (+ 30%) und Trier-Saarburg

(+ 30%). Kleinere Getreideflächen als 1950 wiesen dagegen die Kreise Altenkirchen (— 7%) und insbesondere der Westerwaldkreis (— 36%) auf. Insgesamt wurde im Regierungsbezirk Koblenz der Getreideanbau um 15%, im Bezirk Trier aber um 31% ausgeweitet.

Unter den Kreisen im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz waren an der Ausdehnung mit stark überdurchschnittlichen Zunahmeraten Alzey-Worms (+ 31%) und der Donnersbergkreis (+ 24,8%) beteiligt sowie der gemessen an seiner Anbaufläche allerdings kleinere Kreis Germersheim (+ 40%). Dagegen wurde in den Kreisen Kaiserslautern (— 9%), Landau-Bergzabern (— 3%) und Pirmasens (— 4%) der Getreideanbau eingeschränkt, im Kreis Kusel blieb er nahezu unverändert. Insgesamt wurde im Bezirk Rheinhessen-Pfalz Getreide auf einer um 14% größeren Fläche angebaut.

Auch im Anbau der einzelnen Getreidearten zeigt sich ein von 1950 stark abweichendes Bild. Die Beobachtung der seitherigen Veränderungen soll hier auf die beiden am stärksten in den Vordergrund getretenen Arten, den Winterweizen und die Sommergerste, beschränkt bleiben. Der Winterweizenanbau wurde im Regierungsbezirk Koblenz um etwa 90, im Bezirk Trier um 60 und in Rheinhessen-Pfalz um 50% ausgedehnt. Daran waren im Norden hauptsächlich die Kreise Cochem-Zell (+ 241%), Mayen-Koblenz (+ 158%), der Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 140%) und der Kreis Bernkastel-Wittlich (+ 167%) beteiligt. Im Süden waren es vornehmlich

Alzey-Worms (+ 323%), Mainz-Bingen (+ 274%) und der Donnersbergkreis (+ 117%). Der Sommergersteanbau nahm im Bezirk Koblenz um fast das Eineinhalbache zu und im Regierungsbezirk Trier verfünfachte er sich sogar, während er in Rheinhessen-Pfalz nur um etwas mehr als ein Drittel anstieg. Mit Ausnahme von Alzey-Worms (- 20%) und Mainz-Bingen (- 29%), wo der Anbau zurückging, waren an der Ausweitung alle Kreise beteiligt. Die Entwicklung wichen jedoch im einzelnen ähnlich wie beim Winterweizen stark voneinander ab. Im Norden des Landes ist der Anbau besonders in den flächenmäßig bedeutenden Eifel- und Hunsrückkreisen Bitburg-Prüm (+ 295%), Bernkastel-Wittlich (+ 419%), Trier-Saarburg (+ 736%) und Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 400%) erweitert worden. Im Süden waren an der Zunahme in erster Linie die Kreise Kusel (+ 125%), Pirmasens (+ 290%) beteiligt. Den relativ stärksten Anstieg verzeichnete hier der flächenmäßig weniger bedeutende Kreis Germersheim, dessen Anbaufläche sich seit 1950 versechsfachte.

Der Hackfruchtanbau ging im nördlichen Teil des Landes um etwas mehr als die Hälfte, im südlichen nur um ein gutes Drittel zurück. Der Rückgang betraf ohne Ausnahme alle Kreise. Die relativ stärkste Abnahme unter allen Kreisen verzeichnete der Westerwaldkreis (- 71%). Dort und in den Kreisen Mayen-Koblenz, Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg und Alzey-Worms sind mit jeweils mehr als 4 000 ha auch flächenmäßig die größten Rückgänge festzustellen.

Der Anbau von Futterpflanzen wurde dagegen im Süden stärker reduziert als im Norden. Im Regierungsbezirk Koblenz ging er um etwa 57, in Trier um 63 und in Rheinhessen-Pfalz um 67% zurück. Auch hier waren mit Ausnahme des hinsichtlich des Futterbaues unbedeutenderen Kreises Kaiserslautern alle Kreise beteiligt. Unter den Kreisen mit einst stark verbreiteten Futterpflanzenanbau hat dieser vor allem in Mayen-Koblenz (- 67%), Trier-Saarburg (- 66%), Alzey-Worms (- 87%), Landau-Bergzabern (- 74%) und Mainz-Bingen (- 82%) überdurchschnittlich an Boden verloren.

P. Pöhl

Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950-1975

Aussagen über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte werden in der amtlichen Statistik durch zwei primärstatistische Erhebungen gewonnen, durch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die laufenden Wirtschaftsrechnungen. Rechtsgrundlage beider Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBL. I S. 18). Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben finden nur in Abständen von drei bis fünf Jahren statt. Die laufenden Wirtschaftsrechnungen, deren Ergebnisse aus methodischen Gründen lediglich für einige große Bundesländer sowie das Bundesgebiet gewonnen und veröffentlicht werden, liefern dagegen kontinuierliche Zeitreihen für drei Haushaltstypen, von denen der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltvorstandes als der bedeutendste angesehen werden kann. Die folgende Untersuchung beschränkt sich deshalb sowie aus weiter unten genannten Gründen auf die Ergebnisse der Erhebung der Wirtschaftsrechnungen für Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen.

Bei den 1950, dem Beginn des untersuchten Zeitraumes, im Bundesgebiet beobachteten Haushalten handelte es sich um Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten (Ehepaare mit zwei Kindern, darunter mindestens ein Kind unter 15 Jahren) mit einem Hauptverdiener, die einer mittleren Verbrauchergruppe angehörten. Seit 1965 sind es Haushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltvorstandes; diese entwicklungsbedingte begriffliche Anpassung war nötig, weil mit steigendem Realeinkommen die Einkommensveränderungen nicht mehr unmittelbar an die Verbrauchsausgaben

weitergegeben werden. Jährliche Angleichungen der Einkunftssewellen sorgen dafür, daß nur Haushalte Angaben liefern, deren Einkommen etwa dem Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmerhaushalte entspricht. Nur für den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt liegen Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben über den untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1975 vor. Die Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen sowie die Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen wurden erst später in die statistischen Erhebungen einbezogen.

Die laufenden Wirtschaftsrechnungen können keine Ergebnisse liefern, die etwas über die Gesamtheit aller Haushalte oder den „deutschen Durchschnittshaushalt“ aussagen. Damit würde ein viel zu weiter Geltungsbereich unterstellt werden. Ist doch die Aussagekraft der Ergebnisse, die aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Monatliche Einnahmen und Ausgaben von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen 1950 - 1975

Bezeichnung	1950	1955	1960	1965	1970	1975	Ver-					
							ände-					
	DM						1975					
							zu					
Gesamteinnahmen	343	549	759	1 107	1 507	2 684	683					
Ausgaben für Lebenshaltung insgesamt	294	469	641	881	1 089	1 801	513					
Nahrungsmittel	133	190	238	299	327	460	246					
Fleisch und Fleischwaren	27	47	63	82	92	126	367					

gewonnen werden, schon deshalb eingeschränkt, weil sich die Erhebung in der Bundesrepublik auf insgesamt höchstens 1 000 Haushalte in jedem Monat erstreckt. Außerdem bleiben Haushalte von Selbständigen und Landwirten unberücksichtigt. Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen kann aber bei sachgerechter Auswertung dem Wirtschafts- und Sozialpolitiker Material von erheblicher Bedeutung liefern, das keine andere Erhebung in dieser oder ähnlicher Form zu bieten vermag.

In die folgende Untersuchung wurden außerdem die Ergebnisse der Preisermittlungen an Schlachtviehmärkten und im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz aufgenommen. Bei den herangezogenen Verbraucherpreisen handelt es sich um ungewogene Landesdurchschnitte, die gegen Monatsmitte repräsentativ in elf Berichtsgemeinden von Rheinland-Pfalz ermittelt werden.

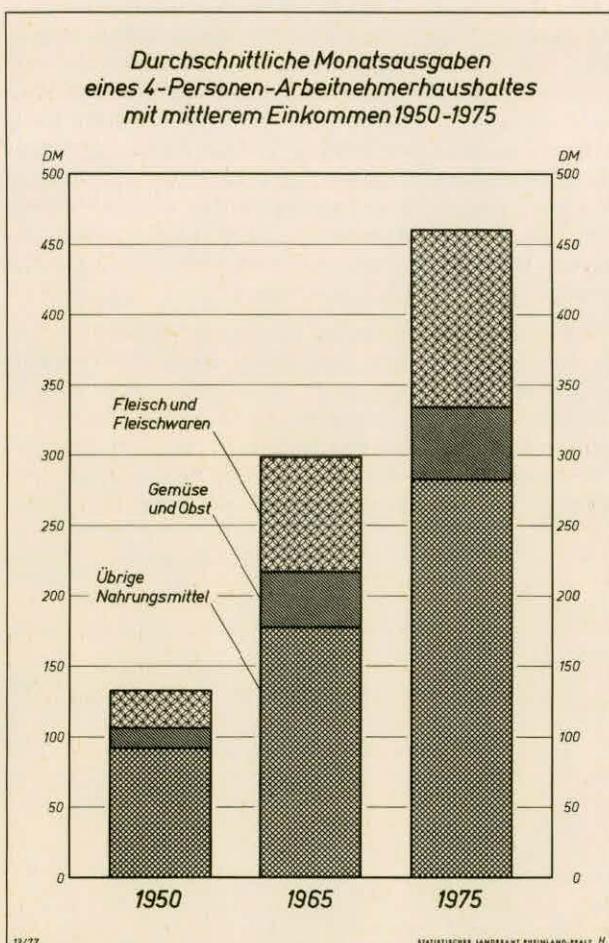
Fleisch- und Fleischwaren machen über ein Viertel der Ausgaben für Ernährung aus

Preisveränderungen von Fleisch- und Fleischwaren haben für den privaten Verbraucher große Bedeutung, weil den Ausgaben für diese Nahrungsmittelgruppe im Rahmen der Gesamtausgaben für Nahrungsmittel ein relativ hohes Gewicht zukommt. Es erscheint daher interessant, für einen längeren Zeitraum die Preisentwicklung für Fleisch und Fleischwaren sowie die Reaktion der Verbraucher auf Preisveränderungen zu verfolgen.

Im Jahre 1950 wurde von einem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen für den Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren ein Durchschnittsbetrag von monatlich etwa 27 DM ausgegeben. Das waren rund 9% des Aufwands für die gesamte Lebenshaltung und rund 20% der Ausgaben für Ernährung. Bis 1975 hat sich mit einem Betrag von 126 DM die Ausgabensumme für die genannte Nahrungsmittelgruppe um 367% erhöht; das Gesamteinkommen dieser Verbrauchergruppe stieg dagegen in noch stärkerem Maß, und zwar um 683%. Damit trat eine Strukturveränderung im Nahrungsbedarf eines Haushalts insofern ein, als 1975 der Anteil der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an dem Aufwand für die gesamte Lebenshaltung nur noch bei 7% lag, während die Quote am Aufwand für Ernährung auf 27% anstieg. In dieser Entwicklung spiegelt sich die erheblich höhere Bedeutung wider, welche der Verbrauch von Fleisch und Fleischwaren inzwischen gewonnen hat.

Der verstärkte Konsum von Fleisch und Fleischwaren verteilte sich in recht unterschiedlichem Maße auf die verschiedenen Warenarten und -sorten und lässt erkennen, wie sehr sich zwischen 1950 und 1975 die Verbrauchsgewohnheiten verändert haben. So ist der Verzehr von Rindfleisch der Menge nach mit 25% wesentlich geringer angestiegen als dies beim vergleichsweise billigeren Schweinefleisch der Fall war, dessen Verbrauch sich um 168% erhöhte. Ähnlich wie beim Schweinefleisch konnte auch bei Wurst und Wurstwaren eine recht kräftige Konsumsteigerung ermittelt werden, die sich auf 115% belief. Damit ergab sich innerhalb der Nahrungsmittelgruppe Fleisch und Fleischwaren gegenüber 1950 eine Verschiebung der Relationen, welche dazu führte, daß der Anteil von Rindfleisch an den Ausgaben für diese Art von Nahrungsmitteln von 16% im Jahre 1950 auf 13% im Jahre 1975 absank, die Anteile von Schweinefleisch sowie Wurst und Wurstwaren sich dagegen im gleichen Zeitraum von 16 auf 19 bzw. von 39 auf 40% erhöhten.

Für die einzelnen Fleischsorten sowie Wurst und Wurstwaren ergab sich im Verlauf der untersuchten 25 Jahre jedoch keineswegs eine kontinuierliche Zunahme des Verbrauchs. Beim qualitativ höherwertigen Rindfleisch blieb der Verbrauch von 1950 bis 1965 nahezu konstant und erhöhte sich erst in den darauffolgenden zehn Jahren um nahezu ein Viertel. Der Verzehr von Schweinefleisch verzeichnete von 1950 bis 1965 eine Zunahme um rund zwei Drittel und stieg in den letzten zehn Jahren des untersuchten Zeitraumes in noch deutlich stärkerem Maße an. Die kräftigste Verbrauchszunahme zwischen 1950 und 1965 wurde für Wurst und Wurstwaren ermittelt, deren Menge sich fast verdoppelte, während in den folgenden zehn Jahren der Verzehr nur noch verhältnismäßig wenig anstieg. 1975 belief sich im Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt der monatliche Verbrauch an Rindfleisch auf 1,55 kg, Schweinefleisch auf 2,95 kg sowie Wurst und Wurstwaren auf 5,19 kg. Der Verbrauch von Kalbfleisch, welcher der Menge nach zurückgegangen ist, spielte in den Arbeitnehmerhaushaltungen nur eine bescheidene Rolle. Er belief sich im Jahresschnitt



Ware	1950	1955	1960	1965	1970	1975	Veränderung 1975 zu 1950 %
	DM						
Erzeugerpreise je 100 kg							
Schlachtvieh							
Bullen Kl. A	146,40	213,96	235,18	331,33	295,61	407,88	178,6
Kühe Kl. B	125,74	162,54	183,26	225,05	205,19	277,43	120,6
Kälber Kl. A	178,64	308,76	333,30	387,63	429,44	542,67	203,8
Schweine Kl. C	250,42	224,42	264,66	290,55	279,25	349,42	39,5
Verbraucherpreise je kg							
Rindfleisch zum Kochen	3,41	4,59	5,72	7,30	6,77	9,16	168,6
Rindfleisch zum Braten	4,69	6,18	7,76	9,90	10,03	13,60	190,0
Kalbsschnitzel	6,20	8,49	10,68	14,19	16,59	22,50	262,9
Schweinebauchfleisch	4,09	3,94	4,36	4,84	4,88	6,05	47,9
Schweinekotelett	4,51	5,11	6,74	8,13	8,43	10,19	125,9
Jagdwurst, mittlere Qualität	4,65	5,53	6,14	7,51	8,43	11,52	147,7
Streichmettwurst	5,09	5,65	5,96	6,68	7,23	9,87	93,9
Feine Leberwurst	6,39	6,97	7,73	8,61	9,32	12,40	94,1
Gekochter Schinken	7,21	7,94	10,12	12,81	14,33	17,38	141,1
Brathähnchen	5,18	6,51	5,70	5,25	3,75	4,25	- 18,0

1950 auf 2% des Betrages, den die Familien für Fleisch und Fleischwaren ausgegeben haben und erreichte 1975 nicht einmal die 1%-Marke.

Schinken und Speck gehören ebenfalls zu den von den Haushaltungen regelmäßig gekauften Fleischwaren. Der im Jahre 1950 für Schinken ausgegebene Betrag mit einem Anteil von etwa 2% an den Gesamtausgaben für Fleisch entsprach damals dem für Kalbfleisch, stieg aber bis 1975 auf über 5% an. In der gleichen Zeit ging der Anteil für Speck dagegen von über 9% auf etwas über 2% zurück.

Erwähnenswert ist auch Geflügel, dessen Verbrauch, insbesondere bei Brathähnchen, im Laufe der Jahre ständig zunahm. Während 1950 der Anteil des Geflügels an den Gesamtausgaben für Fleisch noch bei knapp 2% lag, betrug er 1975 mehr als 5%. Für den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt wurde im Jahre 1975 ein monatlicher Verbrauch an Geflügel von 1,51 kg ermittelt.

Der Verzehr sonstiger Fleischsorten, wie Hammelfleisch und Wild, war, wie aus den Anschreibungen der buchführenden Familien hervorgeht, von untergeordneter Bedeutung. Er beschränkte sich auf Ausnahmefälle und trat meist zu bestimmten Festtagen etwas mehr in den Vordergrund. Verbrauch und Preisbildung solcher Fleischsorten kann daher bei dieser Untersuchung außer Betracht bleiben.

Stärkere Teuerung bei höherwertigen Fleischsorten

Preisbeeinflussende Wirkungen gehen gerade bei Nahrungsmitteln in starkem Maße von den Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte aus, wie umgekehrt Preisentwicklungen zu Änderungen im Kaufverhalten der Verbraucher führen können. So hat zweifellos die stetig wachsende Nachfrage, namentlich auch nach magerem Fleisch, mit beigetragen zu den differierenden Teuerungsraten bei Rind- und Schweinefleisch. Um feststellen zu können, in welchem Umfange und auf welche Art die Preisentwicklung der in die Untersuchung einbezogenen Nahrungsmittel einen Einfluß auf den Verbrauch und die Verbrauchsgewohnheiten gehabt

hat, muß zunächst festgestellt werden, welche Preisveränderungen eingetreten sind.

Zwischen der Preisbildung an den Schlachtviehmärkten und im Einzelhandel bestehen Wechselbeziehungen insofern, als bei beiden Preisarten eine annähernd gleichartige Grundtendenz zu erwarten ist, die allerdings einem Angleichungsprozeß von unterschiedlicher Dauer unterliegt. Das wird auch durch die nachstehende Übersicht bestätigt. Mit dieser Darstellung soll die Entwicklung der Einzelhandelspreise für die wichtigsten Fleischsorten und die Preisgestaltung der den Sorten entsprechenden, an den Schlachtviehmärkten angebotenen Tiere aufgezeigt werden.

Zunächst ist zu erkennen, daß die Schlachtviehpreise teilweise erheblich schwanken. Die Entwicklung der Einzelhandelspreise verläuft dagegen weit ausgeglichener. Dies erscheint auch ganz natürlich, denn Schlachtviehpreise reagieren viel empfindlicher und nachhaltiger auf Angebot und Nachfrage als Einzelhandelspreise.

Mit Ausnahme der Schlachtviehpreise für Schweine sowie der Einzelhandelspreise für die billigeren Schweinefleischsorten und Brathähnchen sind die Preise der anderen Schlachttiere und Fleischsorten seit 1950 ständig und auch beträchtlich gestiegen. Lediglich die Jahre 1966 bis 1968 brachten für Bullen, Kühe und Schweine auf dem Erzeugersektor einen Preisrückgang, der seine Ursache wohl in der damaligen Rezessionsphase hatte, welche bei vielen Verbrauchern infolge der ungewissen wirtschaftlichen Entwicklung die Sparneigung beträchtlich erhöhte. 1975 lagen die Erzeugerpreise für Kälber und die Einzelhandelspreise für Kalbfleisch um 204 bzw. 263% über dem Jahresmittel von 1950. Die Preise für Bullen und für die teureren Rindfleischsorten erreichten in der gleichen Zeit eine Erhöhung um 179 bzw. 190%. Schlachtkühe waren 1975 rund 120% teurer als 1950, während das Rindfleisch zum Kochen einen Preis hatte, der den von 1950 um 169% übertraf.

Verbraucherpreise, Wert und Menge des Verbrauchs
ausgewählter Fleischsorten und Wurstwaren
in 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten
mit mittlerem Einkommen 1950 - 1975

Berichtsmerkmal	1955	1960	1965	1970	1975	Preis je kg im Dez. 1975
	1950 = 100					DM
Rindfleisch						
Verbraucherpreis für Kochfleisch	135	168	214	199	269	9,65
Bratfleisch	132	165	211	214	290	14,16
Verbrauch nach Wert	141	191	243	288	370	.
Menge	101	105	101	122	125	.
Schweinefleisch						
Verbraucherpreis für Kotelett	113	149	180	187	226	10,96
Bauchfleisch	96	107	118	119	148	6,60
Verbrauch nach Wert	150	200	309	382	565	.
Menge	123	133	164	209	268	.
Wurst und Wurstwaren						
Verbraucherpreis für Jagdwurst	119	132	162	181	248	12,05
Streichmettwurst	111	117	131	142	194	10,33
Feine Leberwurst	109	121	135	146	194	12,81
Verbrauch nach Wert	195	253	322	353	483	.
Menge	168	187	192	194	215	.
Geflügel						
Verbraucherpreis für Brathähnchen	126	110	101	72	82	4,47
Verbrauch nach Wert	224	624	1 164	1 204	1 484	.
Menge	194	550	905	1 169	1 258	.

Etwas anders ist die Entwicklung der Schlachtviehpreise für Schweine und der Einzelhandelspreise der beiden entsprechenden Fleischsorten Schweinebauch und Kotelett verlaufen. Das stetig wachsende Angebot von Schlachttieren hatte bei zeitweisen Preirückgängen einen nur geringen Aufschlag zur Folge. Hinzu kommt, daß die Landwirtschaft auf Preisveränderungen für Schweine, die schon nach sechs bis acht Monaten schlachtreif werden, erheblich schneller reagieren kann, als dies bei Preisaufschlägen für Rinder der Fall ist. Insgesamt stiegen die Schlachtviehpreise im genannten Zeitraum lediglich um 40%. Der Einzelhandelspreis für Schweinebauch - eine der billigsten Fleischsorten - hat sich in dieser Zeit ähnlich entwickelt (+ 48%), während Kotelett, welches zu den besseren Fleischsorten zählt, sich um 126% verteuerte.

Da zur Wurstbereitung vielfach ein erheblicher Teil Schweinefleisch verwendet wird, blieb der jeweilige Preis für Schweinefleisch nicht ohne Einfluß auf die Preisentwicklung verschiedener Wurstwaren. Es ist deshalb bei Wurstwaren seit 1950 eine geringere Preiserhöhung eingetreten als bei den meisten Fleischsorten. Stärker gestiegen ist der Preis für Schinken, der allerdings bereits 1950 als die weitaus teuerste Fleischware bezeichnet werden konnte und es mit Ausnahme von Kalbfleisch auch bis 1975 geblieben ist. Im Jahresdurchschnitt 1975 belief sich der Preis für 1 kg gekochten Schinken auf 17,38 DM gegenüber 7,21 DM 1950. Die Teuerungsrate erreichte nicht weniger als 141%.

Ausgeprägte Tendenz zum Kauf höherwertiger Fleisch- und Wurstsorten

Aus den Preisbewegungen allein lassen sich noch keine brauchbaren Schlüsse über ihre Wirkung auf den Verbrauch ziehen. Gewisse Anhaltspunkte darüber ergibt aber ein zeitlich untergliederter Vergleich der aus den Anschreibungen der buchführenden Familien ermittelten Durchschnittswerte des Verbrauchs von Fleisch und Fleischwaren mit den entsprechenden Durchschnittspreisen aus den laufenden Erhebungen im Einzelhandel.

Den Ermittlungen von Einzelhandelspreisen liegt eine eindeutig abgegrenzte Beschreibung einer Sorte mittlerer Preislage zugrunde. Es ist damit beabsichtigt, Preisreihen für ein und dieselbe genau beschriebene Warenart zu erhalten, die sich über einen möglichst großen Zeitraum erstrecken. Durch solche Erhebungen festgestellte Veränderungen sind demnach ausschließlich reine Preisunterschiede. Die aus den Anschreibungen der buchführenden Haushaltungen ermittelten Werte der verbrauchten Mengen sind im Gegensatz hierzu Durchschnitte aus einem der Menge und dem Preis nach vielseitigeren Fleischverbrauch. Eine Veränderung des Durchschnittswertes kann deshalb hier, neben den Einflüssen der Preisveränderungen, auch durch einen Wechsel zu einer anderen Qualität verursacht worden sein. Unter Qualitätswechsel soll hier verstanden werden, daß der Einkauf der gleichen Sorte Fleisch zwischen Stücken in mehr oder weniger hohen Preislagen wechselt.

Ein Vergleich der Entwicklung der von den Haushalten für Fleisch und Fleischwaren ausgegebenen Geldbeträge einerseits mit der Entwicklung der entsprechenden Einzelhandelspreise andererseits bestätigt die bereits erwähnte Beobachtung, daß sich seit 1950 ein nicht unbeträchtlicher Wechsel in der Qualität der von den Haushalten bevorzugten Fleischwaren vollzogen hat. In dieser Zeit haben die in die laufenden Wirtschaftsrechnungen einbezogenen Familien nicht nur den Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren erheblich gesteigert und gleichzeitig den Verzehr an weniger hochwertigen Lebensmitteln wie beispielsweise Kartoffeln deutlich eingeschränkt, sondern sind auch dazu übergegangen, mehr die teureren und fettarmen Stücke zu kaufen, vermutlich meist auch Fleisch ohne die üblichen Beilagen (Knochen), das im Preis etwa 25% höher liegt als solches mit Beilagen. So hat beispielsweise der Verbrauch an Rindfleisch einer Vier-Personen-Arbeitnehmerfamilie im Laufe der letzten 25 Jahre um 25% zugenommen, während die Preise im Durchschnitt etwa um 180% stiegen. Der Wert der verbrauchten Menge verzeichnete jedoch eine Erhöhung um 270%. Die Abweichung weist auf einen beachtlichen Übergang zu besseren Qualitäten hin. Ähnlich verhält es sich bei Schweinefleisch und Wurstwaren. Hier stehen Verbrauchssteigerungen um 168 bzw. 115% Werterhöhungen und damit Qualitätsverbesserungen um 465 bzw. 383% gegenüber.

Etwas anders stellt sich die Situation bei Geflügel dar. Einem Preirückgang etwa bei Brathähnchen

um 18% steht hier eine Verbrauchszunahme an Geflügel auf nahezu das Dreizehnfache gegenüber. Der Wert der verbrauchten Menge war 1975 fünfzehnmal höher als 1950. Dies dürfte sich damit erklären lassen, daß durch den ständig steigenden Konsum an Brathähnchen, welche infolge zunehmender Intensivierung der Aufzucht immer billiger angeboten werden konnten, die vordem hauptsäch-

lich gekauften teureren Geflügelarten verdrängt wurden.

Die Zahlen lassen erkennen, daß sich mit zunehmendem Einkommen ein allmäßlicher Wandel in der Verbrauchsstruktur mit dem Bestreben nach einer Qualitätsverbesserung vollzogen hat.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes 1975

Während bereits ab 1971 Umweltschutzinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes erfaßt wurden, liegen für 1975 erstmals umfassende Ergebnisse für das gesamte produzierende Gewerbe, das heißt einschließlich der Energie- und Wasserversorgung, vor. Die nach § 11 des Gesetzes über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBI. I S. 1938 ff.) jährlich durchzuführenden Erhebungen erstrecken sich sowohl auf alle im Berichtsjahr registrierten Zugänge an Sachanlagen zum Schutze der Umwelt als auch auf die Gebühren und Beiträge für Leistungen der öffentlichen Hand. Im einzelnen gelten diejenigen Anlagenzugänge als Umweltschutzinvestitionen, die zur Vermeidung oder Verminderung umweltschädlicher Einflüsse auf den Gebieten der Abfallbeseitigung, des Gewässerschutzes, der Lärmbekämpfung und der Luftreinhaltung bestimmt sind. Hierzu rechnen neben den jeweiligen Spezialeinrichtungen auch die erforderlichen Sammel- und Transportmittel sowie die zugehörigen Überwachungs-, Prüf- und Forschungseinrichtungen, wie insbesondere Material- und Prozeßlaboratorien einschließlich Pilotanlagen. In Anlehnung an die bei der allgemeinen Investitionserhebung im produzierenden Gewerbe geltenden bundeseinheitlichen Erfassungskriterien werden auch in die Statistik über Investitionen für Umweltschutz

alle Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen einbezogen, wodurch die Ergebniszusammenführung aus beiden Bereichen erleichtert wird. Bei der anteilmäßig weniger stark ins Gewicht fallenden Energie- (total) und Wasserversorgung (Versorgungsträger von mehr als 3 000 Einwohnern) gelten abweichende Erfassungsgrenzen.

Da im Signe der neuen Umweltstatistiken grundsätzlich die Gesamtheit aller Zugänge an Sachanlagen erfaßt wird, welche in irgend einer Weise dem Schutz der Umwelt zugute kommen, sind im Gegensatz zu den früheren Erfassungen ab 1975 jeweils auch solche Investitionen anteilig dem Umweltsektor zuzuordnen, die nur partiell Schutzmaßnahmen betreffen oder sich auf entsprechende technologische Verfahrensumstellungen beziehen. Bei der letztgenannten Art handelt es sich vornehmlich um produktbezogene Anlagen, die mit dem Ziele der Fertigung umweltfreundlicherer Erzeugnisse getätigter werden. Infolge der hieraus erwachsenden Abgrenzungsprobleme muß zunächst noch mit gewissen methodischen Unsicherheiten gerechnet werden. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der vorhergehenden Erhebungen ist folglich nur bedingt möglich, da von 1971 bis 1974 lediglich solche Investitionen registriert wurden, die hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz eindeutig und in voller Höhe zuzuordnen waren.

Investitionen für Umweltschutz des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ und Baugewerbes 1971 - 1975
(Betriebe/Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Betriebe ²⁾						Unternehmen ²⁾							
	ins- gesamt	mit Investi- tionen für Umwelt- schutz	Investitionen ³⁾			ins- gesamt	mit Investi- tionen für Umwelt- schutz	Investitionen ³⁾			ins- gesamt	Anteil am Umsatz 4)		
			ins- gesamt	zu- sammen	Anteil			ins- gesamt	Anteil am Umsatz 4)	zu- sammen				
										1 000 DM	%			
	Anzahl		1 000 DM		%		Anzahl	1 000 DM		1 000 DM		%		
	Insgesamt													
1971	3 883	217	2 798 294	36 351	1,3	3 366	188	2 026 906	6,9	28 363	1,4			
1972	3 784	255	2 620 897	70 249	2,7	3 294	224	2 073 201	6,4	54 664	2,6			
1973	3 662	274	2 563 008	108 523	4,2	3 180	237	2 148 600	5,9	92 161	4,3			
1974	3 412	240	2 382 523	199 829	8,4	2 952	195	1 926 411	4,7	180 272	9,4			
1975	3 259	515	2 206 616	181 801	8,2	2 820	427	1 791 549	4,5	167 890	9,4			
	Veränderung zum Vorjahr in %													
1972	- 2,5	17,5	- 6,3	93,3	1,4	- 2,1	19,1	2,3	- 0,5	92,7	1,2			
1973	- 3,2	7,5	- 2,2	54,5	1,5	- 3,5	5,8	3,6	- 0,5	68,6	1,7			
1974	- 6,8	- 12,4	- 7,0	84,1	4,2	- 7,2	- 17,7	- 10,3	- 1,2	95,6	5,1			
1975	- 4,5	114,6	- 7,4	- 9,0	- 0,2	- 4,5	119,0	- 7,0	- 0,2	- 6,9	0,0			

1) Einschl. Bergbau. - 2) Mit Sitz in Rheinland-Pfalz. - 3) 1971 und 1972 einschl. Investitionssteuer. - 4) Ohne Mehrwertsteuer.

Der vorliegende Beitrag bringt erste Ergebnisse nach dem Unternehmens- und Betriebskonzept für das Berichtsjahr 1975, wobei die branchenmäßige Gliederung der Investitionen nach der Systematik der Wirtschaftszweige - Fassung für die Umweltstatistik (SYUM) - erfolgt, welche im Bereich des produzierenden Gewerbes der ab 1976 eingeführten Systematik der Wirtschaftszweige für die Statistik im produzierenden Gewerbe (SYPRO) entspricht. Hierbei dürfte der Darstellung nach örtlichen Einheiten die größere Bedeutung zukommen, als Umweltschutzinvestitionen in unmittelbarer Beziehung zu speziellen Standortbedingungen stehen. Da um-

weltrelevante Anlagenzugänge vornehmlich als einmalige projektbezogene Aufwendungen zu verstehen sind, ist hinsichtlich der Zahl der Umweltinvestitionen meldenden Berichtseinheiten sowie auch der Höhe und Verteilung der Zugänge wohl mit stärkeren zeitlichen Schwankungen zu rechnen. Infolgedessen kann erst nach Vorliegen mehrerer Jahresergebnisse auf ein längerfristig fundierteres jahresdurchschnittliches Strukturbild zurückgegriffen werden, welches unter stärkerer Nivellierung weniger typischer Spitzen eine sachgemäße Analyse bezüglich der ausgeprägteren sektoralen Belastungsschwerpunkte gewährleistet.

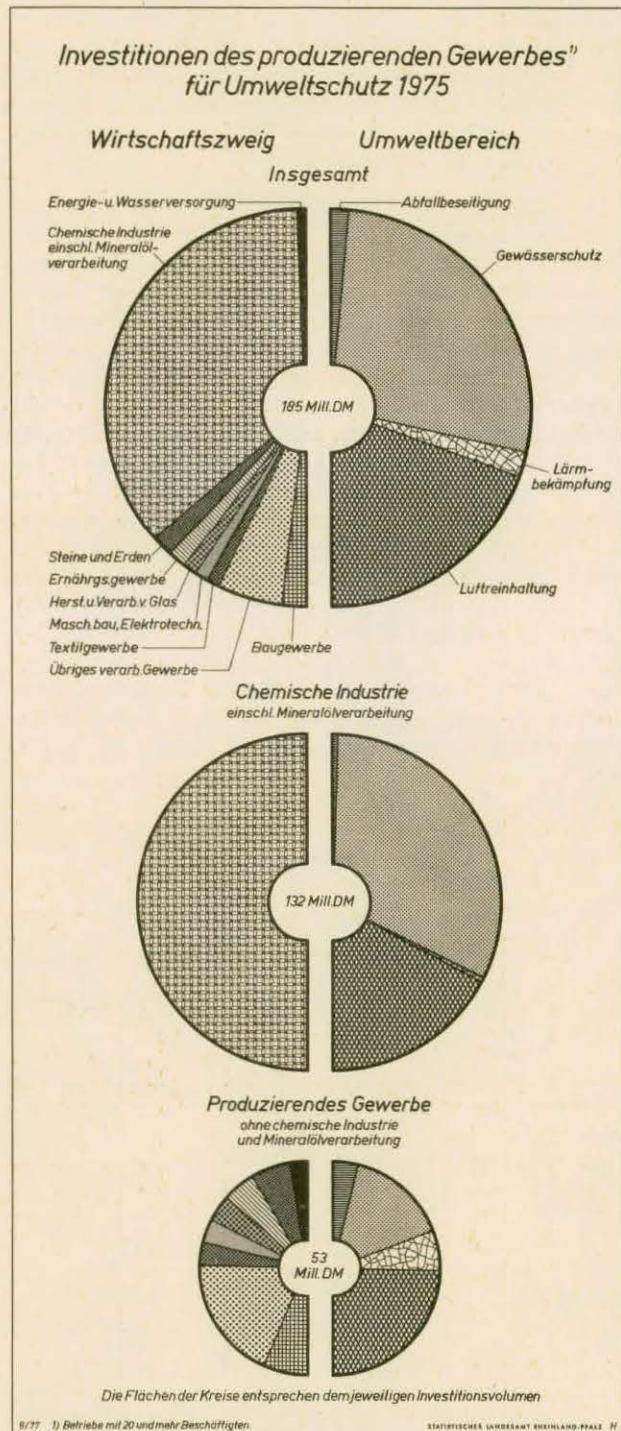
Betriebe investierten fast 185 Mill. DM für Umweltschutz

Im Jahre 1975 tätigten 542 von insgesamt 3 528 in Rheinland-Pfalz erfaßten Betrieben des produzierenden Gewerbes Umweltschutzinvestitionen in Höhe von knapp 185 Mill. DM. Daran war überwiegend das verarbeitende Gewerbe mit rund 175 Mill. DM beteiligt; dort investierte jeder 5. Betrieb für den Umweltschutz. Demgegenüber wiesen bei der Energie- und Wasserversorgung sowie dem Baugewerbe nur rund 11 bzw. 7% der Betriebe derartige Anlagenzugänge aus (1,5 bzw. 3,8% des Gesamtbeitrages).

In der Differenzierung nach Umweltbereichen betraf beim produzierenden Gewerbe mehr als die Hälfte der investierten Mittel den Gewässerschutz, die Luftreinhaltung folgte mit annähernd zwei Fünfteln. Für Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung verblieben zusammen nur knapp 7% der Investitionen. Die entsprechenden Ergebnisse für Unternehmen zeigen bei 454 Berichtseinheiten mit nahezu 171 Mill. DM an Investitionen sektorale das gleiche Bild. Seit 1974 hat sich - unter Berücksichtigung der methodischen Einschränkungen - für die Größenordnung der Umweltschutzinvestitionen von Betrieben und Unternehmen keine Änderung ergeben; im Vergleich zu 1973 ist dagegen eine Verdopplung, gegenüber den Jahren 1971 und 1972 sogar eine mehrfache Steigerung festzustellen. Hieraus wird die überdurchschnittlich wachsende Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen offenbar, denn die Gesamtinvestitionen des produzierenden Gewerbes entwickelten sich von 1971 bis 1975 rückläufig. Für die Umweltschutzinvestitionen wurden 1975 Anteile von 8,2% bei Betrieben und von 9,4% bei Unternehmen des verarbeitenden und des Baugewerbes errechnet, wesentlich höhere Relationen als Anfang der 70er Jahre.

Chemie bestreitet über zwei Dritteln der Umweltschutz-Investitionen

Nach Zweigen gegliedert, entfielen 1975 allein auf die Betriebe der chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung knapp 132 Mill. DM an Umweltschutzinvestitionen, was einem Anteil von über 70% am Ergebnis des produzierenden Gewerbes entspricht. Dabei erstreckten sich diese Zugänge zu annähernd zwei Dritteln auf den Gewässerschutz und zu etwa einem Drittel auf die Luftreinhaltung. Damit bestreitet die Chemie über vier Fünftel der auf



Investitionen für Umweltschutz nach Anlagearten 1975
(Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Anlageart	Insgesamt		Abfall- be- seitigung	Ge- wäs- ser- schutz	Lärm- be- kämpfung	Luft- rein- haltung
	1 000 DM	%				
Chemische Industrie einschl. Mineralölverarbeitung						
Bebaute Grundstücke, Gebäude und andere Bauten sowie Grundstücks- und Gebäudeeinrichtungen	1 954	1,5	0,5	55,5	-	44,0
Grundstücke ohne (eigene) Bauten (einschl. Grundstücks-erschließungskosten)	67	0,1	-	100,0	-	-
Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Betriebsausstattung (einschl. Werkzeuge u. dgl.)	126 315	95,9	1,0	65,0	0,7	33,3
Aus dem Zugang an Sachanlagen, die anderen Zwecken dienen und Umweltschutzeinrichtungen enthalten, der dem Umweltschutz dienende Teil dieser Sachanlagen	3 079	2,3	0,7	19,6	2,3	77,4
Zugang an Sachanlagen für die Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen	216	0,2	3,2	-	-	96,8
I n s g e s a m t	131 631	100,0	1,0	63,7	0,7	34,6
5 ausgewählte Betriebe ¹⁾ des verarbeitenden Gewerbes						
Bebaute Grundstücke, Gebäude und andere Bauten sowie Grundstücks- und Gebäudeeinrichtungen	1 629	1,3	0,6	99,4	-	-
Grundstücke ohne (eigene) Bauten (einschl. Grundstücks-erschließungskosten)	-	-	-	-	-	-
Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Betriebsausstattung (einschl. Werkzeuge u. dgl.)	122 776	98,5	1,1	65,1	1,3	32,5
Aus dem Zugang an Sachanlagen, die anderen Zwecken dienen und Umweltschutzeinrichtungen enthalten, der dem Umweltschutz dienende Teil dieser Sachanlagen	280	0,2	-	-	-	100,0
Zugang an Sachanlagen für die Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen	-	-	-	-	-	-
I n s g e s a m t	124 685	100,0	1,1	65,4	1,3	32,2

1) Die 5 größten Betriebe gemessen am Personaleinsatz.

Landesebene festgestellten Investitionen für Gewässerschutz, wobei sich diese vornehmlich auf die Erstellung von Anlagen und Einrichtungen beziehen, die zur Verminderung der Abwasserfracht sowie zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers bestimmt sind, wie insbesondere Ableitungsnetze für Abwässer, Abwasserbehandlungsanlagen, Vorrichtungen zum Schlamm- und Abwassertransport sowie Schlammbehandlungsanlagen. Hinsichtlich des überragenden Anteils der überwiegend im Raum Ludwigshafen ansässigen chemischen Industrie an den Umweltinvestitionen für den Gewässerschutz ist mit ausschlaggebend, daß durch eine in den letzten Jahren dort unter erheblichem Aufwand errichtete und 1975 in Betrieb genommene Großkläranlage der BASF und der Stadt Ludwigshafen die Menge der verschmutzt abgeleiteten öffentlichen und gewerblichen Abwässer nachhaltig reduziert werden konnte. Dies erscheint umso bedeutsamer, als unter anderem auch für den Rheinabschnitt von Mannheim/Ludwigshafen bis Mainz nach einer für alle größeren Flussläufe des Bundesgebietes geltenden Gewässergütekarte der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) überwiegend Verschmutzungsgrade wie „kritisch belastet“ und „stark verschmutzt“ ausgewiesen werden. Mit geringeren Investitionen für Gewässerschutz folgten nach der Chemie die Energie- und Wasser-

versorgung, das Ernährungsgewerbe, das Textilgewerbe, die Eisen schaffende Industrie sowie die Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappezeugung mit zusammen einem knappen Zehntel des Landesergebnisses auf den nächstfolgenden Plätzen. Insbesondere die letztgenannten Gewerbezweige sind durch einen vergleichsweise starken produktionspezifischen Anfall an wasserbelastenden organischen Lösungen und Faserstoffen gekennzeichnet. Das Bundesabwasserabgabengesetz in Verbindung mit dem Landeswassergesetz vom 1. August 1960 und dessen Durchführungsverordnungen sind die maßgeblichen Rechtsgrundlagen für die Beschaffenheit der abzuleitenden Abwässer.

Auch die an nächster Stelle rangierenden Investitionen für Luftreinhaltung von 71,8 Mill. DM wurden ebenfalls zu über drei Fünfteln vom chemischen Bereich bestritten, wo diese Investitionsart bei der anteilmäßig weniger wichtigen Mineralölverarbeitung mit Abstand dominierte. Die nächsten Plätze belegten der Steine- und Erdensektor, das Baugewerbe, die Herstellung und Verarbeitung von Glas sowie das Ernährungsgewerbe mit zusammen etwa 20% aller für die Luftreinhaltung eingesetzten Mittel. Da die Gefahr schwerwiegender Luftverschmutzungen durch Betriebe des produzierenden Gewerbes in erster Linie auf das Anfallen größerer Mengen bestimmter Oxyd-

Investitionen, Gebühren und Beiträge für Umweltschutz des
(Betriebe/Unternehmen mit 20 und mehr

Lfd. Nr.	Wirtschaftszweig	Betriebe/Unternehmen			Investitionen für Umweltschutz					
		ins- gesamt	mit Investi- tionen für Umwelt- schutz	mit Gebühren und Beiträgen für Umwelt- schutz	ins- gesamt	Bereiche				
						Anzahl	1 000 DM	Abfall- be- seitigung	Ge- wäs- ser- schutz	Lärm- be- kämp- fung
1	<u>Energie- und Wasserversorgung</u>	256	27	73	2 764	121	2 375	162	106	Be-
2	<u>Verarbeitendes Gewerbe</u> ¹⁾	2 329	448	1 891	174 643	5 156	96 377	5 956	67 154	
3	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	247	70	157	6 379	87	678	659	4 955	
4	Eisenschaffende Industrie	8	5	8	2 190	66	1 788	190	146	
5	Gießerei	25	5	23	779	63	5	2	709	
6	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	48	12	38	334	19	237	11	67	
7	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	63	10	46	541	160	184	187	10	
8	Maschinenbau	207	32	180	3 251	344	694	1 129	1 084	
9	Straßenfahrzeugbau	136	17	104	1 835	341	600	81	813	
10	Elektrotechnik	128	15	100	698	47	278	21	352	
11	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	138	31	105	2 404	352	210	157	1 685	
12	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw.	55	4	46	34	7	24	-	3	
13	Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	89	38	80	131 631	1 341	83 874	953	45 463	
14	Feinkeramik	48	17	45	1 081	105	133	32	811	
15	Herstellung und Verarbeitung von Glas	18	5	17	4 024	119	867	394	2 644	
16	Holzbearbeitung	49	12	35	1 861	430	373	370	688	
17	Holzverarbeitung	132	25	106	1 049	157	15	585	292	
18	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeverzeugung	17	8	17	1 746	88	1 582	65	11	
19	Papier- und Pappeverarbeitung	50	9	40	177	71	35	49	22	
20	Druckerei, Vervielfältigung	91	7	73	114	49	42	12	11	
21	Herstellung von Kunststoffwaren	106	22	85	2 384	304	220	97	1 763	
22	Gummiverarbeitung	19	7	18	1 397	98	86	11	1 202	
23	Lederverarbeitung	223	20	200	219	60	88	30	41	
24	Textilgewerbe	58	12	49	3 848	587	1 802	505	954	
25	Ernährungsgewerbe	203	50	184	5 291	240	2 332	334	2 385	
26	<u>Baugewerbe</u>	943	67	613	7 158	98	1 354	1 187	4 519	
27	Hoch- und Tiefbau	718	59	466	2 019	52	75	673	1 219	
28	Spezialbau	13	3	10	4 956	43	1 240	393	3 280	
29	Ins gesamt	3 528	542	2 577	184 565	5 375	100 106	7 305	71 779	
										Unter-
1	<u>Energie- und Wasserversorgung</u>	245	27	62	2 764	121	2 375	162	106	
2	<u>Verarbeitendes Gewerbe</u> ¹⁾	1 891	361	1 577	160 733	5 075	94 280	5 294	56 084	
3	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	186	52	118	5 070	50	511	268	4 241	
4	Eisenschaffende Industrie	4	3	4	2 047	66	1 762	134	85	
5	Gießerei	19	3	18	180	63	-	2	115	
6	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	38	9	31	173	7	104	-	62	
7	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	56	10	41	573	160	184	219	10	
8	Maschinenbau	171	27	152	3 240	722	658	1 280	580	
9	Straßenfahrzeugbau	116	11	91	345	82	137	66	60	
10	Elektrotechnik	83	12	72	502	41	250	19	192	
11	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	107	26	87	1 346	121	157	54	1 014	
12	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw.	55	4	46	34	7	24	-	3	
13	Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	71	30	66	128 777	1 546	83 043	830	43 358	
14	Feinkeramik	41	13	39	467	10	56	32	369	
15	Herstellung und Verarbeitung von Glas	15	3	14	1 961	119	855	364	623	
16	Holzbearbeitung	40	9	29	2 396	823	1 035	350	188	
17	Holzverarbeitung	113	25	92	1 050	157	15	585	293	
18	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeverzeugung	15	8	15	1 746	88	1 582	65	11	
19	Papier- und Pappeverarbeitung	41	9	37	432	71	238	75	48	
20	Druckerei, Vervielfältigung	91	7	74	116	49	42	13	12	
21	Herstellung von Kunststoffwaren	92	19	74	2 351	276	218	79	1 778	
22	Gummiverarbeitung	12	4	11	1 277	98	20	2	1 157	
23	Lederverarbeitung	170	17	156	216	60	87	30	39	
24	Textilgewerbe	44	9	40	2 829	209	1 426	240	954	
25	Ernährungsgewerbe	178	43	164	3 414	245	1 866	586	717	
26	<u>Baugewerbe</u>	939	66	610	7 157	97	1 354	1 187	4 519	
27	Hoch- und Tiefbau	719	58	467	2 018	51	75	673	1 219	
28	Spezialbau	13	3	10	4 956	43	1 240	393	3 280	
29	Ins gesamt	3 075	454	2 249	170 654	5 293	98 009	6 643	60 709	

1) Einschl. Bergbau.

Gebühren und Beiträge für Umweltschutz					Lfd. Nr.	
ins- gesamt	Bereiche					
	Abfall- be- seitigung	Ge- wässer- schutz	Lärm- be- kämp- fung	Luft- rein- haltung		
DM						
triebe						
944 890	391 423	551 424	-	2 043	1	
23 180 182	9 716 140	13 184 398	69 896	209 748	2	
1 285 807	544 823	689 316	10 000	41 668	3	
76 550	43 809	32 696	-	45	4	
226 279	68 015	158 264	-	-	5	
278 644	87 836	190 408	-	400	6	
199 700	131 356	65 474	1 000	1 870	7	
2 550 052	904 074	1 638 765	1 080	6 133	8	
1 471 169	420 568	1 038 243	4 976	7 382	9	
928 548	373 349	547 222	200	7 777	10	
678 437	348 730	300 741	11 175	17 791	11	
81 796	38 748	43 048	-	-	12	
2 961 868	1 128 244	1 827 476	-	6 148	13	
369 540	270 010	93 871	-	5 659	14	
1 139 899	264 025	864 809	1 065	10 000	15	
543 023	367 942	83 843	25 000	66 238	16	
507 511	214 206	291 834	-	1 471	17	
726 108	511 389	214 179	-	540	18	
226 709	148 491	76 172	-	2 046	19	
418 262	165 612	242 650	10 000	-	20	
1 233 744	883 291	350 104	-	349	21	
1 123 101	220 590	900 863	-	1 648	22	
437 118	322 460	113 225	-	1 433	23	
625 821	402 598	218 023	-	5 200	24	
4 049 026	1 399 691	2 618 499	5 400	25 436	25	
2 328 200	1 459 934	860 776	3 300	4 190	26	
1 032 608	814 430	214 271	3 300	607	27	
1 105 179	494 266	607 372	-	3 541	28	
26 453 272	11 567 497	14 596 598	73 196	215 981	29	
nehmen						
944 890	391 423	551 424	-	2 043	1	
20 009 545	8 726 764	11 117 160	72 872	92 749	2	
841 542	316 798	491 252	10 000	23 492	3	
51 068	37 322	13 640	-	106	4	
175 205	58 409	116 796	-	-	5	
190 901	64 217	126 284	-	400	6	
191 894	128 327	60 697	1 000	1 870	7	
2 422 409	790 137	1 622 852	1 080	8 340	8	
476 478	215 848	254 731	5 217	682	9	
566 509	288 158	270 774	-	7 577	10	
579 735	277 060	273 709	11 175	17 791	11	
81 796	38 748	43 048	-	-	12	
4 434 726	1 932 539	2 501 587	-	600	13	
218 849	142 969	70 221	-	5 659	14	
1 081 725	239 427	842 298	-	-	15	
436 981	298 085	97 406	29 000	12 490	16	
514 111	230 455	282 005	-	1 651	17	
468 520	413 801	54 179	-	540	18	
286 492	147 091	137 535	-	1 866	19	
423 797	171 147	242 650	10 000	-	20	
1 281 651	943 671	337 631	-	349	21	
334 691	61 452	271 591	-	1 648	22	
418 156	308 343	109 758	-	55	23	
325 060	136 570	183 290	-	5 200	24	
3 606 774	1 250 942	2 348 513	5 400	1 919	25	
2 347 672	1 470 968	869 214	3 300	4 190	26	
1 047 361	822 581	220 873	3 300	607	27	
1 105 179	494 266	607 372	-	3 541	28	
23 302 107	10 589 155	12 537 798	76 172	98 982	29	

stoffe und schwefelhaltiger Abgase zurückzuführen ist, erstrecken sich die hierdurch bedingten Luftreinhaltungsinvestitionen, soweit nicht bereits aus Arbeitsschutzgründen erforderlich, vornehmlich auf die Installierung spezieller Absaug-, Filter-, Entstaubungs- und Abluftreinigungsanlagen, emissionsreduzierende Feuerungstechniken bzw. -umstellungen sowie Einrichtungen zur laufenden Messung bzw. Konzentrationskontrolle und Schutzanpflanzungen. Entscheidend ist jeweils die Sicherstellung der gesetzlich vorgegebenen Luftqualitäten, die aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz vom 15. März 1974 und dessen Durchführungsverordnungen hervorgehen.

Baugewerbe mit höchsten Investitionen für die Lärmbekämpfung

Für die Lärmbekämpfung wurden rund 7,3 Mill. DM an Umweltschutzinvestitionen registriert, was 4% des Gesamtbetrages entspricht. Hierbei lagen das Baugewerbe, der Maschinenbau und die Chemie mit zusammen annähernd der Hälfte aller Lärmreinhaltungsinvestitionen vorn. Es folgten der Steine- und Erdsektor, die Holzverarbeitung und das Textilgewerbe, welche rund ein Viertel der Zugänge auf sich vereinigten. Die in der Nachbarschaft von gewerblichen Betrieben oder stark belasteten Verkehrswegen für eine wirksame Lärmbekämpfung höchstzulässigen Immissionsrichtwerte ergeben sich aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz in Verbindung mit der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm). Technisch geht es dabei, so weit nicht schon aus Gründen des Arbeitsschutzes gefordert, um Anlagen und Einrichtungen zur Vermeidung oder Dämpfung von Geräuschen einschließlich von Schwingungen, wie insbesondere bestimmte schalltechnische Verbesserungen durch absorptionsaktive Verkleidungen, Schall- und Schwingungsdämpfer, Spezialaggregate zur Schwingungsisolation sowie Schallschutzwände.

Während insbesondere die Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung bereits eine wirksame Vorbeugung gegen Umweltgefahren unmittelbar am Ort ihrer Entstehung erfordern, sind bei der Abfallbehandlung innerbetriebliche Aktivitäten von untergeordneter Bedeutung. Da nach dem Bundesabfallbeseitigungsgesetz vom 7. Juni 1972, neugefaßt am 5. Januar 1977, in Verbindung mit dem Landesabfallgesetz vom 30. August 1974, die geordnete Behandlung sowie Beförderung und Ablagerung von Abfällen bestimmten beseitigungspflichtigen öffentlichen bzw. außerbetrieblichen Stellen obliegt, kommen hier seitens der Gewerbebetriebe in erster Linie noch Aufwendungen zur Errichtung spezieller, meist zulassungsbedürftiger Verbrennungs- oder Neutralisationsanlagen sowie zur Bereitstellung von Grundstücken für die Bodenaushub- bzw. Bauschuttablagerung in Betracht. Vor allem sind auch die Betriebe selbst für eine umweltkonforme Vorbehandlung oder -lagerung solcher Abfälle verantwortlich, die infolge einer hohen ökologischen Belastungsgefahr nicht ohne weiteres allein oder zusammen mit Hausmüll abgeführt werden dürfen. Mithin investierten 1975 die produzierenden Be-

triebe rund 5,4 Mill. DM für die Abfallbeseitigung, wobei sich für diese Anlagenart mit nur knapp 3% der geringste Anteil an den Umweltschutzinvestitionen ergibt. Den höchsten Anteil verzeichnete auch hier die Chemie mit fast einem Viertel aller Investitionen für die Abfallbeseitigung. Auf den nächsten Plätzen folgten das Textilgewerbe, die Holzbearbeitung, die Herstellung von EBM-Waren, der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die Herstellung von Kunststoffwaren mit Anlagenzugängen zwischen jeweils 0,3 und 0,6 Mill. DM, zusammen mit einer Beteiligung von rund 45%.

Außerhalb der Chemie dominieren Investitionen für die Luftreinhaltung

Im Jahre 1975 bestritt allein die Chemie, welche durch einen hohen produktionsspezifischen Wasser- einsatz gekennzeichnet ist, über sieben Zehntel aller Umweltschutzinvestitionen, womit sie das Landesergebnis weitgehend vorbestimmte. Eine Darstellung ohne die Werte der chemischen Industrie zeigt eine stark abweichende sektorale Differenzierung, die wohl auch einer auf überregionaler Ebene zu erwartenden Verteilstruktur eher entsprechen dürfte. Von den bei Ausschluß der Chemie verbleibenden Umweltschutzinvestitionen von rund 52,9 Mill. DM entfiel nahezu die Hälfte auf die Luftreinhaltung, während der Gewässerschutz mit reichlich 30% an zweiter Stelle folgte. In das restliche knappe Fünftel der Anlagenzugänge teilten sich Lärm- bekämpfung und Abfallbeseitigung bei deutlichem Überwiegen des erstgenannten Bereichs. Nach Zweigen gegliedert, lagen mit zusammen mehr als drei Fünfteln der Umweltschutzinvestitionen der Bau- sektor (13,5%), der Bereich Steine und Erden (12,1%), das Ernährungsgewerbe (10,0%), der Glas- sektor (7,6%), das Textilgewerbe (7,3%), der Maschinenbau (6,1%) sowie die Energie- und Wasser- versorgung (5,2%) vorn.

Annähernd 27 Mill. DM an betrieblichen Gebühren und Beiträgen für Umweltschutz 1975

Die durch Maßnahmen des Umweltschutzes bedingte finanzielle Belastung der Wirtschaft umfaßt außer der in der Regel einmaligen Investitionstätigkeit noch eine Reihe entsprechender Folgekosten, welche langfristig für den Bau und Betrieb der errichteten Anlagen erforderlich sind. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich diese - zum

großen Teil aus überproportional expandierenden Personalkosten bestehend - bereits in beachtlichen Größenordnungen bewegen und vielfach die zu- grunde liegenden Investitionen spürbar überschreiten. Die Ermittlung dieser Folgekosten wurde zunächst vom Gesetz ausgespart, nicht hingegen die Gebühren und Beiträge, welche für betriebsbedingte umweltschützende Maßnahmen der öffentlichen Hand oder ähnlicher Körperschaften entrichtet werden müssen und in ihrer Höhe weitgehend von den Bau- und Betriebskosten entsprechender Anlagen bestimmt sind. Im einzelnen fallen hierunter die Gebühren für die Müllabfuhr, die Bereitstellung von Spezialbehältern und die Kanalbenutzung sowie die Beiträge an beanspruchte Abfallbeseitigungs- und Abwasserverbände sowie projektbezogene Zins- bzw. Tilgungs- oder andere Finanzierungskosten. Während Angaben über die betrieblichen Folgekosten von Umweltschutzinvestitionen nicht vorliegen, können für 1975 Ergebnisse über die an Dritte abgeführten Gebühren und Beiträge ermittelt werden.

Im Jahre 1975 entrichteten die Betriebe des produzierenden Gewerbes nahezu 26,5 Mill. DM an Gebühren und Beiträgen für Umweltschutz, wobei eine ähnliche branchenmäßige Schwerpunktsbildung wie bei den Investitionen zu beobachten ist. Im einzelnen belegten die Betriebe des Ernährungsgewerbes und der Chemie mit rund 4,0 bzw. 3,0 Mill. DM an Gebühren und Beiträgen die ersten Plätze, während der Maschinenbau und das Baugewerbe mit jeweils einem knappen Zehntel folgten. Für die Unternehmen wurden 23,3 Mill. DM ermittelt. Hier war die Chemie stärker belastet als das Ernährungsgewerbe. Im Gegensatz zu den Umwelt- investitionen ergibt sich aus der Aufschlüsselung der Gebühren und Beiträge nach Umweltbereichen ein vergleichsweise hoher Anteil für die Abfallbeseitigung, was insofern verständlich ist, als hier in hohem Maße außerbetriebliche Entsorger kosten- günstiger sind. Dabei erstreckten sich die für die produzierenden Betriebe festgestellten Gebühren und Beiträge für Umweltschutz nahezu ausschließlich auf den Gewässerschutz (14,6 Mill. DM) und die Abfallbeseitigung (11,6 Mill. DM); hier dominierten das Baugewerbe, das Ernährungsgewerbe, die Chemie, der Maschinenbau und die Herstellung von Kunststoffwaren mit zusammen rund der Hälfte der Aufwendungen.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976		
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 696	3 678	3 671	3 668	3 666	3 653	3 652	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 037	2 140	1 949	1 493	2 017	2 173 ^p	1 969 ^p	1 422 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	7,0	6,2	4,9	6,5	7,2 ^p	6,3 ^p	4,7 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 990	2 865	2 818	2 563	2 706	3 013 ^p	2 641 ^p	2 845 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,3	9,0	8,5	8,7	10,0 ^p	8,5 ^p	9,5 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 624	3 745	3 805	3 797	3 791	3 245 ^p	3 324 ^p	3 865 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,2	12,2	12,6	12,2	10,8 ^p	10,7 ^p	3 713 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	67	61	60	49	62	46 ^p	47 ^p	51 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	22,3	21,3	20,7	18,5	22,4	15,7 ^p	16,8 ^p	18,2 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw.									
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 634	- 881	- 987	- 1 234	- 1 085	- 232 ^p	- 683 ^p	1 020 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,9	- 3,2	- 4,1	- 3,5	- 0,8 ^p	- 2,2 ^p	- 3,4 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	- 2,7 ^p
Wanderungen									
über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	8 520	7 189	9 399	6 403	6 095	9 683
Ausländer	Anzahl	2 603	1 696	2 117	1 592	1 225	2 399
Erwerbspersonen	Anzahl	4 601	3 755	4 546	3 264	3 204	4 857
* Fortgezogene	Anzahl	8 947	8 165	10 940	8 200	7 459	9 832
Ausländer	Anzahl	2 788	2 466	2 867	2 591	2 483	2 509
Erwerbspersonen	Anzahl	5 302	4 694	5 809	4 582	4 313	5 413
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 427	- 977	- 1 541	- 1 797	- 1 364	- 149
Ausländer	Anzahl	- 185	- 770	- 750	- 999	- 1 258	- 110
Erwerbspersonen	Anzahl	- 701	- 940	- 1 263	- 1 318	- 1 109	- 556
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 936	10 243	12 405	9 914	9 425	13 562
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	36 277	67 214	65 239	68 010	76 781	52 795	54 305	57 813
* Männer	Anzahl	22 407	43 046	39 161	41 246	49 073	27 306	27 295	29 382
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	570	1 066	711	683	1 844	652	575	620
Bauberufe	Anzahl	4 045	6 885	4 878	5 370	6 509	2 529	2 560	3 063
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	15 979	29 673	27 230	28 687	33 129	18 172	18 067	19 571
Arbeitslosenquote	%	2,8	5,1	5,0	5,2	5,9	4,0	4,1	4,4
Offene Stellen	Anzahl	14 621	11 158	10 398	8 622	7 715	11 397	10 930	9 737
Männer	Anzahl	8 433	5 924	5 879	4 878	4 205	7 020	6 889	6 119
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	244	233	175	175	151	353	253	207
Bauberufe	Anzahl	767	765	1 142	617	303	1 108	915	802
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	5 339	3 764	3 623	2 986	2 874	4 819	4 698	3 806
Kurzarbeiter	Anzahl	14 856	33 266	29 267	32 888	28 378	2 915	5 755	5 933
Männer	Anzahl	9 640	24 672	20 650	25 326	21 361	2 035	4 136	4 317
Landwirtschaft									
Viehbestand									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	675	.	.	675	.	.	.
* Milchkühe	1 000	242	239	.	.	239	.	.	233
* Schweine	1 000	713	677	.	.	677	.	.	683
Mastschweine	1 000	240	224	.	.	224	.	.	236
* Zuchtsauen	1 000	70	73	.	.	73	.	.	75
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	47	.	.	47	.	.	49
Schlachtungen von Inlandstieren									
* Rinder	Anzahl	17 563	16 581	16 802	16 846	18 396	17 405	16 920	19 295
* Kälber	Anzahl	1 052	826	656	653	964	676	678	709
* Schweine	Anzahl	92 202	91 212	84 851	89 886	105 252	83 584	89 227	103 796
* Hausschlachtungen	Anzahl	17 633	16 573	13 779	25 289	28 325	9 863	11 544	24 395
Schlachtmengen 6)									
* Rinder	t	12 797	12 238	11 678	12 197	13 939	11 790	12 150	13 947
* Kälber	t	5 072	4 750	4 681	4 694	5 256	4 873	4 750	5 346
* Schweine	t	102	76	62	63	93	68	71	73
	t	7 584	7 360	6 873	7 371	8 525	6 788	7 260	8 444
Geflügel									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	122	102	81	35	76	83	55	30
* Geflügelfleisch 8)	t	96	104	103	87	101	109	78	84
Milch									
* Milcherzeugung	1 000 t	78	77	70	64	68	68	67	63
* an Molkereien und Händler geliefert	%	84,4	86,5	88,3	87,6	87,7	91,2	90,1	89,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	10,4	9,3	8,9	9,1	9,5	9,1	8,8
									8,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 909	2 780	2 758	2 751	2 744	2 626	2 624	2 625	2 624
* Beschäftigte	1 000	398	374	369	368	365	370	369	368	366
* Arbeiter 2)	1 000	289	267	263	262	260	266	265	265	263
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	42 799	38 628	42 156	38 508	35 759	40 702	40 549	40 700	39 126
Löhne und Gehälter	Mill. DM	733	742	726	825	939	762	767	934	1 054
* Löhne	Mill. DM	465	457	465	492	555	481	489	575	625
* Gehälter	Mill. DM	268	285	261	333	384	282	278	359	429
* Kohleverbrauch	1000t SKE ³⁾	88	67	74	68	85	82	86	84	88
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	95	96	102	103	107	106	113	113	117
* Stadt- und Kokereigas	Mill. cbm	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	93	95	101	102	106	105	112	112	116
Heizölverbrauch	1 000 t	190	186	217	230	233	177	213	227	245
* leichtes Heizöl	1 000 t	32	31	31	35	37	23	29	35	39
* schweres Heizöl	1 000 t	158	155	186	195	196	154	184	192	206
* Stromverbrauch	Mill. kWh	917	824	882	866	836	910	940	933	914
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	293	252	270	280	300	248	274	294	307
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 630	3 557	3 969	3 645	3 808	4 154	4 125	4 226	4 210
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 065	1 017	986	951	1 152	1 130	1 192	1 205	1 269
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamte Industrie	1970 = 100	121	113	118	128	117	124	130	134	122 ^b
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	122	115	121	132	123	127	132	138	129 ^b
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	122	114	120	131	121	126	131	137	127
* Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	126	113	120	127	117	130	127	132	120
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	100	93	106	101	76	118	119	116	80
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	1970 = 100	129	113	120	132	123	129	127	130	125
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	121	120	117	139	131	121	134	138	143
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen) und Datenerarbeitung	1970 = 100	124	115	108	127	141	100	133	130	154
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	111	106	114	123	105	120	124	129	107
Schuhindustrie	1970 = 100	72	68	73	68	55	75	72	69	52
* Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	125	124	142	141	146	134	156	173	160
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	109	97	99	108	82	110	115	110	81
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	94	93	•	•	95	99	•	•	•
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	142	144	•	•	168	151	•	•	•
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	226	240	258	280	299	183	249	269	•••
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 650	1 544	1 738	1 681	1 767	1 728	1 773	1 781	•••
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	630	582	710	661	702	660	679	636	•••
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 231	1 187	1 266	1 280	1 343	1 234	1 322	1 393	•••
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	141	150	166	189	214	143	180	202	•••
Gasverbrauch	Mill. cbm	141	150	164	189	214	137	169	203	•••
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
7)										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	79 639	71 102	70 169	69 378	68 655	69 450	69 005	68 364	67 753
Facharbeiter	Anzahl	44 458	40 440	39 846	39 312	39 026	39 235	39 032	38 631	38 371
Fachwerker und Werker	Anzahl	20 312	16 648	16 731	16 521	16 058	16 854	16 639	16 555	16 212
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 151	9 778	11 359	9 926	7 909	10 222	10 181	9 850	7 935
Privater Bau	1 000	6 407	5 566	6 562	5 769	4 600	6 125	6 035	6 049	4 855
* Wohnungsbau	1 000	4 361	3 765	4 526	4 005	3 112	4 134	4 043	3 983	3 152
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	82	93	153	86	77	64	70	77	77
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 964	1 708	1 883	1 678	1 411	1 927	1 922	1 989	1 626
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 744	4 212	4 797	4 157	3 309	4 097	4 146	3 801	3 080
Hochbau	1 000	1 105	1 004	1 069	963	812	923	953	892	774
Tiefbau	1 000	3 639	3 208	3 728	3 194	2 497	3 174	3 193	2 909	2 306
Straßenbau	1 000	1 727	1 481	1 774	1 498	1 126	1 551	1 566	1 385	1 103
Löhne und Gehälter	Mill. DM	138	130	149	137	125	147	150	150	138
* Löhne	Mill. DM	122	115	134	120	108	131	134	131	119
* Gehälter	Mill. DM	16	15	15	17	17	16	16	19	19
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	381	362	421	420	540	370	383	369	552

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerbl. Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleglee (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenbriketts = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1975			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember		September	Oktober	November	Dezember
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 090	983	1 062	1 118	450	1 010	1 101	935	587
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 026	937	1 012	1 064	421	977	1 067	892	570
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 173	997	1 109	1 124	482	954	1 069	948	505
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	210	189	212	214	95	192	216	194	99
* Wohnfläche	1 000 qm	194	159	181	179	80	152	168	154	83
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	212	231	297	274	125	198	226	211	109
* Umbauter Raum	1 000 cbm	827	926	922	1 023	596	609	928	659	287
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	127	140	111	162	94	77	137	81	29
* Nutzfläche	1 000 qm	148	165	167	197	92	119	171	123	51
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 200	1 788	2 125	1 959	905	1 607	1 723	1 806	841
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	83	65	59	64	60	94	94	60	...
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückebauten)	Mill. DM	64	43	47	31	28	73	71	46	...
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	19	22	12	33	32	21	23	13	...
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	11	10	15	10	9	28	25	16	...
3 - 6 Monate	Mill. DM	16	17	14	13	14	24	19	16	...
6 - 12 Monate	Mill. DM	24	24	22	20	26	38	19	13	...
über 1 Jahr	Mill. DM	32	14	8	21	11	4	31	15	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 180	1 134	1 360	1 078	1 174	1 383	1 384	1 391	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	49	47	55	42	48	63	63	60	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 131	1 087	1 304	1 036	1 126	1 320	1 321	1 331	...
* Rohstoffe	Mill. DM	12	11	14	10	12	15	15	13	...
* Halbwaren	Mill. DM	73	63	68	61	69	81	83	81	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 046	1 013	1 223	964	1 045	1 225	1 223	1 237	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	407	315	370	325	355	426	388	408	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	639	697	853	639	690	798	836	829	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	524	448	523	457	502	586	631	604	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	77	74	88	72	76	112	99	87	...
Dänemark	Mill. DM	21	20	24	19	20	29	31	31	...
Frankreich	Mill. DM	165	145	172	151	188	189	201	210	...
Großbritannien	Mill. DM	68	51	54	52	49	66	85	74	...
Irland	Mill. DM	3	3	3	3	3	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	97	73	91	83	81	86	109	98	...
Niederlande	Mill. DM	95	82	91	78	85	101	103	102	...
Österreich	Mill. DM	41	38	45	42	40	52	60	54	...
Schweiz	Mill. DM	57	41	44	39	44	58	58	51	...
USA und Kanada	Mill. DM	61	51	70	51	55	103	65	79	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	220	303	404	259	234	315	319	309	...
Ostblockländer	Mill. DM	75	82	64	78	78	72	50	91	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	725	688	841	692	787	801	864	868	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	114	114	139	105	143	107	130	167	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	611	574	702	587	644	694	734	700	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder		390	367	443	361	436	437	476	464	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	103	87	94	96	95	118	127	115	...
Dänemark	Mill. DM	4	6	8	5	6	6	6	8	...
Frankreich	Mill. DM	115	106	132	101	136	125	137	140	...
Großbritannien	Mill. DM	20	20	27	19	22	18	25	25	...
Irland	Mill. DM	1	1	1	1	1	1	1	1	...
Italien	Mill. DM	61	61	82	60	62	62	70	69	...
Niederlande	Mill. DM	86	87	98	80	114	106	110	106	...
Österreich	Mill. DM	12	14	18	16	13	20	18	23	...
Schweiz	Mill. DM	10	11	15	12	13	15	14	16	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	63	64	60	84	66	76	81	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	157	155	222	167	169	185	186	195	...
Ostblockländer	Mill. DM	22	22	22	24	23	16	19	17	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105,6	104,0	104,0	104,5	104,7	104,0	104,1	105,6	105,0 ^p
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	144,0	157,7	173,6	171,7	217,1	166,0	175,8	192,5	234,8 ^p
Waren verschiedener Art	1970 = 100	154,7	178,7	195,3	211,2	276,3	170,9	188,1	237,2	298,2 ^p
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	144,2	157,6	165,7	155,2	185,6	160,7	169,3	171,3	203,3 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	139,0	148,2	189,2	180,1	219,6	151,0	177,4	191,7	231,8 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	159,3	162,8	169,6	196,2	270,5	171,7	192,6	237,4	267,4 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	150,6	158,7	156,1	202,4	393,0	149,2	166,6	223,4	409,3 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	106,9	127,3	146,9	126,2	129,7	152,2	154,8	155,3	158,6 ^p
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	114,4	117,9	128,6	126,8	160,0	119,4	126,1	137,5	166,9 ^p
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	116,7	120,0	125,8	117,5	140,1	117,4	123,9	124,5	146,5 ^p
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	107,7	109,1	137,7	130,7	159,1	106,9	124,7	134,3	162,1 ^p
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	126,2	121,7	125,7	145,4	200,3	124,1	138,7	170,4	191,8 ^p
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	122,2	122,7	119,6	155,2	301,4	113,4	126,6	169,8	310,8 ^p
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	86,1	95,6	109,3	93,6	96,0	109,9	111,3	111,5	113,8 ^p
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100-	99,5	98,6	99,8	93,8	91,9	100,3	96,9	90,4	87,8 ^p
Teilbeschäftigte	1970 = 100	118,7	121,8	120,0	110,6	113,0	129,4	118,5	111,9	109,3 ^p
* Umsatz	1970 = 100	120,6	127,1	145,8	109,4	111,1	159,6	158,4	112,3	110,0 ^p
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	124,3	135,6	165,7	106,9	102,1	189,8	188,2	110,3	99,6 ^p
Gaststättengewerbe	1970 = 100	117,7	120,6	131,2	111,3	117,7	137,3	136,3	113,7	117,7 ^p
Fremdenverkehr										
in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	275	415	171	128	479	449	177	122 ^p
* Ausländer	1 000	45	53	50	19	17	95	56	19	17 ^p
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 004	1 088	1 350	590	494	1 792	1 419	585	459 ^p
* Ausländer	1 000	112	149	124	44	48	246	145	45	45 ^p
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 547	1 441	1 433	1 577	1 589	1 664	1 527	1 441	1 716
* Güterversand	1 000 t	1 322	1 246	1 489	1 308	1 130	1 391	1 336	1 264	1 222
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 242	11 129	12 707	9 634	8 468	12 090	11 470	10 878	9 629
Krafträder und Motorroller	Anzahl	188	253	133	86	63	171	99	84	69
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	8 045	9 964	11 604	8 802	7 688	11 001	10 444	9 991	8 840
* Lastkraftwagen	Anzahl	425	420	507	438	383	535	506	402	396
Zugmaschinen	Anzahl	363	424	393	241	268	326	368	361	263
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	6 772	6 906	7 584	7 576	7 113	7 883	8 497	7 890	9 299	
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 672	1 726	1 815	1 707	1 602	1 902	1 987	1 804	1 861
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	5 100	5 180	5 769	5 869	5 511	5 981	6 510	6 086	7 438
Verunglückte Personen	Anzahl	2 397	2 487	2 538	2 438	2 280	2 661	2 859	2 486	2 666
* Getötete	Anzahl	80	80	86	77	92	95	91	99	86
Pkw-Insassen	Anzahl	39	42	40	48	50	53	40	43	36
Fußgänger	Anzahl	23	19	20	20	26	16	27	36	35
* Verletzte	Anzahl	2 317	2 407	2 452	2 361	2 188	2 566	2 768	2 387	2 580
Pkw-Insassen	Anzahl	1 429	1 470	1 480	1 580	1 490	1 419	1 626	1 472	1 809
Fußgänger	Anzahl	292	280	233	301	280	260	302	326	326
Schwerverletzte	Anzahl	770	758	792	769	678	797	903	780	855
Pkw-Insassen	Anzahl	422	402	417	453	396	395	467	450	532
Fußgänger	Anzahl	142	129	129	163	131	113	139	145	177

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974				1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Geld und Kredit													
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 378	35 078	34 540	34 860	35 078	37 773	37 843	38 284	38 399	37 662	37 742	39 978
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	32 122	34 653	34 141	34 457	34 653	37 202	37 264	37 662	37 742	37 662	37 742	39 978
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	25 949	27 654	27 301	27 541	27 654	29 613	29 668	29 949	29 978	29 668	29 949	32 173
an Unternehmen und Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 173	6 999	6 840	6 916	6 999	7 589	7 595	7 713	7 764	7 595	7 713	8 210
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 116	7 974	8 029	8 025	7 974	8 229	8 053	8 130	8 210	8 053	8 130	8 210
* an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 838	7 636	7 706	7 712	7 636	7 882	7 735	7 820	7 849	7 735	7 820	7 849
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 536	3 658	3 569	3 629	3 658	3 961	3 923	4 066	4 095	3 923	4 066	4 095
* an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 853	2 824	2 792	2 825	2 824	3 192	3 218	3 287	3 315	3 192	3 218	3 315
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	683	834	777	804	834	769	705	778	780	769	778	780
* an Unternehmen u. Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM	20 470	23 022	22 543	22 803	23 022	25 012	25 287	25 466	25 436	25 287	25 466	25 436
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	27 652	31 445	29 505	30 227	31 445	32 554	32 810	33 769	34 202	32 554	33 769	34 202
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 082	4 902	4 626	5 189	4 902	5 031	5 124	5 835	5 180	5 031	5 124	5 835
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 707	4 471	4 178	4 748	4 471	4 674	4 666	5 318	4 699	4 674	5 318	4 699
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	375	430	448	441	430	357	457	517	481	357	457	481
Termingelder	Mill. DM	7 166	6 356	5 991	5 937	6 356	6 584	6 614	6 671	6 828	6 584	6 614	6 828
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 750	5 238	4 873	4 924	5 238	5 273	5 497	5 379	5 626	5 273	5 497	5 379
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 417	1 118	1 118	1 013	1 118	1 311	1 118	1 292	1 262	1 311	1 118	1 262
* Spareinlagen	Mill. DM	16 406	20 188	18 888	19 102	20 188	20 939	21 072	21 264	22 194	20 939	21 072	22 194
* bei Sparkassen	Mill. DM	9 847	11 758	11 017	11 128	11 758	12 199	12 261	12 361	12 913	12 199	12 261	12 913
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	884	1 140	977	881	2 082	857	905	1 012	2 096	881	905	2 096
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	745	827	777	667	1 003	822	773	839	1 165	827	773	1 165
Zahlungsschwierigkeiten													
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	31	40	49	58	66	28	36	40	48	28	36	48
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	24 823	27 070	55 978	15 300	11 919	6 682	16 246	72 942	17 792	15 300	16 246	17 792
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	2	3	2	1	3	1	1	2	3	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 738	1 274	1 349	1 124	1 100	1 143	1 173	944	972	1 100	1 173	972
* Wechselsumme	1 000 DM	6 977	6 030	6 268	5 097	4 297	4 917	4 626	3 964	3 859	5 097	4 626	3 859
Steuern													
Steueraufkommen nach Steuerarten													
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	674 043	691 366	544 700	711 908	1250 282	968 478	562 899	740 823	1369 007	674 043	691 366	1369 007
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	477 786	478 176	332 532	478 191	965 842	745 863	346 409	510 924	1095 587	477 786	478 176	1095 587
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	309 591	307 542	263 967	419 202	511 313	289 561	299 932	466 717	579 416	309 591	307 542	579 416
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	48 692	51 829	-	155 105	-	-	-	172 356	-	48 692	51 829	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 011	114 056	51 498	29 872	333 862	316 380	38 484	27 820	344 340	105 011	114 056	344 340
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 522	8 831	3 140	3 732	3 172	- 936	1 342	1 859	1 885	8 522	8 831	1 885
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	54 662	47 746	13 927	25 385	117 495	140 858	6 651	14 528	169 946	54 662	47 746	169 946
Einnahmen aus der Körperschaftssteuer-zerlegung	1 000 DM	6 416	8 491	-	25 056	-	-	-	12 662	-	6 416	8 491	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	196 257	213 190	212 168	233 717	284 440	222 615	216 490	229 899	273 420	196 257	213 190	273 420
* Umsatzsteuer	1 000 DM	134 388	150 930	156 624	166 219	169 709	142 630	154 760	163 760	176 331	134 388	150 930	176 331
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	61 869	62 261	55 544	67 498	114 731	79 985	61 730	66 139	97 089	61 869	62 261	97 089
* Bundessteuern	1 000 DM	95 256	92 095	88 051	81 865	130 214	81 748	88 609	90 328	151 208	95 256	92 095	151 208
* Zölle	1 000 DM	7 057	8 001	7 377	7 085	8 410	8 561	7 465	7 001	12 723	7 057	8 001	12 723
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	78 046	79 508	76 286	70 410	114 413	66 925	76 929	79 919	130 573	78 046	79 508	130 573
* Landessteuern	1 000 DM	47 872	50 390	43 601	59 377	44 582	42 201	48 277	70 018	55 620	47 872	50 390	55 620
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 917	10 942	1 905	23 901	3 218	2 990	4 867	32 643	6 819	9 917	10 942	6 819
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 077	26 973	28 325	23 117	28 045	25 708	27 165	22 520	33 221	26 077	26 973	33 221
* Biersteuer	1 000 DM	6 168	6 152	6 509	6 097	5 479	7 058	6 656	6 391	6 332	6 168	6 152	6 332
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	352 175	341 325	-	-	333 702	410 526	-	-	-	352 175	341 325	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 370	8 559	-	-	9 056	11 056	-	-	-	8 370	8 559	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	39 194	49 522	-	-	60 480	75 277	-	-	-	39 194	49 522	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	255 166	229 260	-	-	208 304	263 835	-	-	-	255 166	229 260	-
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	21 916	22 745	-	-	22 462	23 726	-	-	-	21 916	22 745	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	19 030	21 975	-	-	25 587	26 304	-	-	-	19 030	21 975	-

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenlinter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierhalbjahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember		
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	446 346	462 189	416 980	451 056	789 420	566 010	432 340	470 859	867 992	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 871	209 576	144 183	207 660	423 760	330 515	149 515	218 764	483 131	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	124 979	145 506	144 809	159 516	194 136	153 607	149 382	158 635	188 666	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	39 937	2 015	41 310	140	44 834	3 132	44 987	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	367 272	359 283	309 621	365 847	608 982	439 441	334 211	386 863	669 255	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 573	208 934	142 179	206 796	422 972	329 859	149 283	218 113	482 415	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 587	84 945	83 904	97 659	100 118	67 241	91 817	95 600	86 233	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	39 937	2 015	41 310	140	44 834	3 132	44 987	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	433 467	432 664		.	482 157	507 775	.	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	158 493	143 527		.	131 399	167 611	.	.	.	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 966	177 071		.	225 360	193 472	.	.	.	
Preise											
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	127,1	134,7	136,3	136,7	137,1	141,4	141,5	141,8	142,5	
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	123,6	130,1	130,6	130,9	131,7	136,4	136,2	136,9	138,4	
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	135,6	138,9	.	139,4	.	.	.	145,7	.	
Löhne und Gehälter											
Arbeiter											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste	DM	377	397	402	343	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	407	425	430	475	.	.
* Facharbeiter	DM	432	451	455	500	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	393	406	412	458	.	.
Hilfsarbeiter	DM	338	349	355	394	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	258	279	283	310	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	246	266	272	299	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	8,91	9,59	9,70	10,42	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	9,48	10,15	10,26	11,02	.	.
* Facharbeiter	DM	10,01	10,71	10,82	11,63	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	9,18	9,78	9,89	10,58	.	.
Hilfsarbeiter	DM	7,93	8,36	8,44	9,08	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	6,54	7,13	7,21	7,73	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	6,22	6,81	6,89	7,44	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,3	41,4	42,5	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	42,9	41,8	41,9	43,1	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,0	39,3	40,1	.	.
Angestellte											
Bruttonomona-verdienste											
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 886	2 037	2 062	2 207	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 668	1 809	1 834	1 960	.	.
männlich	DM	2 086	2 238	2 268	2 415	.	.
weiblich	DM	1 304	1 423	1 440	1 542	.	.
Technische Angestellte	DM	2 431	2 591	2 621	2 804	.	.
männlich	DM	2 486	2 655	2 685	2 873	.	.
weiblich	DM	1 663	1 757	1 794	1 901	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 194	2 369	2 396	2 580	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 939	2 107	2 133	2 308	.	.
männlich	DM	2 313	2 485	2 513	2 716	.	.
weiblich	DM	1 521	1 665	1 685	1 822	.	.
Technische Angestellte	DM	2 474	2 645	2 674	2 858	.	.
männlich	DM	2 526	2 698	2 727	2 917	.	.
weiblich	DM	1 704	1 856	1 887	2 000	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 498	1 623	1 647	1 749	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 481	1 608	1 633	1 734	.	.
männlich	DM	1 889	2 029	2 062	2 172	.	.
weiblich	DM	1 181	1 290	1 308	1 395	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976		
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054	61 829 ^p	61 746	61 715	61 681	34 ... ^p	33 371 ^p	33 186 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	31 439	32 223	33 963	33 019	24 888	34 642 ^p	33 622 ^p	24 131 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 198	50 043	50 004	47 428	45 038	52 026 ^p	47 743 ^p	47 275 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 438	62 438	56 693	61 315	60 488	57 349 ^p	55 301 ^p	56 980 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-8 428	-12 396	-6 689	-13 887	-15 450	-5 323 ^p	-2 679 ^p	-9 237 ^p
Arbeitslose	1 000	582	1 074	1 005	1 061	1 114	940	899	944
Männer	1 000	325	623	544	565	605	465	436	451
Offene Stellen	1 000	315	236	235	210	183	264	233	221
Männer	1 000	190	130	135	120	102	162	146	140
Kurzarbeiter	1 000	292	773	639	717	689	66	94	140
Männer	1 000	198	538	449	507	485	48	67	104
Landwirtschaft									
Schweinebestand	1 000	20 234	19 805	•	•	•	21 875	•	•
Schlachtmenge 4)	1 000 t	313	313	331	330	289	346	339	339
Milcherzeugung	1 000 t	1 792	1 800	1 581	1 588	1 534	1 784	1 589	1 573
Industrie 5)									
Beschäftigte	1 000	8 144	7 616	7 561	7 520	7 489	7 462	7 498	7 483
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	870	778	801	850	787	733	819	822
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	62 500	61 154	65 593	68 441	63 855	63 236	74 631	71 919
Auslandsumsatz	Mill. DM	15 097	14 409	14 880	15 457	16 749	14 806	18 676	17 210
Produktionsindex (von Kalender-unregelmäßigkeiten bereinigt)									
Gesamtindustrie	1970 = 100	112	105	105	109	119	98	113	119
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	112	105	105	109	120	98	114	120
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	110	103	104	107	117	96	111	117
Grundstoff- und Produktions-güterindustrien	1970 = 100	116	102	103	106	113	106	115	116
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	107	102	104	105	118	88	109	117
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	108	102	104	108	119	92	114	121
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	1970 = 100	114	114	112	118	128	112	116	128
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	94	104	104	106	94	107	111
Öffentliche Energieversorgung									
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 988	25 150	22 455	27 429	28 363	24 643	26 682	28 241
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 978	3 539	3 227	3 677	3 827	3 251	3 259	3 662
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
Beschäftigte	1 000	1 352	1 194	1 246	1 229	1 212	1 203	1 201	1 202
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	173	149	177	184	157	153	171	169
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 280	5 886	6 401	7 147	7 470	5 785	6 386	6 947
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 924	14 485	16 435	16 587	15 407	17 184	16 553	16 039
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 528	13 341	15 252	15 246	14 070	16 243	15 595	15 113
Wohnfläche	1 000 qm	2 977	2 684	2 975	3 042	2 966	2 883	2 793	2 659
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 160	3 494	4 662	4 766	3 906	3 322	3 242	3 068
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	34 815	30 654	33 436	35 305	35 007	30 808	29 746	28 386
Handel									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 215	18 466	18 496	20 498	19 080	19 249	23 037	22 866
EG-Länder	Mill. DM	8 626	8 045	8 518	9 179	8 439	8 420	10 512	10 426
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 465	1 406	1 552	1 529	1 431	1 534	1 881	1 813
Dänemark	Mill. DM	387	386	400	427	489	617	572	593
Frankreich	Mill. DM	2 279	2 164	2 244	2 526	2 280	2 264	2 941	2 889
Großbritannien	Mill. DM	918	841	823	934	881	836	1 102	1 063
Irland	Mill. DM	61	50	53	61	52	55	64	61
Italien	Mill. DM	1 561	1 349	1 497	1 555	1 431	1 151	1 667	1 686
Niederlande	Mill. DM	1 956	1 849	1 949	2 146	1 877	1 964	2 283	2 321
Österreich	Mill. DM	846	819	874	952	879	1 008	1 195	1 189
Schweiz	Mill. DM	961	797	842	873	762	901	1 028	1 047
USA und Kanada	Mill. DM	1 603	1 255	1 287	1 666	1 426	1 134	1 497	1 517
Entwicklungs länder	Mill. DM	2 676	3 038	2 895	3 304	2 959	3 348	3 881	3 920
Ostblockländer	Mill. DM	1 323	1 451	1 332	1 303	1 660	1 413	1 390	1 253

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehäuschenflechten. - 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974		1975			1976			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	14 978	15 359	15 733	17 654	15 926	18 041	18 376	19 281	19 192
EG-Länder	Mill. DM	7 179	7 604	7 800	8 850	7 691	8 259	8 899	9 278	8 989
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 326	1 312	1 353	1 577	1 327	1 451	1 735	1 648	1 588
Dänemark	Mill. DM	205	232	270	284	228	239	316	348	300
Frankreich	Mill. DM	1 742	1 846	1 686	2 043	1 820	1 904	1 989	2 250	2 192
Großbritannien	Mill. DM	522	578	650	697	599	654	751	762	780
Irland	Mill. DM	35	56	58	70	69	46	62	69	72
Italien	Mill. DM	1 248	1 436	1 417	1 716	1 426	1 587	1 569	1 700	1 499
Niederlande	Mill. DM	2 102	2 144	2 365	2 464	2 223	2 379	2 477	2 502	2 559
Österreich	Mill. DM	293	316	355	395	345	368	451	453	454
Schweiz	Mill. DM	407	456	480	579	489	487	569	622	616
USA und Kanada	Mill. DM	1 331	1 332	1 323	1 275	1 436	1 509	1 434	1 492	1 633
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 349	3 070	3 165	3 575	3 275	4 215	3 790	3 987	4 112
Ostblockländer	Mill. DM	700	721	766	928	807	961	947	949	916
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	136,9	149,2	145,5	166,6	164,6	141,0 ^r	155,4 ^r	164,9 ^p	177,2 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	123,7	131,0	142,0	135,9	118,1	155,6	147,9 ^p
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	815	901	856	870	885	952	959	965	976 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	672	707	684	690	698	738	745	752	758 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	143	193	172	181	187	214	214	213	219 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	637	707	659	666	680	723	725	728	737 ^p
Spaeneinlagen	Mrd. DM	311	376	349	353	356	389	389	392	393 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 249	14 372	18 190	12 822	12 467	12 816	20 728	14 195	13 247 ^p
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 311	9 291	14 133	7 270	6 826	7 827	16 284	8 056	7 670 ^p
Lohnsteuer	Mill. DM	5 997	5 997	5 995	6 058	5 935	6 796	6 788	6 741	6 712 ^p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 333	2 233	5 975	870	687	444	6 747	949	639 ^p
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 326	4 507	4 044	4 478	5 068	4 610	4 446	4 647	5 190 ^p
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 779	2 977	2 678	2 886	3 334	2 838	2 598	2 746	3 277 ^p
Bundessteuern	Mill. DM	3 109	3 066	2 969	3 243	3 115	3 277	3 344	3 337	3 258 ^p
Zölle	Mill. DM	278	271	266	309	304	301	310	336	331 ^p
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 794	2 862	2 751	3 070	2 631	3 082	3 105	3 163	2 734 ^p
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	131,1	138,7	140,1	140,7	141,4	148,9	149,4	149,3	149,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	117,6	133,2	136,1	138,2	142,1	151,2	149,7	148,3	148,1 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	129,4	135,5	136,0	136,1	136,0	142,0	142,3	142,4	142,1
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	134,1	137,3	•	•	137,8	143,1	•	•	144,0
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	135,6	138,9	•	•	139,4	145,0	•	•	145,7
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	123,6	126,5	•	•	126,6	128,9	•	•	128,8
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	127,1	134,7	135,9	136,3	136,7	141,4	141,4	141,5	141,8
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	125,6	130,1	130,5	130,6	130,9	137,5	136,4	136,2	136,9
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	129,7	136,3	137,0	137,6	138,0	140,8	141,8	142,6	143,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	125,1	133,2	135,0	135,4	135,8	140,7	140,9	141,2	141,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	149,8	165,5	173,2	176,0	175,7	176,5	177,3	177,9	176,3
Übriges für die Haushaltserhaltung	1970 = 100	123,1	131,0	130,8	131,9	132,7	135,1	135,7	136,1	136,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	134,9	143,4	144,8	144,9	145,5	151,6	151,5	151,3	151,0
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	131,8	141,3	142,5	143,4	143,9	148,8	149,3	149,6	150,1
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	123,4	130,8	132,1	132,6	132,6	136,0	136,7	137,0	137,3
Personliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	124,4	129,4	131,3	131,4	131,4	135,2	135,3	135,3	135,4

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

1976 mehr Rinderschlachtungen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1976 rund 205 100 Rinder, 8 600 Kälber sowie 1,09 Mill. Schweine geschlachtet. Damit setzte sich der Rückgang der Schlachtungszahlen bei Kälbern (— 13,5%) und Schweinen (— 0,4%) weiter fort, während bei Rindern eine Zunahme von 3,1% zu verzeichnen war. Diese ist weitgehend auf die Trockenheit des vergangenen Sommers und die damit verbundene Futterknappheit zurückzuführen, die verbreitet zu unplanmäßigen Eingriffen in die Rindviehbestände führte.

Die Gesamtschlachtmenge lag mit 148 500 t um 1,1% über der des Vorjahres. Hiervon entfielen 58 700 t auf Rind-, 850 t auf Kalb- und 88 300 t auf Schweinefleisch.

Aus der DDR, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Holland, Irland und Polen wurden 9 200 Rinder (— 4,0%) und 49 900 Schweine (— 9,8%) mit einem Gesamtschlachtgewicht von 2 600 bzw. 3 800 t eingeführt. Bei Rindern ist damit nach der bisher seit 1970 kontinuierlich erfolgten Steigerung der Einfuhrzahlen erstmals ein Rückgang zu verzeichnen. rö

Verzehr an Geflügel von 1950 bis 1975 auf nahezu das Dreizehnfache gestiegen

Im Jahre 1950 wurden von einem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen für Fleisch und Fleischwaren im Durchschnitt monatlich etwa 27 DM ausgegeben. Das waren rund 9% des Aufwandes für die gesamte Lebenshaltung und etwa 20% des für die Ernährung ausgegebenen Betrages. Bis 1975 haben sich diese Ausgaben um mehr als das Viereinhalbache auf 126 DM erhöht, während das Einkommen dieser Verbrauchergruppe um das Siebenfache anstieg. Der Anteil der Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren an den gesamten Lebenshaltungskosten betrug nur noch 7%, der Anteil am Aufwand für die Ernährung stieg jedoch auf 27%.

An dieser Ausgaben-Entwicklung waren die einzelnen Fleischarten sehr unterschiedlich beteiligt. So steigerten sich die Ausgaben für Rindfleisch in den 25 Jahren mit einer Rate von + 270% am geringsten. Bei Schweinefleisch betrug sie + 465%, bei Geflügel sogar mehr als das Fünfzehnfache. Wurst und Wurstwaren lagen mit einer Steigerung von + 383% etwa zwischen Rind- und Schweinefleisch.

Veränderte Verbrauchsgewohnheiten infolge steigender Einkommen wirkten sich auch auf die Verbrauchsmenge aus. Die Zuwachsrate liegen hier freilich durchweg niedriger, weil, abgesehen von den natürlichen Grenzen der Aufnahmefähigkeit, Preissteigerungen und der Trend zu qualitätsmäßig höherwertigen Fleischwaren nicht zu Buche schlagen. Eine vierköpfige Arbeitnehmerfamilie verzehrte im Durchschnitt des Jahres 1975 rund ein Viertel mehr Rindfleisch als 1950. Der Verbrauch an Schweinefleisch steigerte sich auf das 2,7fache und an Geflügel auf nahezu das Dreizehnfache. Der Konsum an Wurstwaren erhöhte sich um 115%. wf

Mehr über dieses Thema auf Seite 39

Produzierendes Gewerbe investierte fast 185 Mill. DM für den Umweltschutz in 1975

Im Jahre 1975 tätigten die rheinland-pfälzischen Betriebe des produzierenden Gewerbes Umweltschutzinvestitionen in Höhe von knapp 185 Mill. DM, reichlich die Hälfte davon für den Gewässerschutz. Die Luftreinhaltung beanspruchte annähernd zwei Fünftel des Gesamtbetrages, die Lärmbekämpfung und die Abfallbeseitigung zusammen rund 7%. In

branchenmäßiger Differenzierung vereinigten chemische Industrie und Mineralölverarbeitung über 70% aller Umweltschutzinvestitionen auf sich. Das Baugewerbe, der Steine- und Erdensektor sowie das Ernährungsgewerbe bestritten zusammen rund ein Zehntel.

Die Gebühren und Beiträge für Umweltschutz beliefen sich 1975 bei den Betrieben des produzierenden Gewerbes auf fast 26,5 Mill. DM. Nach Umweltbereichen gegliedert, entfielen davon 99% auf den Gewässerschutz (14,6 Mill. DM) und die Abfallbeseitigung (11,6 Mill. DM). In branchenmäßiger Sicht belegte das Ernährungsgewerbe mit annähernd 4,1 Mill. DM den ersten Platz, während die Chemie (3,0 Mill. DM), der Maschinenbau (2,6 Mill. DM) und das Baugewerbe (2,3 Mill. DM) folgten. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 43

Beträchtliche Steigerung der Industrieproduktion im Jahre 1976

Im Vergleich zum Vorjahr konnte 1976 die rheinland-pfälzische Industrie eine mehr als 10%ige Produktionssteigerung verzeichnen. Insbesondere die Chemie (+ 14,8%) sowie der Nahrungs- und Genußmittelbereich (+ 12,7%) hatten überproportionale Wachstumstendenzen, während die Expansion bei Steinen und Erden (+ 8,9%) und beim Maschinenbau (+ 3,7%) nur unterdurchschnittlich war. Die Schuhproduktion stagnierte (— 0,3%), die elektrotechnische Industrie mußte sogar Einbußen hinnehmen (— 2,4%).

Da sich gleichzeitig der Beschäftigtenstand der Industrie um 3% verringerte (Arbeiter — 2%), ergibt sich für 1976 eine noch ausgeprägtere Produktivitätszunahme. Während die Produktivität je Beschäftigten um 15,8% stieg (je Arbeiter + 14,7%), wurde mit + 13,8% je Arbeiterstunde eine etwas geringere Zunahme festgestellt. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden hat sich gegenüber 1975 um 1% erhöht. pe

Wochenverdienste in der Industrie beachtlich gestiegen

Im Oktober 1976 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller Industriearbeiter mit 10,42 DM um 0,72 DM oder 7,4% höher als im Oktober des vorangegangenen Jahres. Von Oktober 1974 zu Oktober 1975 hatte die Steigerung 6,6% betragen.

Günstiger als bei den Stundenlöhnen fiel der Jahresvergleich bei den Wochenverdiensten aus. Infolge der um über eine Stunde auf 42,5 Stunden angestiegenen Wochenarbeitszeit ergab sich eine durchschnittliche Zunahme um 10%. Diese Tatsache ist als Zeichen einer konjunkturellen Verbesserung zu werten, nachdem der schon 1974 im Vergleich mit den Stundenlöhnen schwächere Anstieg der wöchentlichen Bezüge im Verlauf der anhaltend ungünstigen konjunkturellen Entwicklung im Oktober 1975 auf + 4,7% zurückgegangen war.

Die Wochenverdienste der Facharbeiter stellten sich im Oktober 1976 auf 500 DM, die der angelernten Kräfte auf 458 DM, während ungelernte männliche Arbeiter auf 394 DM in der Woche kamen. Frauen, die häufig Tätigkeiten verrichten, für die eine spezielle Ausbildung nicht erforderlich ist, verdienten in der Woche - bei einer um 3 Stunden kürzeren Arbeitszeit - im Schnitt 165 DM weniger als die männlichen Industriearbeiter, wobei ihr Stundenverdienst um rund 3,30 DM niedriger war. hä

kurz + aktuell

Wieder verstärkter Preisanstieg im Konsumgüterbereich

Die allgemein zum Jahresbeginn zahlreicher auftretenden Preissteigerungen infolge Neukalkulation und Ergänzung der durch den Weihnachtsverkauf reduzierten Lagerbestände mit in der Regel verteuerten Waren haben in diesem Jahr ein noch stärkeres Ausmaß angenommen. Drei von fünf in die Preisbeobachtung einbezogenen Waren und Leistungen wurden im Durchschnitt teurer. Genau diesem Mittelwert entsprachen die Teuerungen bei Nahrungs- und Genußmitteln. Noch zahlreicher waren die Preissteigerungen bei Textil- und Lederwaren. Zwar sind nach Weihnachten wie in jedem Jahr eine Reihe von Artikeln billiger angeboten worden, jedoch handelt es sich bei diesen Sonderangeboten vornehmlich um geringe Restbestände modischer Waren, die schnell vergriffen sind. Für die langfristige Preisbeobachtung kommen aber nur weitgehend modeunabhängige Güter in Betracht; Sonderangebots- und Schlußverkaufspreise bleiben deshalb, abgesehen vom Lebensmittelbereich, unberücksichtigt.

Die Preise einiger Gemüse- und Obstarten lagen erheblich über denen im Januar vergangenen Jahres, so Blumenkohl um 38%, Kopfsalat um 26% und inländische Tafeläpfel um 24%. Der zwischenzeitlich sehr hohe Kartoffelpreis ging in den letzten Monaten indessen spürbar zurück; er liegt aber immer noch um 14% über dem des Vorjahrs. Beachtliche Preiserhöhungen innerhalb der letzten zwölf Monate verzeichneten außerdem Frischfisch (+ 11%), Deutsche Eier (+ 10%), Gemüsekonserven (bis + 28%) und - hauptsächlich verursacht durch gestiegene Weltmarktpreise - Bohnenkaffee (+ 22%). Infolge erhöhter Branntwein- und Tabaksteuer zogen außerdem die Preise für Spirituosen (bis + 11%) und für Tabakwaren (bis + 20%) an.

Textil-, Lederwaren und Möbel verteuerten sich innerhalb eines Jahres um etwa 4 bis 6%. Nicht ganz so ungünstig war die Preisentwicklung bei den übrigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Nur in wenigen Fällen gingen die Erhöhungen über 4% hinaus. Verschiedentlich ergaben sich sogar leichte Preisrückgänge, wie bei Fernseh- und Radiogeräten, Waschmaschinen, Seife- und Waschmitteln sowie bei Heizöl. Spürbar teurer wurden seit Januar 1976 Handwerkerleistungen (bis + 8%), Kinobesuch, Fahrkosten im Nahverkehr und Wassergeld (jeweils + 5%), Abwasserbeseitigung (+ 7%), Mieten für Altbauwohnungen (+ 6%) und im sozialen Wohnungsbau (+ 3%). wf

1976 wieder erheblich mehr Straßenverkehrsunfälle

Im Jahre 1976 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen mit 92 580 Verkehrsunfällen erheblich mehr Unfälle als im Vorjahr. Mit einer Zuwachsrate von 11,7% wurde fast wieder das extrem hohe Ergebnis von 1970 erreicht (+ 12,6%). Im Gegensatz zu 1970 trugen zu dieser Entwicklung allerdings überwiegend die reinen Sachschadensunfälle bei, die sich um 13,5% auf 70 560 erhöhten. Die Zahl der Personenschadensunfälle nahm dagegen nur um 6,3% auf 22 020 zu (1970: + 11,2%). Die in den Monaten Januar bis November bereits stark negative Entwicklung wurde im Dezember durch den plötzlichen Wintereinbruch noch erheblich verstärkt. So erhöhte sich allein in diesem Monat die Zahl der Sachschadensunfälle gegenüber Dezember 1975 um 34,5%. Die Personenschadensunfälle wiesen mit + 14,7% zwar eine wesentlich geringere aber ebenfalls überdurchschnittlich hohe Zuwachsrate auf.

Analog zur Entwicklung der Unfälle mit Personenschaden erhöhte sich die Zahl der Verletzten oder Getöteten mit einer wesentlich geringeren Rate als 1970. Lag im Jahre 1970 die Zahl der Verkehrstoten noch um 129 über dem Niveau des Vorjahrs, belief sich diese Zahl im letzten Jahr auf 27. Ähnlich große Differenzen waren bei den Verletzten zu beobachten, deren Zahl sich im vergangenen Jahr um 5,1% ausweitete, gegenüber einer Veränderungsrate von + 12,5% in 1970. Auch hier weist das letzte Dezemberergebnis deutliche Abweichungen auf. Während die Zahl der Getöteten gegenüber Dezember 1975 sogar um 12 oder 13,0% zurückging, erhöhte sich gleichzeitig die Zahl der Schwerverletzten um 23,9%.

Obwohl im letzten Jahr 1 600 oder 4,2% mehr Personenkraftwagen an Unfällen mit Personenschaden beteiligt waren als 1975, ging die Zahl der tödlich verletzten Insassen von Personenwagen um 26 auf 472 zurück. Dagegen nahm die Zahl der getöteten Fahrer und Mitfahrer von motorisierten Zweirädern um 14 auf 158 und von Fahrrädern um 8 auf 65 zu. Von den tödlich verletzten Fußgängern, deren Zahl sich um 23 auf 247 erhöhte, waren mehr als die Hälfte über 65 und ein Viertel unter 15 Jahre alt.

Der höchste Anstieg der Zahl der Unfallopfer wurde mit + 6,0% bei Unfällen innerhalb von Ortschaften beobachtet, während sich diejenige der auf freier Strecke Verunglückten nur um 2,4% erhöhte. Nach Straßenarten standen die Bundesautobahnen diesmal mit 28,3% mehr Toten und Verletzten als im Vorjahr an der Spitze gegenüber einem Minus von 2,6% bei den Bundesstraßen. Die hohe Zuwachsr率 bei den Bundesautobahnen ist zum großen Teil durch die Erweiterung des Straßennetzes, insbesondere durch die Fertigstellung der linksrheinischen Autobahn (A 61) zum Jahresende 1975 bedingt. mc

Themen der letzten Hefte

Heft 11/November 1976

Bundestagswahl 1976

Entwicklungsaußsichten ausgewählter Bevölkerungsgruppen bis 1990

Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

Heft 12/Dezember 1976

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Investitionen des produzierenden Gewerbes 1975
Straßennetz am 1. Januar 1976

Heft 1/Januar 1977

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976

Volkshochschulen 1975

Strafvollzug 1975/76

Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975

Wohngeld 1973 - 1975

Themen der folgenden Hefte

Berufsbildende Schulen 1976/77

Meldepflichtige Krankheiten 1976

Landwirtschaftliche Betriebssysteme und

Betriebseinkommen 1974/75

Sozialprodukt 1976

Regionale Verteilung der Einzelhandelsumsätze 1974

In Kürze erscheint in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

Band 281

**DIE WAHL ZUM ACHTEN DEUTSCHEN BUNDESTAG
IN RHEINLAND-PFALZ AM 3. OKTOBER 1976**



Umfang 260 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 13,60

Die Veröffentlichung enthält die amtlichen Ergebnisse der Wahl zum Achten Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz am 3. Oktober 1976.

Neben einer textlichen Erläuterung der Wahlen, in die auch die repräsentative Wahlstatistik einbezogen ist, enthält der Band einen umfangreichen Tabellenteil. In diesem sind zu Vergleichszwecken auch Daten der Bundestagswahl 1972 und der Landtagswahl 1975 aufgeführt. Zusätzlich werden die Ergebnisse in anderen Bundesländern und im Bundesgebiet dargestellt.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden

Ø = Durchschnitt

0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit

p = vorläufige Angabe

. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich

r = berichtigte Angabe

... = Angabe fällt später an

s = geschätzte Angabe

() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,-- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.